

Nr. 137

STEP
2025
STADTENTWICKLUNGSPLAN

Wissensplattform Stadtentwicklung

Stadt und Hochschule im Dialog



Wien!
voraus
Stadt-
entwicklung
StoDt+Wien

WERKS
STA
T
BER
RIC
HT
E

Wissensplattform

Stadtentwicklung

Stadt und Hochschule im Dialog

Eigentümer und Herausgeber

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung
www.stadtentwicklung.wien.at

Konzept und inhaltliche Bearbeitung

TU Wien, Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER)
Rudolf Scheuven, René Ziegler, Philip Krassnitzer
www.ifoer.tuwien.ac.at

Layout

René Ziegler (IFOER)

Grafik Titelseite

Atelier Unterkircher & Jankoschek

Technische Koordination

Willibald Böck (MA 18)

Lektorat

Ernst Böck

Druck

Holzhausen

© MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien 2013

Werkstattbericht Nr. 137
ISBN 978-3-902576-77-4





8 Vorwort
Maria Vassilakou

9 Vorwort
Thomas Madreiter

12 Stadt und Universität im Dialog
Rudolf Scheuvs

62 Regionalentwicklung Bratislava – Wien
Peter Gero

64 Stadtregion Wien
Andreas Trisko, Rainer Hauswirth

68 Zukunft Stadt – Kolloquium zur Praxis
der Stadtentwicklung

1 Herausforderung Stadtentwicklung

16 Herausforderung Stadtentwicklung
IFOER

24 Stadt machen!
Rudolf Scheuvs, René Ziegler

28 Wikicity
Zef Hemel

32 Experiences from Stockholm
Niklas Svensson

34 Die Rolle der Stadtentwicklungsplanung
Michael Rosenberger

2 Standort Stadtregion

40 Standort Stadtregion – Netzwerke in der
Region und Herausforderung Regional
Governance
IFOER

46 Vom Denkraum zum Handlungsraum
Sibylla Zech

54 Formate der Regionalentwicklung
Rainer Danielzyk

56 Raum und Kommunikation in der
Stadtregion: Das Beispiel 2Stromland
Ursula Stein

60 Stadt (und) Region
**Andreas Hacker,
Renate Zuckerstätter-Semela**

3 Energie und Mobilität

86 Auf dem Weg zur ressourcenschonenden
Stadt
IFOER

92 Energiewende im »Ausnahmestand
der Stadtplanung«
Simona Weisleder

96 Das Mobilitätskonzept der
Landeshauptstadt München
Georg-Friedrich Koppen

98 Potenziale der Stadtenergieregion
Petra Hirschler

100 Die Stadt Zürich auf dem Weg zur
2000-Watt-Gesellschaft
Bruno Bébié, Martin Jakob

102 Qualitätskriterien
energieautarker Siedlungen
**Helena Linzer, Rainer Mayerhofer,
Andreas Voigt, Hans Peter Walchhofer**

104 »It's ideology, stupid!«
Gesa Witthöft, Jens S. Dangschat

106 Energie und Mobilität –
Herausforderungen für die Stadtzukunft
Beatrix Raucher, Herbert Ritter

4 Die wachsende Stadt

112 Von der Gestaltbarkeit des Wachstums
und der (Un-)Planbarkeit des Urbanen
IFOER

118 Die Räume des Übergangs
Walter Siebel

120 Urbane Qualitäten im heterogenen
Stadtwachstum
Ingrid Breckner

122 Neuentwicklung, Bewahrung und
Transformation
Thomas Titz

125 Identität – Sinnlichkeit – Stadt-Ich
Volkmar Pamer

5 Transformation und öffentliche Räume

130 Öffentliche Räume im Zentrum von
Entwicklungsprozessen
IFOER

136 Investoren als gesellschaftliche
Ressource einer sozial nachhaltigen
Stadtentwicklung
Philippe Cabane

140 Reflexion und Handlung in öffentlichen
Räumen
Sabine Knierbein

144 Spannungsfeld öffentlicher Raum
Ulrich Berding

146 Transformation öffentlicher Räume als
planerische Integrationsaufgabe
Wencke Hertzsch

148 Transformation und öffentliche Räume
**Barbara Hetzmanseder, Lisa Magdalena
Hofkirchner, Martina Rießland**

152 8x4
Interviews aus »Stadtplanung Aktuell«

6 Urban Green

162 Urban Green – Von Landschaft
und Stadtschaft
IFOER

172 Raggi Verdi Milano: Landschaft als
urbane Strategie
Andreas Kipar

176 Zusammenhänge entwerfen
Anke Schmidt

180 Strategische Stadtentwicklung Berlin
Holle Thierfelder

182 Landschaft, Stadt und Freiräume im
Wachstum
Philipp Rode

184 Urban Green – Alles Landschaft!
**Gisa Ruland, Karin Standler, Richard
Stiles, Norbert Trolf**

186 Ganz Wien ist Stadt – ganz Wien ist
Landschaft
Kirsten Müllner, Isabel Wieshofer

Vorwort

Maria Vassilakou

Wien wächst – und mehr Menschen bringen mehr Kreativität, mehr Ideen, mehr Entwicklungspotenzial, aber auch neue Herausforderungen an die Stadtplanung. Um die Weichen für die Stadt von morgen zu stellen, ist die Kenntnis aktueller Trends und Entwicklungen genauso notwendig wie vernetztes Denken und Planen. Nur im permanenten Dialog mit der Stadtgesellschaft kann es gelingen, das dynamische Wachstum so zu gestalten, dass sich alle Menschen mit ihren Bedürfnissen in der Stadt wiederfinden können und eine hohe Lebensqualität für alle hier Lebenden sichergestellt ist.

Im Rahmen dieses Dialogs ist der Kontakt zur Fachwelt ein unverzichtbarer Bestandteil. Im Projekt »Wissensplattform Stadtentwicklung« haben sich MitarbeiterInnen des Magistrats gemeinsam mit ForscherInnen, Studierenden und Fachleuten aus dem In- und Ausland über den internationalen »state of the art« ausgetauscht, Beispiele aus der Praxis diskutiert und gemeinsam an Lösungen gearbeitet. Für mich stellt dieses Projekt ein gelungenes Beispiel dafür dar, wie Wissenschaft und Verwaltung voneinander lernen können, sich gegenseitig Impulse für ihre Arbeit liefern und so einen wertvollen Beitrag für eine lebenswerte, wachsende Stadt leisten.



Mag. Maria Vassilakou

Wiens Vizebürgermeisterin, Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Vorwort

Thomas Madreiter

Ein intensiver Wissensaustausch und die vertiefte Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen sind wesentliche Erfolgsfaktoren einer zeitgemäßen Stadtentwicklung. In Zusammenarbeit mit dem Department für Raumplanung und dem Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER) der Technischen Universität Wien wurde die Reihe »Wissensplattform Stadtentwicklung« ins Leben gerufen, die im intensiven Dialog mit Wissenschaft und Forschung spezielle Fragestellungen von Raum- und Stadtplanung thematisierte. Nicht nur interne Workshops, sondern auch zahlreiche öffentliche Veranstaltungen boten eine Plattform für einen anregenden Diskurs über das System Stadt in seiner gesamten Bandbreite.

Vor allem für die Arbeiten am neuen Wiener Stadtentwicklungsplan STEP 2025, der im Frühjahr 2014 dem Wiener Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll, stellten die Ergebnisse und Erkenntnisse des Projekts einen wertvollen Input dar.

Gleichzeitig hat der systematische Know-how-Transfer einen zusätzlichen Mehrwert: Durch die intensive Zusammenarbeit wurden nicht nur bestehende Netzwerke zwischen Forschung, Lehre und Verwaltung gestärkt, sondern auch neue geknüpft und so auch die Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis – sowohl national als auch international – auf ein breiteres Fundament gestellt.

DI Thomas Madreiter
Planungsdirektor Wien







Stadt und Universität im Dialog **Rudolf Scheuven**

Komplexe Entwicklungsprozesse benötigen besondere Plattformen eines offenen und qualitätsbezogenen Dialogs um die mögliche Zukunft von Stadt und Raum, von Urbanität. Das Einbringen von Ideen und Erfahrungen von außen, die Diskussion um Strategien, Methoden und Instrumente sowie die Auseinandersetzung in Fragen der Gestaltung kommunikativer und partizipativer Prozesse schaffen einen enormen verfahrensbezogenen und fachspezifischen Reichtum, den es aktiv zu nutzen und zu aktivieren gilt.

In enger Kooperation zwischen den für Stadtentwicklungsfragen zuständigen MitarbeiterInnen der Magistratsverwaltung, WissenschaftlerInnen der TU Wien und unter Einbeziehung von ExpertInnen von außen soll die »Wissensplattform Stadtentwicklung« diesen Ansprüchen Rechnung tragen. Dies vor allem in Fragen einer theoretischen Durchdringung und Reflexion stadtentwicklungsrelevanter Fragestellungen, Herausforderungen, Prozesse, Strategien und Instrumente.

Durch die Einrichtung dieser Wissensplattform soll der Dialog zwischen Universität und Stadtverwaltung, zwischen Wissenschaft und Praxis gefördert werden. Die universitäre Forschung soll stärker auf Fragestellungen und Herausforderungen der Entwicklung internationaler Metropolen ausgerichtet werden und gleichzeitig Anregungen für die Lösung von Problemstellungen in Wien liefern.

Die »Wissensplattform Stadtentwicklung« ist auch als Beitrag zur Qualifizierung aller Beteiligten aus der Magistratsverwaltung wie aus dem universitären Kontext zu verstehen. Ein enger Austausch und eine gemeinsame, kritische und intensive Auseinandersetzung mit einzelnen handlungs- und forschungsrelevanten Themenfeldern stärkt die Zusammenarbeit und motiviert zu experimentellem, zukunftsorientiertem Handeln.

In der sechsteiligen Werkstatt- und Veranstaltungsreihe wurden von 2011 bis 2012 strategische Fragen und Handlungsbereiche in der Bewältigung anstehender Herausforderungen diskutiert. Es ging um Fragen einer Stadt-Umland-Kooperation ebenso wie um das Ziel einer energie- und ressourcenoptimierten Stadtentwicklung und um den Umgang mit öffentlichen Räumen und Freiräumen in einer zunehmend vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft. Im Fokus der Diskussion stand immer auch die Frage nach der Relevanz dieser Themen für den in Aufbau befindlichen Stadtentwicklungsplan 2025.

Angesichts der immensen gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfordert auch die Wiener Stadtentwicklung die Auseinandersetzung, erfordert das Querdenken, benötigt eine Haltung, braucht Witterung für das Neue, erfordert eine kritische Verfasstheit. Die Werkstatt- und Veranstaltungsreihe der Wissensplattform Stadtentwicklung hat einen Beitrag zu der dazu notwendigen Auseinandersetzung geleistet. Weitere Beiträge, Aktion und gemeinsame Vorhaben müssen folgen. Hier stehen sowohl die Stadt Wien wie auch die raum- und planungsrelevanten Forschungsbereiche der TU Wien auch weiterhin vor großen Herausforderungen.

Diese Publikation bündelt nun die Ergebnisse der Zusammenarbeit im Rahmen der »Wissensplattform Stadtentwicklung«. Sie versteht sich als Beitrag und Impuls einer weitergehenden öffentlichen Debatte um Fragen und Herausforderungen der künftigen Entwicklung Wiens und darüber hinaus der gesamten Stadt- bzw. Metropolregion.



Herausforderung Stadtentwicklung



Herausforderung Stadtentwicklung

Wien wächst, wird internationaler und weist ein hohes Niveau an Wohlstand und Lebensqualität auf. Die Stadt unterliegt aber auch den Folgen, die aus dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Wandel resultieren. Die Diskrepanz zwischen Wohlstand und Armut verschärft sich, Segregation und Benachteiligungen in der Stadtgesellschaft nehmen zu, der Flächen- und Energieverbrauch steigen, Mobilitätsanforderungen und Ansprüche am Arbeitsmarkt ändern sich, Klimawandel und Ressourcenknappheit verlangen nach einer Richtungsänderung – im täglichen Handeln und im langfristigen Planen.

Mit welchen Zukunftsaufgaben sieht sich die Stadt konfrontiert? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen für Planung, Verwaltung und Bevölkerung, diese Aufgaben zu bewältigen, und welche Möglichkeiten müssen dafür erst geschaffen werden?

Der demografische Wandel und die Zuwanderung stellt die Stadt vor die Herausforderung, den Anforderungen der sich verändernden Gesellschaft gerecht zu werden. Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Stadt wird sein, die Planungs- und Gesprächskultur zwischen den unterschiedlichen entwicklungsrelevanten Akteursgruppen und Institutionen, zwischen Politik, Planung, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft zu fördern. Dialogische und reflektierte Planungsprozesse, in denen integrativ Leitbilder und Ziele Stadtentwicklung generiert, verhandelt und vereinbart werden, sind Voraussetzung, um den Erwartungen und Anforderungen an eine zukunftsfähige Stadt gerecht zu werden. Wie kann aus Beteiligungskultur eine neue Verantwortungskultur entstehen? Wie werden die dazu notwendigen AkteurInnen motiviert und aktiviert? Wie kann das soziale Kapital und kreative Potenzial der Bevölkerung genutzt und in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Wie wird gewährleistet, dass der gesamten Stadtbevölkerung innerhalb der Entwicklungsprozesse die gleichen Chancen eingeräumt werden?

Beispiele aus Amsterdam und Stockholm

Um den Herausforderungen der Stadtentwicklung und der Geschwindigkeit der Veränderungen gerecht werden zu können, muss auch die Rolle der PlanerInnen neu gedacht werden. »We have to reflect our roles and positions and then accept that we play on different levels«, so Zef Hemel in seinem Beitrag, in dem er unter der Überschrift »WikicitY« einen ungewöhnlichen Entwicklungs- und Mitwirkungsprozess zu einer Strukturvision für Amsterdam erläutert. Im Fokus dieses Prozesses stand ein hochgradig kommunikativer und offener Planungsprozess, getragen von der Bereitschaft und dem Mut zu Improvisationen. Zu Beginn stand die Frage danach, wie sich Menschen zur Arbeit an einer gemeinsamen Raumvision aktivieren und dazu ermutigen lassen. Statt eines Planes wurde eine Geschichte erzählt und eine Vision zur Entwicklung der Stadt Amsterdam formuliert, an der viele Menschen unterschiedlichster Altersgruppen und Milieus in Schulen, Theatern, Kantinen und Konferenzzentren mitgeschrieben haben. Zef Hemel sieht im *storytelling* eine gute Möglichkeit, um eine Vision zu entwickeln: »People tell you how they want to live. In 2004, just before the elections in Amsterdam, the parties had no euphoria, no vision, no idea. They just know the problems. We ask them to tell us stories about the future. It is a trick. You can rise euphoria and also cooperation with storytelling.«

Aus Menschen wurden »Mitarbeiter« im einem offenen Netzwerk. »It felt, in short, like Wikipedia: thousands of people working on one story, chapters growing not from harmonious thought but from constant scrutiny and emendation.« (Zef Hemel). In seinem Beitrag ganz zu Beginn spricht Rudolf Scheuven von der netzwerkbasierten »kollektiven Intelligenz«, die das etablierte Spektrum von Planung, Verantwortlichkeiten und Wirkungsräumen deutlich erweitert.

Niklas Svensson berichtet von Erfahrungen aus Stockholm, in der die Arbeit am neuen Stadtentwicklungsplan zwar eine andere Struktur hatte,

der aber gleichermaßen von einem intensiven Kommunikationsprozess getragen wurde. Auch in Stockholm geht es um die Bewältigung der Herausforderung, die mit einem starken Stadtwachstum verbunden ist. Im Fokus rückte die intensive und koordinierte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Behörden und Institutionen. Diskussionen mit der Öffentlichkeit und Ausstellungen gingen einher mit Workshops und Konferenzen als ein politischer Prozess der Willensbildung und Entscheidungsfindung. »A city plan produced by architects becomes a physical plan. If the whole city is involved, it can become a strategic development plan with a holistic perspective, something which is essential for modern cities in the 2010s.« (Niklas Svensson) Dazu gehört auch, dass über dem Stadtentwicklungsplan in Stockholm auch die Budgetverantwortlichen in Politik und Verwaltung erreicht werden sollen. Sie müssen über den zeitlichen Ablauf, die Zielsetzungen und sektoralen Abhängigkeiten informiert sein. Das Gleiche gilt auch für alle anderen Akteure aus der Wirtschaft, der Kultur, der Zivilgesellschaft. Nur über die ernsthafte Auseinandersetzung mit Investitionsbedarfen und -notwendigkeiten lässt sich ein Verständnis für das Strategiekonzept entwickeln und lässt sich eine ernsthafte Auseinandersetzung über einen passenden Zeitplan in der Umsetzung konkreter Vorhaben führen – skizziert Svensson in der anschließenden Diskussion.

Von Planungs- zu Lernprozessen

Wir sollten unser Bild von Planung und unsere Rolle als PlanerInnen überdenken, meint Peter Zlonicky einleitend zur Diskussion im Rahmen des Werkstattgesprächs. Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit und Ereignisse sind nicht vorhersehbar, erst recht nicht langfristig. Dieser Zustand der Ungewissheit verändert auch das Verhalten der Menschen und ihren Umgang mit dem Lebensraum Stadt. Um die Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung zu bewältigen, braucht es also einen »break in the way of planning«. Was aber sind die Herausforderungen der Stadtentwicklung in den kommenden Jahren und was kann

ein strategisches Dokument, wie ein Stadtentwicklungsplan, leisten, um diese Entwicklung zu steuern? Wenn sich Wien weiterentwickeln soll, sollte man sich nicht länger darauf konzentrieren, was man bisher getan und geleistet hat, sondern man sollte die Aufmerksamkeit auf das lenken, was gerade geschieht, wo und wie die spezifischen Herausforderungen spezifisches Handeln und Akzentsetzungen benötigen.

Deutlich wird, dass komplexe Planungsprozesse im Rahmen der Stadtentwicklung immer auch zu Lernprozessen aller Beteiligten werden: aus der Verwaltung und Politik, aus der Wirtschaft und der Kultur, aus der Zivilgesellschaft. Auf die Frage, ob der physische Plan dabei nicht zunehmend an Bedeutung verliert, antwortete Zef Hemel:

»First of all you should realize, that a plan is just an instrument to fix something. What do planners want? What are we after? It is about a collective action. We want the people to live a good live, communicate and cooperate and their ecological footprint is not too big. The day after the plan was fixed, reality changed and we start making new plans. That's a tragic story. So we need collective action to get a social contract to develop the city.«

Die Notwendigkeit offener Plattformen

Der neue Wiener Stadtentwicklungsplan muss eine Vision aufzeigen. Wie will sich Wien als Metropole entwickeln? Wie können die Herausforderungen des Wachstums bewältigt werden und wie lässt sich die Internationalisierung der Gesellschaft produktiv gestalten? Um Antworten auf diese oder auch andere drängende Fragen der künftigen Stadtentwicklung zu finden, bedarf es eines breit angelegten Beteiligungsprozesses, der Etablierung einer »Plattform Stadtentwicklung«, auf der die Leitbilder und Ziele im Diskurs entwickelt, verhandelt und vereinbart werden können. »Create balance of power!« wird hier zu einer Hauptaufgabe der Planung, um mit den unterschiedlichen Akteursgruppen eine gemeinsame Vision entwickeln zu können.

»Create open platforms! Create inspiring platforms. You need a critical mass so that some people can't dominate any longer. Independence and diversity is very important. Nobody should dominate, the landowners should not dominate and the experts should not dominate.« (Zef Hemel)

Detailierungsgrade und Arbeitsebenen

Mit einem strategischen Entwicklungskonzept lassen sich im Voraus keine lokalen Herausforderungen lösen, so Stefan Reiß-Schmidt. Es können außerdem nicht alle Probleme gleichzeitig gelöst und alle Entscheidungen gleichzeitig getroffen werden. Für unterschiedliche Informationen braucht es unterschiedliche Ebenen – die übergeordnete strategische Ebene und weiterführende, vertiefende Ebenen. »The power of the strategic plan could be to lay down the principles«, fasst Michael Rosenberger die Diskussion zum strategischen Anspruch an den STEP 2025 zusammen und verweist auf das Stockholmer Beispiel wie auf den Charakter des Stadtentwicklungsplanes in München. In beiden Städten wird ein grundlegendes Strategiepapier zur Orientierungsbasis und Richtschnur zu weiterführenden Vertiefungen und Prozessen, etwa im Bereich Mobilität, Energie, oder bezogen auf die Entwicklung einzelner Stadtteile. In München wurde dazu die *Perspektive München* als Dachmarke eingeführt, unter der in unterschiedlichen Abteilungen Dokumente zu einer gemeinsamen Strategie erstellt werden. Sektorale Entwicklungspläne und Handlungsprogramme werden zu einem Entwicklungskonzept zusammengefasst, Strategie- und Entwicklungspläne mit Investitionsplänen unterlegt und damit inhaltlich, räumlich und zeitlich priorisiert.

Abschließend verweist Michael Rosenberger darauf, über den STEP eine Perspektive aufzuzeigen, die die unterschiedlichen Akteure zu einem gemeinsamen Handeln anregen und koordinieren soll. Hier wird auch der Anspruch der öffentlichen Hand vermittelt, diese Prozesse unter Wahrung der Zielrichtung und des Gemeinwohlinteresses zu stimulieren, zu koordinieren und zu unterstützen. (IFOER)



»What you need is a common vision.
Then you can work on how to get there.«
Peter Zlonicky





»We don't know anything about what will happen the next 20 years, so building visions for urban development is difficult - what we can do is building visions for our role as planners, then you can start working on the big challenges.« Jens S. Dangschat



Stadt machen!

Der Blick richtet sich zunächst zurück in das beginnende 20. Jahrhundert – eine Zeit, in der sich die Probleme des städtischen Wachstums dramatisch zuspitzten. Angesichts massiver Konflikte reagierten Politiker, Planer und Architekten mit umfangreichen Planungsanstrengungen, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Umfassende und mitunter durchgreifende Sanierungen sollten die Wohn- und Lebenssituation in den Städten verbessern. Es ist auch der Ausgangspunkt eines neuen Verständnisses von Städtebau, welches sich seit dem beginnenden 20. Jahrhundert durch einen Bruch mit der Tradition auszeichnet: Die Moderne hält Einzug. Es wurde nach Lösungsansätzen für die anstehenden Aufgaben des gesellschaftlichen Wandels gesucht, wurden wichtige Gesetzsgrundlagen geschaffen und leistungsfähige Planungssysteme etabliert.

Heute sehen sich die Städte mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die ein spezifisches Handeln, die neue Leitbilder und Strategien erfordern. Die Globalisierung der Wirtschaft, kurzlebige Standortentscheidungen und der Einsatz neuer Informationstechnologien verändern bestehende Strukturen in hoher Geschwindigkeit. Der gesellschaftliche Wandel und die damit verbundene Ausdifferenzierung von Gesellschaft, Milieus und Lebensstilen verändern die Anforderungen an

Raum und an eine verantwortungsvolle Raum- und Stadtentwicklung in entscheidender Weise. Die Entgrenzung oder Ausdifferenzierung von Wirtschaft und Gesellschaft macht es dabei immer schwieriger, das Typische und Normale einer künftigen räumlichen Ordnung vorherzusagen, so wie Dieter Läßle dies zum Ausdruck bringt.

Neue Orientierungen

Was tun? Ein »Weiter so« funktioniert längst nicht mehr – wenn es überhaupt jemals funktionieren konnte. Neue Orientierungen sind vonnöten, wie sich die Entwicklung unserer Städte unter den veränderten Rahmenbedingungen nicht nur kurz- bis mittelfristig öffentlichkeitswirksam, sondern langfristig verantwortungsvoll gestalten lässt.

Wenn Wien seinen besonderen Ruf als attraktive und lebenswerte Stadt festigen und weiter ausbauen will, dann müssen dafür Entwicklungskräfte mobilisiert und gebündelt werden. Hierzu bedarf es einer kreativen Auseinandersetzung mit Stadt und Urbanität. Es geht um Fragen der Integration und des Umgangs mit Vielfalt und Diversität und um die Aktivierung der Ressourcen aus Wissen und Kultur. Es geht auch um Fragen der stadtreionalen Kooperation und um Herausforderungen einer aktiven und verantwortungsvollen Raumpolitik in der sich entwickelnden Metropole.

¹Heidede Becker, Rolf-Peter Lühr: Soziale Stadt – Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 2002

Angesichts veränderter ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen wird offensichtlich, dass sich die Stadtentwicklung viel stärker als früher zivilgesellschaftlich verankern und sich von der prägenden Phase des Wohlfahrtsstaates lösen muss, in der sie sich viel zu stark auf formelle Instrumente, auf Gesetze und öffentliche Gelder verlassen hat und die Fürsorge in den Mittelpunkt aller Bestrebungen gestellt hat. Mehr denn je geht es heute um eine Strategie der Befähigung und der Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements für die Stadt und für Stadtgesellschaft. Dies bedingt die Bereitschaft zu einem »Voneinander-Lernen«. Nur wer dabei etwas von der »eigenen« Macht abgeben will, wird auch einen Zugewinn an Effizienz und Effektivität im Verfolgen politischer und gesellschaftlicher Ziele erreichen können. Mit dem Bedeutungszuwachs kooperativer, dialogorientierter Verfahren wächst dann auch der Einfluss der Zivilgesellschaft an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Eine solche (neue) Planungs- und Prozesskultur wird nicht ohne Einfluss auf die Struktur, Arbeitsweise und auch Selbstverständnis der Verwaltung bleiben.¹

Von der Sach- zur Verfahrensfrage

Mit dem Wandel des Verständnisses einer Planbarkeit räumlicher Entwicklungen verschiebt sich der Schwerpunkt der Planung von der reinen Sach- zur Verfahrensfrage. Der gesamte Planungsprozess wird zu einer hochgradig anspruchsvollen Kommunikations- und Gestaltungsaufgabe. Die Qualität und Wirksamkeit der Raumentwicklung misst sich dabei längst nicht mehr nur an der Qualität der ihr zugrundeliegenden Pläne, sondern auch an der Qualität ihrer Planungs-, Beteiligungs- und Kommunikationsprozesse. Die Entwicklung unserer Städte und Regionen erfordert den offenen Dialog, die Auseinandersetzung, den Mut zu Visionen, das Ringen um Qualität und eine Vorstellung von dem, was eine Stadt ausmacht! Dies gerade oder erst recht in Zeiten stark begrenzter finanzieller Mittel, wenn es darauf ankommt, notwendige Entscheidungen über den Ressourceneinsatz und die Mittelverwendung auf eine breite gesellschaftliche Grundlage zu stellen.

Neue Steuerungsformen

Stadtentwicklung steht heute für die Entwicklung neuer Steuerungsformen in offenen, nicht-determinierbaren und nicht-vorhersehbaren Systemen. Es geht um die Gestaltung

von Prozessen sowie um die Vernetzung von handelnden Personen und Institutionen. Dabei wird die Kooperation zum Schlüsselfaktor, der dazu verhilft, neue Verbindungen und Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten, gemeinsame Schnittmengen zu entdecken und diese aktiv zu gestalten. Sie setzt darauf, die unterschiedlichen Interessen und Handlungsziele relevanter AkteurlInnen und Institutionen einzubeziehen, zu koordinieren und in praktisches Handeln zu transformieren.

Neben einer optimierten und in ihren Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Wirkungsräumen geregelten Planung rückt dann die kollektive Intelligenz. Dazu benötigen solche Netzwerke einer gemeinsamen Orientierung, gemeinsamer Werte, eines gemeinsam getragenen Anspruchs und einer besonderen Transparenz. Gerade hier zeigt sich, wie stark eine verantwortliche und perspektivisch ausgerichtete Stadtentwicklung auf einen klaren, mit einem langen Atem ausgestatteten, visionären und starken politischen Willen angewiesen ist. Erfolgreiche Stadtentwicklungsprozesse sind angewiesen auf die Motivation der Träger und Adressaten in dem vielfältigen Politikfeld städtischer Entwicklung. In diesem Verständnis gerät die Stadtentwicklung zur kulturellen Herausforderung im gefestigten, hierarchisch gegliederten und fachspezifisch strukturierten Wiener System der Planungsverantwortungen und -zuständigkeiten.

Stadtentwicklung braucht Visionen!

Der Stadtentwicklung mangelt es meist nicht an guten oder gut gemeinten Ideen, Plänen und Konzepten. Vielfach aber stehen diese unverbunden nebeneinander. Zu ausgeprägt ist die »Kultur« unterschiedlicher sektoraler, ressortbezogener Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, auch bezogen auf das Zusammenspiel öffentlicher und privater Interessen. Dies führt dazu, dass ein koordiniertes und vernetzendes Handeln, basierend auf einer gemeinsamen Raumvision, längst keine Realität ist.

So wie jeder Stadtentwicklungsprozess eine klare Akzentsetzung, eine Konzentration auf wesentliche entwicklungsrelevante Schwerpunkte und Aktionsbereiche benötigt, erfordert auch die Wiener Stadtentwicklung die Entwicklung von Szenarien, die Formulierung von Visionen und die Identifizierung jener Handlungsfelder, die neben den vielfältigen Alltagsaufgaben eine Zuspitzung auf Fragen

der künftigen Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Metropole ermöglichen. Bezogen auf das Leben in den dicht bebauten gründerzeitlichen Quartieren ebenso wie bezogen auf das Leben in den Stadterweiterungsgebieten der 1960er- und 70er-Jahre und jene Erwartungen an urbanen Qualitäten in den großen Stadtentwicklungsgebieten im transdanubischen Raum.

Das Herausarbeiten dieser Zukunftsbilder und -themen bedarf sorgfältig angelegter Prozesse, in die die unterschiedlichen Akteure einzubeziehen und Dialog einzuleiten sind. Die Zukunftsbilder können und müssen den internen fachlich/politischen Dialog anregen und gleichermaßen zu zentralen Plattformen

Der Stadtentwicklungsplan kann als eine Vision und eine gemeinsam formulierte und getragene Perspektive für die nächsten 20 Jahre die Grundlage für die Wiener Stadtentwicklungsdebatte werden. Dabei bewegt sich der STEP in vielschichtigen Spannungsfeldern und hat (teilweise widersprüchlichen) Anforderungen gerecht zu werden. Er muss diskursiv sein, Prozesse moderieren und Dinge zulassen, eine Plattform bilden, aber auch hartes Steuerungsinstrument sein. Er bewegt sich zwischen langfristigen Entwicklungsidealen der planenden Verwaltung und der Kurzfristigkeit von politischen Akteuren und privatem Kapitaleinsatz. Er bildet den Rahmen für zukünftige Entwicklungen, darf nicht einengen, muss Möglichkeiten und Freiheiten offen halten und

Abb. rechts:
Werkstatt 6 »Urban
Green« am Gelände
der aspern Seestadt

»Der STEP bewegt sich zwischen langfristigen Entwicklungs-idealen der planenden Verwaltung und der Kurzfristigkeit von politischen Akteuren und privatem Kapitaleinsatz. Er bildet den Rahmen für zukünftige Entwicklungen, darf nicht einengen, muss Möglichkeiten und Freiheiten offen halten und andererseits Qualitäten, Prinzipien, Kriterien und modellhafte Planungsprozesse definieren.«

der Beteiligung und Zusammenarbeit mit der Stadtöffentlichkeit werden. Sie werden zum Impuls und Trägermedium umfangreicher Transformations- und Umcodierungsprozesse.

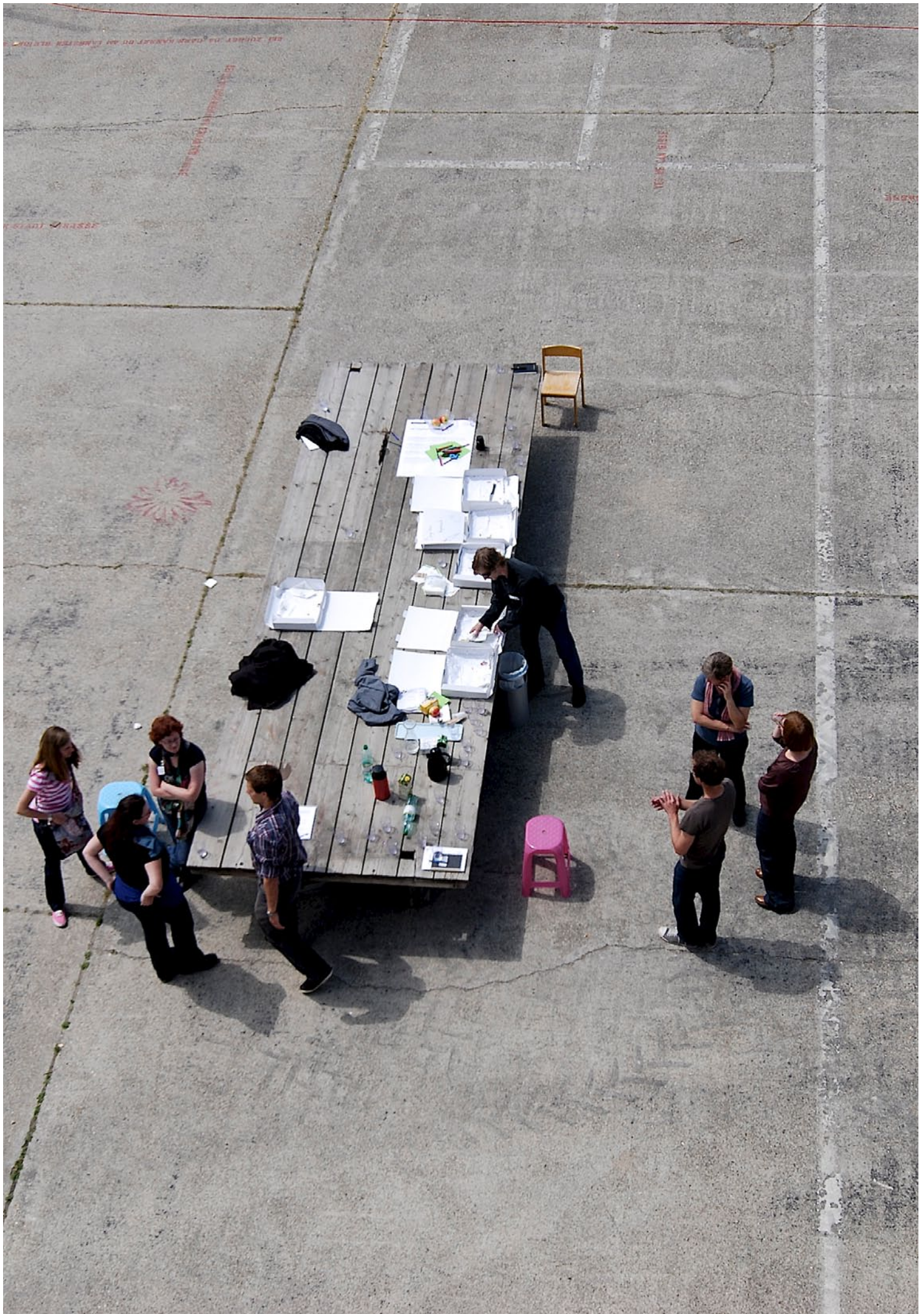
Mit-Verantwortung

Nicht nur die Arbeit am neuen Stadtentwicklungsplan für Wien, sondern generelle Fragen zur Zukunft der Stadt müssen zum Gegenstand eines breiten und offenen Dialogs um Urbanität werden, um das, was diese Stadt ausmachen soll. Es wäre zu wünschen, dass sich auch die Universitäten und die vielfältigen und höchst lebendigen Initiativen der Stadt aktiv und konstruktiv in diesen Diskurs einbringen. Es wäre zu wünschen, dass hinsichtlich der Verfahrensformen und Prozessqualitäten auch andere Wege gegangen werden, als dies oftmals bei klassischen, top-down-basierten Stadtentwicklungsprozessen der Fall ist. Offen, motivierend, stimulierend, Neugierde weckend und auf das Mit-Machen und auf die Mit-Verantwortung angelegt.

andererseits Qualitäten, Prinzipien, Kriterien und modellhafte Planungsprozesse definieren, welche auch auf quartiersbezogener und grundstücksbezogener Maßstabebene funktionieren. Der STEP definiert einerseits eine Haltung zur Stadt, andererseits ist er auch Strategiekonzept. Er soll helfen, das Stadt-Umland-Verhältnis zu verbessern und die raumzeitliche Taktung der Entwicklungen zu optimieren. Was ist verbindlich, was ist flexibel? Wo setzt man welche Schwerpunkte? Wo bestehen Handlungs- und Aktionsräume der Stadtentwicklung? Wo ist man der Meinung, dass es enorm wichtig ist, Schwerpunkte zu setzen, um die Erwartungen zu erfüllen? Sind es die amorphen Grenzgebiete, die Transformationsgebiete, wie die Donaustadt, oder bewegt man sich in Querschnittsthemen wie jenes der Erdgeschoßzonen? Wie sehen Anforderungen an die Entwicklung dieses Raumes, Anforderungen an Prozesse und Beteiligung der Akteure aus? In diesen Punkten bestehen die zentralen Herausforderungen in der Entwicklung des STEP.

Rudolf Scheuven
ist Dekan der Fakultät
für Architektur und
Raumplanung der
TU Wien

René Ziegler ist Uni-
versitätsassistent am
Fachbereich Örtliche
Raumplanung der
TU Wien



Zef Hemel

Wikicity

Thanks to an open planning approach and making full use of 'the wisdom of crowds', many people have contributed to the conception of a liveable, sustainable and thriving city of Amsterdam.

The recently published *Structural Vision: Amsterdam 2040* is the 10th major plan for the Dutch capital. The first - the legendary General Extension Plan - appeared in May 1935, more than 75 years ago. Since then the city has, on average, produced a new integrated vision for the future for the whole of its territory every seven years. The *Structural Vision: Amsterdam 2040* continues this Amsterdam tradition of making coherent plans in a democratic manner, but it differs from its predecessors in one important regard: rarely has a long-term perspective for Amsterdam been so emphatically developed from the bottom up, proceeding from a multitude of interests and drawing on contributions from every section and stratum of society.

The *Structural Vision* of Amsterdam took shape between 2008 and 2010, in the space of barely two years. Via a special website, binnen30minuten.nl - 'within 30 minutes', which is indicative of the city's radius of influence as well as its accessibility from the surrounding region within half an hour - everyone was welcome to contribute and share ideas and suggestions with regard of the city. The site generated more than 2.000 ideas and prompted hundreds of discussions. Almost 8.000 people visited the 'Free State of Amsterdam' exhibition in the Tolhuistuin

(Tollhouse Garden'), where for a period of six weeks in the autumn of 2009 the citizens could personally programme the future of the city. About 2.000 schoolchildren allowed their fantasy to run free as they imagined a better and more pleasant city, while some 200.000 people watched the documentary *Amsterdam Makeover 2040* on Dutch national television. At the request of the neighbouring municipalities the *Structural Vision* integrated regional characteristics. When the vision was published, almost 800 citizens participated in a conference about the future of the metropolis. This hands-on development of a scenario for the future by the members of the metropolitan society was by no means incidental; it was a deliberate choice. It stemmed from the idea that spatial planning, even in Amsterdam, had ended up at a dead end and needed to be reinvented.

Adaptive planning

What is planning? »Planning is what planners do.« Such a definition does not offer much of a foothold. »Planning is concerned with making decisions and informing actions in ways that are socially rational«, John Friedmann noted in 1987. Friedmann understood that the idea of planning is elusive. »There are many forms of planning and many specific applications.« He mentioned decision-making and action based on societal guidance as

ingredients of a definition. But if planning has to be reinvented, then where should one begin? Planning is essentially about the way we relate to other people. We asked ourselves how we could activate people and encourage them to work together towards a common goal. That demanded shared signification.

Planning, we ascertained, is for at least 80 per cent about communication. What planners do is nothing less than build on a civil society. In retrospect, that is also the lesson which can be drawn from the Amsterdam experiment:

»Without flexibility and the ability to improvise, spatial planning will in the long run fade away.«

the more open the planning, the less the planners need to grasp for their instruments. In other words, the more human the planning, the less rigid it will be. Moreover, the great advantage of an open, inter-relational planning process is that it becomes more flexible and can adapt more easily to changing circumstances. In an environment of permanent, everincreasing flux, adaptive planning is urgently required. Without flexibility and the ability to improvise, spatial planning will in the long run fade away. By making planning open and more communicative, it can be saved. And it must be saved, because without cohesion and societal cooperation there is no way forward.

Proceeding from this starting point, in late 2004 the City of Amsterdam's Physical Planning Department (DRO) instigated an internal process that was intended to inject new life into the planning discipline. The deadlock into which Amsterdam's planning machine had fallen tied in closely with the ossification of the DRO's own methodologies. While the task of urban design profited massively from the boom of the 1990s and the judicial-planning portfolio had been filled proportionately as a consequence of strong social opposition, the order book for the traditional research focused, policy-based work of the spatial researchers shrank.

Storytelling

In late 2005, midway through the 'planning discussion', a planning story for the future was concocted. The departure of a colleague from the provincial planning agency was seized upon to test the provisional fruits of the planning discussion externally. This also presented an opportunity to do something with a recent experience: discussions with political parties on the eve of the municipal elections had brought to light that Amsterdam's politicians were lacking properly formulated spatial ambitions; there was no politically articulated perspective. The idea of the planners devising their own futuristic vision grew under the lee of the elections. It was based on all the ideas which had been generated over the course of the planning discussions and was aimed at stimulating ambition. The 'Bestemming AMS/ Destination AMS' narrative was released in the midst of the election fever of early 2006. To the astonishment of many, there was a great deal of interest in this story about the future. People who heard it passed it on. Requests for presentations followed one after the other. The venues kept growing in size, from small conference rooms to gymnasiums, lecture halls, theatres, works canteens and eventually large conference centres. The planners told the 'Destination AMS' story more than 60 times. And the story itself kept growing, because at each presentation the audience provided new information and suggestions, and these were continually incorporated into the story. No presentation was the same and nothing was set in stone. Interestingly, the narrative tied in with a growing number of listeners' personal stories. Instead of a plan being formulated in the offices of a municipal department or urban development agency, a vision for the future was gradually created to which many people had contributed. It seemed that the story was absorbing all the knowledge, experience and insights from different parts of society, and was giving them back to the city. It felt, in short, like Wikipedia: thousands of people working on one story, chapters growing not from harmonious thought but from constant scrutiny and emendation. As time went on, this connection between personal stories and the story about the future metropolis spawned new initiatives. Projects were launched that related to the story or referred to it, some of them even arising from it directly. The story not only inspired people, but prompted them to identify with it. More and more people became 'collaborators'.

Soft Planning

The achievements in the planning process described above are far from set in stone. It is not the hard edges of planning – money, the actual plans, procedures, instruments – that determine success, but the ‚soft‘ edges: the shaping of vision, whipping up enthusiasm, getting people actively involved. Interestingly, within the City of Amsterdam’s planning practices as outlined above, the story takes the place of the design, and in this the story serves as just that: »An oral presentation of events, whether true or invented, told with the aim of entertaining and enthraling an audience.« The narrative element actually plays a pivotal role.

This raises the question of what it is that makes story-telling so successful. In psychology, five factors have been distinguished: receptivity, familiarity, trust, empathic witnessing and recreating the self (Gergen and Gergen, 1986). I shall dwell briefly on each one in turn.

The first factor is receptivity: as soon as people hear a story, they become receptive. That is because story-telling is usually associated with pleasure, relaxation, sociability, or even

togetherness. This was certainly borne out by the responses at the meetings. The stories were always received with great enthusiasm, and this enthusiasm proved to be infectious. As for familiarity, stories tend to strike a chord among listeners because of their anecdotal quality – far more so than with maps or designs, which may be impenetrable for laymen. Stories tend to reflect the experiences of ordinary people directly. The third factor is trust or confidence. Stories provide an opportunity to feel a sense of confidence. People tend to feel more confident about the future when numerous recognisable situations are placed in a wider context. That was one of the key qualities of the ‚Destination AMS‘ story-based project. Various ongoing spatial developments were extrapolated into the future and placed within a single reassuring whole. The fourth point is that the audience is essentially listening to someone’s personal testimony. This personal testimony is far more likely to inspire trust and empathy than, say, a plan being presented by some official or administrator at a consultation evening for local residents. Finally, listening to stories creates opportunities for redefining the self. The audience is invited to identify with different roles and characters. As a result, stories tend to soften the us-and-

unten links:

»Storyteller«
mit Zef Hemel

unten rechts:

»Destination AMS«-
Veranstaltung



them attitude that people naturally adopt when faced with an unknown future. Where planning is concerned, this is extremely important: stories are embedded in relationships with others. Because of this specific relational value, they can help to alter perceptions of a diversity of scenarios, making them seem more palatable or even making them look like interesting challenges. People lay themselves open to criticism and negotiation in a narrative process, and they are willing to modify their own convictions, so it is easier to reconcile a diversity of interests.

Good stories are infectious and spatial planning exists by the grace of good storytelling. Although this narrative element is often overlooked in the planning literature, it seems crucial to its success. Narrative practices such as those employed in Amsterdam present opportunities to create a public space that incorporates a sense of solidarity and trust on the one hand, with respect and understanding for the need for different perspectives on the other. Good stories confront us with our moral responsibilities and encourage us to act collectively. They provide the best safeguards against 'blueprint thinking' and undue faith in a 'makeable society'. But none of this potential

can be realized unless stories are first incorporated into our planning procedures.

In Amsterdam stories have been jointly developed by many parties ever since, within the abovementioned platforms that explore the future of an area or sub-sector and place it on the agenda. These platforms are driven by content and have swiftly developed into consultative bodies where knowledge is continually shared, visions shaped and lessons drawn from real-life experiences. Everyone is welcome to participate. That does not alter the fact that there is constant attention to maintaining a healthy balance of power. Finance, instruments and legislation are emphatically consigned to the background; they are subservient to communally formulated goals rather than leading, let alone being employed to limit the possibilities.

This is how 'story-telling' has been fruitfully integrated into Amsterdam's planning practice over the last five years. The future is open, but no longer is it undecided. After all, there is now a shared vision. Building on a civil society is like Wikipedia. It will continue.

Zef Hemel

ist Planungsdirektor der
Stadt Amsterdam



Experiences from Stockholm

Niklas Svensson

The *Stockholm City Plan – A Walkable City* was produced in a transparent process and both the plan and the process involved new approaches in response to a new situation.

The production of the *Stockholm City Plan* began in November 2007 and ran until the plan was adopted by the City Council in March 2010. The success factors were a cohesive process, collaboration between the regional and local authorities, dialogue with Stockholm residents and informed political backing. All these factors build on the city's clear goals as set out in its Vision 2030.

A growing Stockholm

The fact that in about 2003 Stockholm started to experience growth the like of which the city had not seen in 40 years posed new demands for city planning. The classic land use plan was no longer sufficient. Instead a clear strategy was now needed to enable the city to cope with growth in a sustainable manner. The city drew up a vision for the year 2030 as a first step. This vision constituted the most important starting point for work on the city plan, which now took on more of the nature of a strategic development plan for Stockholm.

Challenges

The first stage in the process was to identify the challenges that the city faces in turning this vision into reality. Even at this early stage the strategies began to take shape as a direct response to addressing these challenges.

One early challenge for the project was to make sure that a cohesive process was put in

place, involving a clear dialogue with all parts of the city and the region. The aim was to have the plan adopted in the first half of 2010 and to ensure that the process gained the political backing on which its success depended. The element which was possibly the most difficult was making sure that the city plan was a plan for every part of the City of Stockholm and not merely a steering document for planners and architects. This was something we failed to achieve in the previous City Plan dating from 1999.

Strategies

The strategies produced during the work took as their starting point the fact that for many years the focus of the city's development had been on the inner city and the ports, rail links and business areas in its immediate vicinity. In the outer city, urban development had been characterised by infill. Development along these lines has exacerbated the socio-economic differences between parts of the city and the starting point was now to formulate strategies capable of countering the trend that had characterised the city since the post-war period.

This led to a more focused strategy in the outer city. Instead of infill, some districts are to undergo more extensive transformation. The aim is not to upgrade these districts but to develop the outer city in a sustainable man-

ner. A more extensive increase in density can provide a foundation that will create vibrant urban areas with new public transport, culture and other services. In this way neighbouring districts can also benefit from the advantages of the new urban environment created in what we came to term nodes. In summary this can be described as increased density in a few locations rather than minor infill everywhere.

Collaboration

In parallel with the city's process, work was under way to draw up a new regional plan. This was an important success factor for placing the city's strategies in a regional context. Within the framework of the regional plan, many deliberations took place with neighbouring municipalities to ensure clear support and acceptance among the other municipalities in the region.

Another focus was on encouraging property and construction companies to take an interest in the city's long-term planning. We attended property trade fairs and other forums where we were able to foster support for the strategies and take opinions on board. This was very successful and has led to a high degree of awareness of the *Walkable City* among the people who are going to build it.

Dialogue

We drew up a communication plan for the process as early as spring 2008. The collaboration described above was one important element but the other challenge was to engage the interest of the local population in long-term strategies. In autumn 2008 we held a consultation in which we spent two weeks carrying out a wide range of activities to reach the people of Stockholm and discuss the city's future. This involved everything from traditional meetings, exhibitions and an active website to talking about the city plan in the large shopping centres in the outer city.

Political backing

As well as the decisions that need to be made at the various phases in line with the planning laws, at least two meetings were held with each political party during the process. Here the aim was to familiarise politicians with the strategy and provide opportunities for questions and discussions that did not need to be carried out in major political assemblies. To round off the work of the City Planning Administration, in November 2009 a public confer-

ence was held with responsible politicians. This represented the handover from us the civil servants to the political process. When the City Council made its decision to adopt the plan in March 2010, it was something that had been discussed for a long time, which naturally made the decision easier.

The outlook for Vienna

Having experienced our process in Stockholm, it was very interesting to be invited to Vienna in September 2011. During the workshop that I attended, I was able to draw several conclusions that I recognised from the situation in which we found ourselves at the start of our process in autumn 2007. I believe basically that these recommendations work in the majority of cities, but there are perhaps some areas where Vienna faces an additional challenge and others where Vienna has taken things further.

If the strategies for a city are to be credible and feasible, the world outside the city's boundaries has to be involved. My view was that Vienna faces a major challenge in this respect. Roads, green areas and people pay no attention to local government boundaries and I believe that establishing a cooperative working relationship with neighbouring local authorities poses a major challenge. Vienna also has another capital city closer than many other European capitals do. This has to be factored into the city's future development.

I believe that we, as major capital cities, share the problem of a large local government administration with a silo mentality. In Stockholm this is a major problem and I think that Vienna needs to involve all the parts of the city's administration at an early stage of the process. A city plan produced by architects becomes a physical plan. If the whole city is involved, it can become a strategic development plan with a holistic perspective, something which is essential for modern cities in the 2010s.

Niklas Svensson

ist »Urban Strategist« in
der Planungsabteilung
der Stadt Stockholm

Die Rolle der Stadtentwicklungsplanung **Michael Rosenberger**

Stadtentwicklungsplanung – hier verstanden als Planung für die Entwicklung großer Gebiete in Metropolräumen – ist heute anders zu begreifen, als gemeinhin oft angenommen wird. Daher muss die Herstellung von Klarheit, was zeitgemäße Stadtentwicklungspläne leisten sollen, am Anfang der Arbeit stehen. Die erste Plattformveranstaltung mit Kollegen aus München, Amsterdam und Stockholm hat diese Situation gut verdeutlicht.

Wir Planende sind mit einer Art von Plänen aufgewachsen, die einem Verständnis entstammt, das es heute so nicht mehr gibt. Gesamtstädtische Pläne waren lange Zeit detaillierte, fein abgestimmte Dokumente, sorgfältig hergestellt mit allen Mitteln, die die moderne Verwaltung, ihre Fachleute und ihre Auftragnehmer zur Verfügung hatten. Daraus

»Wir Planer sind mit einer Art von Plänen aufgewachsen, die einem Verständnis entstammt, das es heute so nicht mehr gibt.«

resultierten dicke Bücher mit elaborierten Zielsystemen, detaillierten Nutzungsplänen und langen Listen von Maßnahmen und Schritten, die zum Erreichen des Zielzustandes erforderlich wären. Die Idee erschien logisch und gut. Man analysiert und überlegt, wo in der Stadt welche Funktion sein soll, wie alles bestmöglich aufeinander abgestimmt wird, und überträgt dann die sogenannte Umsetzung der Verwaltung.

Aktuell sieht die Welt, in der Stadtentwicklungsplanung stattfinden soll, völlig anders aus. Die zentrale Voraussetzung für das Funktionieren des oben genannten mechanistischen Planungsansatzes ist eine starke, autonom handelnde Verwaltung. Sie muss von einem starken politischen Willen angeleitet sein, sie braucht Ressourcen und gesetzliche Ermächtigungen, das Richtige selbst zu tun, und sie muss als Einheit agieren. Solche Verhältnisse gibt es heute noch in Dubai, Shanghai oder Baku.

In demokratischen, europäischen Stadtregionen findet man diese Situation jedoch nirgends mehr vor. Ehemals städtische Aufgaben werden laufend ausgegliedert, auch der Großteil der entwicklungsfähigen Grundstücke gehört Privatpersonen, Unternehmen oder Institutionen. Öffentliche Investitionsmittel sind rar, da die Rolle der öffentlichen Hand laufend reduziert und öffentliche Investitionen kritisch betrachtet werden. Gleichzeitig wird die direkte Beteiligung an Planungsprozessen immer mehr als Grundrecht der Bürger und der Zivilgesellschaft eingefordert. Transparenz, Mitwirkung, Wettbewerbe sind gefordert, Experten- oder gar Beamtenplanungen nicht. Nicht zuletzt sind übergeordnete Verbindlichkeiten mit den anderen Staaten im Rahmen der EU-Verträge, aber auch aus nationalen und regionalen Anforderungen zu erfüllen.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen haben massive Auswirkung auf die Planungsarbeit. Es gibt kein technisches oder akademisches Richtig mehr, keinen Optimalzustand, auf den hingearbeitet werden könnte. Und selbst wenn man solche Lösungen entwickelt und es schafft, sie als gemeinsames Ziel zu vereinbaren, fehlt dann die starke Hand, auf die man die Verantwortung legen könnte, diesen Zustand für uns herbeizuführen.

Wir müssen also heute anders, taktischer, vorgehen. Hier kommt nun der Governance-Begriff ins Spiel. Statt Regieren müssen wir heute das Koordinieren, Steuern und das Management staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure in netzwerkartigen Strukturen bewältigen. Wir müssen das Wissen und die Interessen der Bevölkerung, der Unternehmen und anderer Beteiligter abholen. Nicht nur, um das Experten- und Fachwissen der Planenden zu ergänzen, sondern um die Mitwirkungsbereitschaft – also »ownership« – an den so gefundenen Lösungswegen hervorzurufen.

Dieser Paradigmenwechsel findet nicht gerade zu einem einfachen Zeitpunkt statt. In allen Teilen der Welt entwickeln sich neue, starke Regionen, die mit Europa in Konkurrenz um Wirtschaftsfunktionen, talentierte Menschen und Rohstoffe treten. Das Ende der billigen Energie, von der unser Wohlstand massiv abhängt, ist zum Greifen nahe. Die Gesellschaft wird heterogener, Ein- und Auswanderung sind leichter als je zuvor. Um in diesem Umfeld zu bestehen, sind effektive Lösungen und schlagkräftige Maßnahmen unverzichtbar.

Das wichtigste Ziel für eine moderne Entwicklungsplanung scheint daher zu sein, alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und zu koordinieren. Es reicht nicht aus, mit Ordnungsmaßnahmen das Leben im lokalen Kontext möglichst angenehm und störungsfrei zu gestalten. Wir müssen auch die großen Themen anpacken, und zwar gemeinsam, aber nun ohne »Bestimmer«, wie meine 7-jährige Tochter sagen würde. Amsterdam hat darin Tradition. Die Stadtgesellschaft war seit Anfang vom Wasser bedroht – wenn die Deiche nicht halten, ist es für alle vorbei.

Hier schält sich nun die Aufgabenstellung für den nächsten Stadtentwicklungsplan für Wien heraus: Wir müssen für die großen Themen, die räumlich koordiniert werden müssen, eine Perspektive aufzeigen, und zwar gemeinsam mit den Partnern in der Wirtschaft, in der Stadtregion und der Bevölkerung. Diese Perspektive muss so stark sein, dass sie das weitgehend unabhängige Handeln der Akteure in vielen kleinen Schritten ausrichtet und zu einem Ganzen vereinigt, seien es lokale Bauprojekte, Innovationen, neue Organisationsformen oder technische Systeme. Die öffentliche Hand koordiniert und unterstützt und achtet auf die Einhaltung der Spielregeln, die Wahrung des Gemeinwohlinteresse und die Zielrichtung.



Michael Rosenberger
ist Referent für Stadt- und Regionalentwicklung der MA 18 und Projektleiter des »STEP 2025«.



»Statt Regieren müssen wir heute das Koordinieren, Steuern und das Management staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure in netzwerkartigen Strukturen bewältigen.«





Standort Stadtregion



Standort Stadtregion – Netzwerke in der Region und Herausforderung Regional Governance

Prognosen für die Stadtregion gehen bis zum Jahr 2030 von einem Bevölkerungszuwachs von 400.000 Menschen aus. Deutlich ist, dass die Stadt Wien die mit dem Wachstum verbundenen Aufgaben und Herausforderungen nicht im Alleingang übernehmen kann. Die Dualität von »Stadt und Umland« ist Geschichte – die Zukunft liegt in der Stadtregion.

Perspektivenwechsel und Kommunikationsmodelle

Als die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Postbus 368 einsteigen, um den Veranstaltungsort der Werkstatt in Maria Lanzendorf zu erreichen, ist dies zugleich ein Perspektivenwechsel von der städtischen zur regionalen Sichtweise. Sibylla Zech reflektiert in ihrem Beitrag genau diesen Perspektivenwechsel und spannt den Bogen zur Notwendigkeit von Zukunftsbildern und gemeinsamer regionaler Denk- und Handlungsräume.

Den Auftakt in die Werkstatt bildet Ursula Stein bereits am Vorabend mit ihrem Vortrag: »Stadtregion leben, erfahren, verändern – Ein Kommunikationsmodell«. Der Vortrag wie auch ihr Beitrag verweist anhand des landschaftlichen Experimentierraums »2Stromland«, ein Projekt der REGIONALE 2016 an der Schnittstelle von Münsterland und Ruhrgebiet, unter anderem auf neue Herangehensweisen, Kooperationsmodelle und Steuerungsformen einer kreativen und innovationsfördernden Regionalentwicklung.

Innovation und Wettbewerbe

Wie kommt das Neue ins Spiel? Inwieweit kann man in der Region mittels Wettbewerben Entwicklungsimpulse setzen? Welche Wettbewerbsmodelle wären auch für die Stadtregion Wien denkbar? Und wie kann man sich als Region auf einen Wettbewerbsprozess verständigen? Rainer Danielzyk beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Formaten und Prinzipien temporärer regionaler Kooperationsformen. Als Beispiel die-

nen ihm die Wettbewerbsverfahren der REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen, um Ideen, Konzepte und Projekte zu fördern, neue Formen der interkommunalen Kooperation zu etablieren und Zukunfts- und Innovationsfähigkeit der Regionen zu verbessern. Wettbewerbe können den Anstoß geben, um regionale Identität anzuregen und zu stimulieren. Motivation und das Engagement aller Beteiligten bilden dabei die Basis zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Kooperation auf Augenhöhe

Es soll nicht zu einer »Verordnung zur Region« kommen, sondern eine Region soll aus sich selbst heraus definieren, was sie ist. Nicht nur Wien hat eine Geschichte, auch der Raum herum hat viele Geschichten und ist wichtiger Kultur- und Bezugsraum. Kooperationsverflechtungen sind eine spezifische Form des territorialen Kapitals und notwendig, um zukünftige Handlungserfordernisse bewältigen zu können. Interkommunales Handeln bedeutet im Wiener Kontext auch Handeln über Landesgrenzen. Wie kann es gelingen, dass die Stadtregion als »handelndes Subjekt« institutionell aktiv werden kann? Sind die gegenwärtigen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen hinreichend belastbar, um auch schwierige Themen zu bearbeiten? Diesen Fragen widmen sich Renate Zuckerstätter-Semela und Andreas Hacker in ihrem gemeinsam verfassten Beitrag und geben Einblick in die Rahmenbedingungen und Zukunftsaufgaben eines Ballungsraums, der von unterschiedlichen, verwobenen Lebenswelten und einer vielfältigen Akteurslandschaft geprägt ist. Sie bilden als Stadt-Umland-Managerin und Stadt-Umland-Manager eine wichtige Informationsdrehscheibe, um eine »Kooperation auf Augenhöhe« der Bezirke Wiens mit den Umlandgemeinden zu ermöglichen. Dazu bedarf es aber einer weiteren Verbesserung der Kommunikationsstrategien um AkteurInnen zu vernetzen und Lernprozesse zwischen diesen zu initiieren und regional relevante Projekte und Vorhaben abzustimmen. Interkommunaler Austausch bringt Mehrwert und das soll von den AkteurInnen erkannt werden.

Beziehungsgeflechte und Funktionszusammenhänge

Regionalisierung kann als Ergänzung zur Globalisierung verstanden werden, da zu große Einheiten bzw. Räume nicht mehr fassbar sind und kein Bezug mehr zu ihnen hergestellt werden kann. Regionen sind flexible Gebilde, die sich ständig anpassen und verändern. Peter Gero ist Berater der Planungsdirektion in Bratislava und verweist auf die vielfältigen Funktionszusammenhänge zwischen den benachbarten Hauptstädten, die aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen eine neue Dynamik erhalten haben und einmalige Entwicklungspotenziale für die Region, die »zusammen gehört«, beherbergen. Die Region ist in Funktionsräume gegliedert, welche sich gegenseitig überlagern. Die Region geografisch abzustecken ist nicht zielführend – sie wird nach Anlass und Erfordernissen definiert, so eine Kernaussage seines Beitrags. Die anstehenden Aufgaben der Stadtentwicklung in Bratislava sind eng mit regionalen Fragestellungen und den Entwicklungen des gesamten Metropolraums verknüpft.

Austauschbeziehungen und die Anforderungen an den STEP

Ist Wien an den Grenzen seiner Tragfähigkeit angelangt? Je mehr die Stadt wächst und je dichter sie wird, desto mehr wird sie von Austauschbeziehungen abhängig. Es wird notwendig sein, vermehrt Stoffe, Ressourcen, Arbeitskraft, etc. aus dem Umland zu »beschaffen«, die in Wien nicht in ausreichendem Maß vorhanden sind. Ein gemeinsames Vorgehen, regionale Zielsetzungen und regionale Investitionen sind wichtig, um ein solches Tauschverhältnis herzustellen. Ressourcen sollen dazu vernetzt, Arbeitsplätze verteilt, Siedlungspolitik strukturiert werden.

Die regionale Zukunftsperspektive wird auch innerhalb des STEP eine bedeutende Rolle spielen. Der Prozess der Erarbeitung bietet die Chance die Zusammenhänge zu formulieren und die Stärken des Umlandes und die Potentiale einer intensiven Zusammenarbeit aufzuspüren. Die Stadt Wien ist gefordert, über die Bekenntnisebene hinaus Verantwortung bzw.

ein kooperatives Leadership zu übernehmen. Ein gemeinsames Ziel ist wichtig, um eine Vielzahl an AkteurInnen über einen langen Zeitraum zu motivieren. Grundvoraussetzung dafür sind belastbare Kommunikationsstrukturen und die gemeinsame Erarbeitung starker Zukunftsbilder. Was soll ein solcher gemeinsamer Handlungsraum organisieren? In welchen Bereichen bringt es Vorteile und Synergien? Rainer Hauswirth und Andreas Trisko diskutieren die Integration der regionalen Perspektive im STEP 2025 und rücken dabei die Frage nach den konkreten Rahmenbedingungen im Wiener Kontext und dem geeigneten Kooperationsmodell für die regionale Zusammenarbeit in das Zentrum ihrer Überlegungen. Kann durch einen STEP die Strategie der erlernbaren Kooperation (etwa durch gemeinsame Projekte) gestärkt werden? Wien hat die Chance mit der Entwicklung des STEP die Selbstreflexion der Region zu fördern, innovative Prozesse und Projekte anzustoßen und Ankerpunkte einer regionalen Identitäten zu setzen. Es gilt Gemeinsamkeiten zu suchen und kommunales Kirchturmdenken zu überwinden. (IFOER)



»Wenn wir in Wien von einem STEP reden, müssen wir auch von der Region reden und die regionale Zukunftsperspektive innerhalb des STEPs diskutieren: Zusammenhänge müssen formuliert werden und die Stadt Wien muss bereit sein, die Stärken ihres Umlandes wahrzunehmen.«





»Gemeinsamkeiten müssen gefunden werden um kommunales Kirchturmdenken zu überwinden. Es braucht symbolische, sinnliche Projekte, an denen regionale Verantwortung geschürt werden kann.«



Vom Denkraum zum Handlungsraum

Stadtregion Wien – Niederösterreich – Burgenland

Eine Landpartie«, scherzt die Gruppe der Wiener StadtplanerInnen, die sich zum Seminar »Stadtregion« beim Bus 368, Reumannplatz, Abfahrt 08:17 Uhr, trifft. Bald haben wir das dicht bebaute Gebiet des Bezirks Favoriten hinter uns gelassen. Die Straße heißt nun Humberger Straße. Wir überqueren die neue visuelle Stadtgrenze zwischen Wien und Niederösterreich, die Schnellstraße S 1, mit ihren Lärmschutzwällen und -wänden. Einfamilienhaussiedlungen mischen sich mit mehrgeschoßiger Wohnbebauung, Gewerbezo- nen, Sportanlagen, Lagerflächen, dazwischen Äcker. Der Übergang von Stadt und Land ist verschwommen. Nach einer halben Stunde Busfahrt kommen wir nach Maria Lanzendorf, Haltestelle Sportplatz, dann ein paar Minuten zu Fuß über einen unasphaltierten Weg zum Kanzelhof, ehemals Getreidemühle, in den 1970er-/80er-Jahren Kommune und heute kooperatives Wohnprojekt mit Ateliers, Werk- stätten und Seminarräumlichkeiten, eigenem Weinbau und nebenan einem Reiterhof.

Wir treffen auf KollegInnen aus dem Stadtu- mland, aber auch aus der größeren Region, dem Burgenland und aus Bratislava. Ja, jetzt sind wir in der Stadtregion, glauben wir zu verspü- ren, und vergessen dabei zunächst, dass wir nun zwar im Stadtu mland sind, aber innerhalb der Stadtregion gewesen und geblieben sind. Ein Perspektivenwechsel ist angesagt: Wien

ist Teil der Stadtregion, ebenso wie die Um- landgemeinden in Niederösterreich bzw das nördliche Burgenland. Man braucht sich gegen- seitig ...

Die Stadtregion ist Realität – physisch, mor- phologisch-strukturell und funktionell, aber es fehlt das gemeinsame Bild am Plan, im Kopf und damit im Selbstverständnis der Planungs- politik und Planungsverwaltung. Obwohl die Stadtregion alltäglich von über 2,7 Millionen Menschen in Wien, Niederösterreich und Bur- genland gelebt wird, ist sie noch kaum gemein- samer Denkraum und oft weit entfernt vom gemeinsamen Handlungsraum.

Die Siedlungsgebiete sind über die Landes- und Gemeindegrenzen zusammengewachsen. Wohnanlagen, Einfamilienhausbauplätze, Kleingartensiedlungen, Gewerbegebiete, Einkaufsagglomerationen und Logistikcen- ter, Infrastrukturen verdichten sich zu und in urbanen Fragmenten am Stadt- und Landrand. Die Stadtregion lebt funktional, in dem die Verflechtungen zwischen Kernstadt und Um- landgemeinden bzw. zwischen den Gemeinden äußerst intensiv geworden sind. Man wohnt, arbeitet, erholt sich, schaut bei Freunden vorbei, geht auf ein Fest, besucht die Schule, den Arzt, den Fitnessclub in unterschiedlichen Gemeinden und Stadtbezirken, über Landes- grenzen hinweg. Täglich tauscht sich ein großer

Sibylla Zech

ist Professorin am Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung der TU Wien.

¹Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011 – Raum für alle, Handlungsräume, Wien 2011

²Auf der Homepage des Schweizer Amtes für Raumentwicklung ARE finden sich zahlreiche Dokumente zur Agglomerationspolitik: <http://www.are.admin.ch/themen/agglomeration/index.html?lang=de>

³H. Fassmann, P. Görgl, M. Helbich: Atlas der wachsenden Stadtregion, Materialienband zum Modul 1 des Projekts »Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion (SRO)«, Hg. Planungsgemeinschaft Ost, Wien 2011

⁴S. Zech, St. Klingler, R. Gassner, H. Fassmann, H. Schaffer: »stadtregion+ Zwischenbericht. Planungskoope-ration zur räumlichen Entwicklung der Stadtregion Wien Niederösterreich Burgenland«, Hg. Planungsgemeinschaft Ost, Wien 2011

⁵H. Bednar, K. Meyer-Cech: Südheide: das namenlose Wunderland vor den Toren Wiens. Wien: Mandelbaum-Verlag, Wien 2003

Teil der Bevölkerung im Wiener Südraum aus – Menschen pendeln aus Wien ins Umland, aus dem Umland nach Wien und zwischen den Umlandgemeinden. Die Metropolregion Wien ist hier eine Besonderheit unter den mitteleuropäischen Hauptstädten, da die Pendelbewegungen, nicht wie etwa in Prag, Budapest oder Bratislava, einseitig auf die Kernstadt ausgerichtet sind.

Administrativ bzw. institutionell, etwa über Kooperationsgremien und Kooperationsprojekte, ist die Stadtregion hingegen erst in Ansätzen aktiviert und daher wenig Ambition zum gemeinsamen Handeln. Städtepolitik und Stadtregionspolitik wird in Österreich bislang generell nicht als übergeordnetes Aufgabenfeld wahrgenommen. Das neue Österreichische Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011¹, das von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden verabschiedet wurde, fordert erstmals eine solche Politik. Zum Vergleich: Stadtregionspolitik heißt im Schweizer Jargon Agglomerationspolitik². Hier gibt es den klaren Auftrag an alle Gebietskörperschaften für eine verbesserte vertikale Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung und der Politik für die urbane Realität der Schweiz. Wichtige Eckpfeiler sind unter anderem Modellvorhaben (derzeit mehr als 50 in Finanzierung und Umsetzung) und Agglomerationsprogramme zur abgestimmten Verkehrs- und Siedlungsentwicklung (mittlerweile in allen schweizer Agglomerationen in Umsetzung bzw. Vorbereitung).

Für eine aktive österreichische Stadtregionspolitik können wir nicht auf die gesamt-nationale Unterstützung, zählen. Zunehmend treten jedoch Städte und Stadtregionen in der EU-Förderlandschaft für die kommende Programmperiode als Aufgabengebiet hervor. An bereits bestehende Kooperationsplattformen, wie die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) und das Stadt-Umland-Management (SUM), kann angeknüpft werden. In Stadt und Land wäre man neugierig auf die Stadtregion – gemeinsames Bereisen, Aufzeichnen, Beschreiben und Bereden machen die Stadtregion als gemeinsames Anliegen erkennbar. Die PGO hat erste Schritte für ein gemeinsames Bild der Stadtregion gesetzt und den Atlas der Stadtregion³ sowie eine Publikation mit Handlungsempfehlungen für die »stadtregion+«⁴ herausgebracht.

Die Stadtregion besitzt noch wenig Identität. Wir haben wenig Gefühl für diesen großen metropolitanen Raum. Die Emotion zeigt sich eher in der Kritik – Verkehrsbelastungen, Flächenverbrauch, Konkurrenz um Betriebe – denn an Werten und Potenzialen, die zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit motivieren. Wir assoziieren mit dem Begriff Stadtregion das Ausufern der Stadt, die undifferenzierte Siedlungsgestalt der Vorstadt, des Vorortes und des Dorfes, die sich zunehmend ähneln, sprechen geringschätzig vom Speckgürtel. Es braucht eine neue Werthaltung für das Umland. Hans Bednar, der am Kanzelhof lebt, hat mit der Mödlinger Landschaftsplanerin Kim Meyer-Cech ein Buch⁵ herausgebracht, das dem Zwischenland im Süden Wiens, dem Landstrich, der keinen Namen hat und sich in einem Bogen vom Wienerwald bis an die Donau spannt, den Namen »Südheide« gegeben. Schicht für Schicht bringen Texte und Bilder im Alltäglichen verborgene Schätze und Netze ans Licht, zeichnen eine neue Identität.

Das Zukunftsbild der kooperativen, ressourcenschonenden, erfolgreichen und lebenswerten Stadtregion ist noch nicht gezeichnet. Es würde eine Siedlungs- und Kulturlandschaft mit kompakten Siedlungen, Nutzungsmischung und interkommunalen Betriebsgebieten zeigen, die mit Feldern, Waldremisen und Freizeitgebieten durchsetzt und vernetzt ist. Nutzungsvielfalt, polyzentrische Versorgung, kurze Wege, gutes ÖV-Angebot und vielfältige Natur- und Freizeitwerte machen die Stadtregion zum Handlungsraum, für den der Einsatz lohnt.



Dicht bebautes Stadtgebiet: gründerzeitlicher Bezirk Favoriten



Baustelle U-Bahn-Linie U1 am Verteilerkreis Favoriten



Stadtrandsiedlung der 1970er-Jahre



Stadtausfahrt - Himberger Straße



Der »Neue Linienwall« - Lärmschutz und Landschaftsgestaltung an der Südumfahrung Wien, Schnellstraße S 1



Am Land - Bauland, an der Landesgrenze Wien - Niederösterreich



Leopoldsdorf - die Einfamilienhäuser wachsen



Leopoldsdorf - Wohnanlagen - verdichteter Landhausstil



Land um Stadt-Land-Wirtschaft



Hauptstraße Maria Lanzendorf



Kleingartensiedlung Maria Lanzendorf



Ehemalige Kanzelmühle, ehemalige Kommune, heute Wohn- und Seminarort bei Maria Lanzendorf

Formate der Regionalentwicklung

»Innovationen können nicht planvoll herbeigeführt werden, auch ist dafür eine finanzielle Förderung nicht alleine entscheidend. Wichtig ist vielmehr die Organisation von Wettbewerb im Sinne einer Konkurrenz der Ideen und Konzepte (...)«**

Seit Anfang der 1990er-Jahre ist aufgrund des Bedeutungsgewinns der regionalen Ebene und des wachsenden Interesses an regionaler Entwicklung und interkommunaler Kooperation ein breites Spektrum regionaler Entwicklungsstrategien und Kooperationsansätze entstanden. Es reicht von gesetzlich verankerten Regionalverbänden über das bekannte Instrument der sektoralen Zweckverbände bis hin zu informellen Zusammenschlüssen wie Regionalkonferenzen, Städtetetzen usw.

Im Folgenden sei vor allem auf querschnittsorientierte, temporäre Formate der Regionalentwicklung eingegangen. Exemplarisch dafür seien die Internationalen Bauausstellungen, sofern sie wie etwa die IBA Emscherpark in den 1990er-Jahren im Ruhrgebiet eine regionale Dimension haben, und insbesondere die REGIONALEN in NRW genannt. Einige Prinzipien kennzeichnen dieses Format besonders: Die Freiwilligkeit der Kooperation, der Versuch, Innovation durch Wettbewerbe zu fördern, die Befristung und Konzentration auf eine Präsentation am Ende. Ziel ist dabei, durch eine Fülle konkreter, allerdings in einen konzeptionellen Rahmen eingebetteter Projekte die Rahmenbedingungen für den regionalen Strukturwandel zu verbessern und einen neuen Blick auf die Region von innen und von außen zu ermöglichen. Im Einzelnen:

Freiwilligkeit der Kooperation

Die räumliche Abgrenzung und die Themen der Zusammenarbeit werden von den Kooperationspartnern (Kommunen) selbst definiert. Zwar wird ein Impuls insbesondere bei den REGIONALEN durch eine Ausschreibung (der Landesregierung Nordrhein-Westfalen) gesetzt, Umfang und Form des Zusammenschlusses der Städte, Gemeinden und Kreise, aber auch wirtschaftlicher und anderer privater Akteure werden nicht vorbestimmt, sondern erfolgen freiwillig und individuell. Die operative Umsetzung ist kaum ohne die Einrichtung einer Regionalagentur bzw. eines Regionalbüros, das zeitlich befristet von den Kooperationspartnern getragen wird, vorstellbar. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Verwaltungsebene, sondern um eine kleine, schlagkräftige Arbeitseinheit mit wenigen Mitarbeitern, die initiiierende, moderierende, strukturierende und unterstützende Aufgaben haben.

Innovation durch Wettbewerbe

Ein wesentliches Ziel regionaler Kooperation ist heute, die Innovationsfähigkeit einer Region zu verbessern. Dabei wird der Begriff Innovation hier breit verstanden: Er reicht von neuen Formen und Qualitäten in Architektur, Städtebau und Landschaftsgestaltung bis hin zu neuen Managementstrukturen im öffentlichen Bereich und neuen Ansätzen des unternehmerischen sowie zivilgesellschaftli-

chen Engagements. Das »Neue« ist dabei kein Selbstzweck, sondern hat das Ziel, die Region besser zu profilieren. Mit Ideen und Projekten jenseits des Gewöhnlichen sollen Bürgerinnen und Bürger für ihre Heimat begeistert und Signale für den Strukturwandel, nicht zuletzt in den Köpfen, gesetzt werden.

Innovationen können nicht planvoll herbeigeführt werden, auch ist dafür eine finanzielle Förderung nicht alleine entscheidend. Wichtig ist vielmehr die Organisation von Wettbewerb im Sinne einer Konkurrenz der Ideen und Konzepte auf drei Ebenen: (1) Zunächst müssen sich die Regionen mit ihren Konzepten bei der Auswahl der konkreten REGIONALE-Räume im Wettbewerb behaupten. (2) Innerhalb einer REGIONALEN müssen sich die einzelnen Projekte im Wettbewerb hohen Anforderungen stellen, um in das REGIONALE-Programm aufgenommen zu werden, d. h. den »REGIONALE-Stempel« zu erhalten. Er soll für hohe Qualität, regionalen Nutzen und innovativen Charakter bürgen. Vielfach müssen die Projekte eine »Qualifizierungsleiter« in drei oder vier Stufen durchlaufen: von der ausgearbeiteten Projektidee bis zum förderfähigen und realisierbaren Projekt. (3) Auch auf der Projektebene selbst wird Wert auf Wettbewerb gelegt: So müssen etwa grundsätzlich bei städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projekten und Konzepten Wettbewerbsverfahren durchgeführt werden.

Dieser starken Wettbewerbsorientierung liegt der Gedanke zugrunde, dass man Innovation und Qualität nicht definieren oder planvoll herstellen kann, sondern dass sich im fairen Wettbewerb neue und hochwertige Ideen, Konzepte und Projekte durchsetzen, die einen »regionalen Mehrwert« erzeugen können.

Befristung und Präsentation (»Festival«)

Zentral für die temporären Formate wie IBAs oder REGIONALEN ist die Ausrichtung auf ein Präsentationsjahr, in dem sich alle Projekte der Öffentlichkeit im Rahmen eines gemeinsamen Veranstaltungsprogramms präsentieren. Wichtiges Ziel ist es dabei, nach innen wie nach außen Wirkungen und Wahrnehmungsveränderungen zu erzielen. Nach innen geht es darum, die Entscheidungsträger aus den Kommunen, andere Schlüsselakteure, aber auch die Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt zivilgesellschaftliche Akteure aus Wirtschaft, Verbänden, Kultur usw. vom Profil der Region zu überzeugen. Es soll ein neues Bild

der Region verankert werden, um Engagement für die Region und neue Formen der Zusammenarbeit zu initiieren. Zugleich richtet sich die Präsentation aber auch nach außen, an potenzielle Gäste, Zuwanderer und Investoren, die durch besondere Ereignisse und hochwertige Projekte auf die Qualitäten der Region aufmerksam werden sollen. Um entsprechende Wirkungen zu erzielen, sind einerseits große »Leuchtturmprojekte« erforderlich, aber auch viele kleine Aktivitäten, die die Region »in Szene« setzen.

Der »Festival-Charakter« der Präsentation hat mehrere Funktionen: Zum einen erzeugt er den nötigen Handlungsdruck, indem ein klarer Termin zum Handeln zwingt, erleichtert die Konsensfindung, verkürzt (idealerweise) bürokratische Verfahren und trägt dazu bei, die Ergebnisse des Strukturwandels medial zu vermitteln. Zum anderen begünstigt das Format des »Festes« mit seinen künstlerischen Aktivitäten eine Intensivierung und Veränderung der Wahrnehmung der Region – von innen wie von außen.

Fazit

Die Prinzipien, die den Erfolg temporärer Formate wie Internationaler Bauausstellungen und von REGIONALEN begründen, können auch bei anderen, weniger aufwendigen Formen regionaler Kooperation und Entwicklung zur Geltung kommen. Dabei ist noch einmal nachdrücklich zu betonen, dass es hier nicht um die Durchführung eines Event-Programms geht, sondern dass die Präsentation zum Abschluss letztlich nur ein Mittel zum regionalpolitischen Zweck sein soll: dieser wird nur dann erreicht sein können, wenn sich viele Einzelaktivitäten und Projekte in ein konsistentes regionales Konzept (mit Leitbild und Umsetzungsstrategie) einfügen. In diesem Sinne geht es um einen »ganzheitlichen« und endogenen Entwicklungsansatz, wobei es nicht primär um die unmittelbare Verbesserung der regionalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geht. Aufgabe ist es vielmehr, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Regionalentwicklung zu verbessern, weshalb sich der Erfolg auch nicht unmittelbar an wirtschaftlichen Effekten einzelner Projekte messen lassen kann. Entscheidend ist die langfristige Wirkung durch eine Akzentuierung des regionalen Profils und die Verbesserung der regionalen Kooperation im Interesse der Innovations- und Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Region.

Rainer Danielzyk

ist wissenschaftlicher
Direktor des ILS –
Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung in Dortmund und Professor
im Arbeitsgebiet
Landesplanung und
Raumforschung an der
Universität Hannover.

Raum und Kommunikation in der Stadtregion: Das Beispiel 2Stromland

Ursula Stein

Ein Foto zeigt Menschen auf einer Wiese am Fluss im Gespräch. Banal? Nicht der Rede wert? In diesem Zusammenhang aber die wichtigste Botschaft: Über Regionen redet man am besten direkt in der Region. Wenn dabei Menschen zusammenkommen, die ein gemeinsam selbst definiertes Ziel verfolgen, können Raum und Akteure erfolgreiche Koalitionen eingehen. Das soll in diesem Beitrag an einem Beispiel gezeigt werden.



Die Szene ist im Jahr 2011 anlässlich einer »Flussreise« entstanden. Im Rahmen der REGIONALE 2016 (zu »REGIONALE« vgl. Beitrag von R. Danielzyk) ist die Grundlagenstudie »Flusslandschaften« erarbeitet worden. Sie soll Orientierung und Werkzeuge für die Entwicklung von Bächen und Flüssen liefern. Hier gilt es, im Dschungel der Vorschriften und über die Grenzen der traditionellen Planungsdisziplinen (wie Gewässerökologie, Architektur/Städtebau und Landschaftsplanung) hinweg Synergien zu nutzen und dabei regional abgestimmte Visionen zu verfolgen. Auf dem Bild sind Akteure zu sehen, die an der Lippe und ihren Zuflüssen an der Gewässerentwicklung arbeiten. Die Flussreise führte sie zu typischen Abschnitten entlang der Lippe und ihrer Zuflüsse, wo sie die Herausforderungen und Potenziale der Flüsse, ihre charakteristischen Abschnitte und verschiedene Entwicklungsvorhaben sehen und an Ort und Stelle diskutieren.

Das Projekt 2Stromland

Das Foto entstand am Ufer der Lippe, auf der Grenze zwischen Ruhrgebiet und Münsterland, auf dem Gebiet der Stadt Olfen. Olfen mit seinen rund 12.000 Einwohnern ist ebenso wie die Nachbarstadt Haltern am See Teil des Gebiets, auf dem die REGIONALE 2016 unter dem Thema »ZukunftsLAND« stattfindet. Hier wird das Projekt »2Stromland« entwickelt, das zu einem Teil des REGIONALE-Portfolios werden soll.

Das rund 8000 Hektar große Gebiet, das die Akteure »2Stromland« getauft haben, liegt zwischen Lippe und Stever, zwischen Olfen und Haltern am See, zwischen dem Ruhrgebiet und dem Münsterland. Die Flüsse Lippe und Stever mit ihren Auen prägen das Landschaftsbild. Zwischen ihnen gibt es landwirtschaftliche Flächen, große Wälder und die Halterner Seen – insgesamt also eine typische Landschaft der Gegend. Aus diesem Zwischenraum

soll nun ein gemeinsamer Identifikationsort für den Grenzraum Ruhrgebiet-Münsterland werden: das 2Stromland.

Daran arbeiten Bürgermeister, Beigeordnete und Mitarbeiter der Städte Olfen und Haltern am See, die im Aufbau befindliche Landschaftsstiftung der Ruhrkohle AG, Verantwortliche bei der Gelsenwasser AG und Mitarbeiter des Lippeverbandes. Alle Beteiligten aus öffentlichen und privaten Institutionen sind im Raum verwurzelte Entscheider. Sie teilen die Auffassung, dass eine zukunftsfähige Landschaft ökonomisch tragfähig, ökologisch nachhaltig und für die Menschen erlebbar sein muss. Eine »Landschaft in Balance« ist das Ziel, und mit der Metapher des »Mobile« wird in den Blick genommen, dass es sich um dynamische Gleichgewichte handelt, bei denen Eingriffe sorgfältig austariert werden müssen.

Damit sind viele Fragen verknüpft: Wie kann die Landschaft der Zukunft aussehen? Wie können Auen, Wälder und landwirtschaftliche Flächen so gestaltet werden, dass sie wirtschaftlich tragfähig und artenreich sind? Wie können sie attraktiver für Menschen werden, die in der Nähe der Städte ihre Freizeit verbringen wollen? Welche Angebote zum Lernen kann es geben?

Antworten auf solche Fragen geben fünf Experimente innerhalb des Experimentierraums 2Stromland:

- Ein moderner Hutewald, in dem Weidetiere für mehr Licht und Artenvielfalt sorgen
- Flussstrände an der Lippe, die den dynamischen Fluss erlebbar machen
- Der Umbau des landwirtschaftlichen Wegenetzes, durch den die Belange von Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus berücksichtigt werden
- Eine Auenschule, in der Kinder und Jugendliche direkt in der Natur etwas über die Veränderung und Gestaltung der Landschaft lernen
- Ein Wassermodell, das Erholungssuchende spielerisch neugierig auf das 2Stromland macht

Diese Vorhaben sollen bis 2016 umgesetzt sein. So fungiert das 2Stromland als landschaftlicher Experimentierraum für das REGIONALE-Gebiet insgesamt. Eine Karte des 2Stromlands zeigt die relevanten Strukturen und lokalisiert die Experimente. Sie verlockt mit ungewöhnlicher Gestaltung zur Entde-

ckung der Details und wird mit der Entwicklung des Projekts laufend fortgeschrieben.

2Stromland – ein Stück Stadtregion

Der Raum im Grenzbereich zwischen Münsterland und Ruhrgebiet ist keine ländlich-gemütliche Ecke hinter den sieben Bergen, sondern ein regional verflochtener Raum. Er ist Wirtschaftsraum im größeren westfälischen Kontext. In der Nachbarstadt Datteln wird ein interkommunales Industriegebiet mit über 500 Hektar Fläche neu entwickelt. Dies wird z. B. die Nachfrage nach Gewerbeflächen und Wohnraum in Olfen steigern. Im ganzen Münsterland ist die Landwirtschaft ein boomender Industriezweig, noch weiter angeheizt durch den Bedarf an Biomasse für die Erzeugung regenerativer Energien. Er ist Freizeitraum für das Ruhrgebiet – die Halterner Stauseen und ihre Freizeitinfrastruktur sind hoch attraktiv, während Olfen mit Ruhe und Naturnähe punktet. Er ist beliebter Wohnstandort, typisch für den Rand der Agglomeration, mit teilweise ausgezeichneten Bahnverbindungen für Menschen, die im Ruhrgebiet arbeiten. Er ist faktisch Schulregion – mit kräftigem Schüleraustausch zwischen den Kommunen. Als gemeinsamer Planungsraum hat man sich bisher allerdings nicht so recht verstanden. Dies wird durch das Projekt 2Stromland praktisch-kooperativ geändert.

Kommunikative Arbeit in der lernenden Stadtregion

Unsere Erfahrungen zeigen, dass methodisch zwischen stadtreionalen und landregionalen Kooperationen kein großer Unterschied gemacht werden muss. Um ihnen Wirkung und Schwung zu geben, bedarf der Prozess eines ebenso sorgfältigen Entwurfs wie die zu realisierenden Projekte. Einige der Elemente lassen sich am Beispiel 2Stromland klar erkennen.

Lernende Region: Das Projekt ist auf Innovation und Lernen ausgerichtet. Die Experimente sind so angelegt, dass sie einzeln und gemeinsam Wissen generieren und vermitteln. Die Erkenntnisse werden für die Diskussion in der REGIONALE 2016 ZukunftsLAND – also dem regionalen Bezugsraum – verfügbar sein. Praxis und Theorie suchen den Austausch. Die örtlichen Experimente sind eingeordnet in eine strategische Vorgehensweise auf der Ebene des Experimentierraums. Beides reflektiert der Arbeitskreis regelmäßig mit einem wissenschaftlichen Beirat.

Kooperation von öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Im Arbeitskreis sind die öffentliche Hand (Kommunen und Kreise) und die Wirtschaft (Gelsenwasser und die Stiftung der Ruhrkohle) sowie Mischinstitutionen wie der Lippeverband direkt vertreten. In den Experimenten ist z. B. ein Naturschutzverband mit einem Konzept zur Auenentwicklung beim Wassermodell beteiligt, und die Landwirtschaft gestaltet das Konzept für die Wegeentwicklung mit. Dabei werden die einzelnen Interessen gewahrt und können durch die Kooperation gewinnen. Die Überlagerung der unterschiedlichen Denkwelten ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung innovativer Lösungen. Wenn damit auch durch die Akteure unterschiedliche Netzwerke einbe-

zogen werden, unterstützt das die politische Stabilität.

Den Raum zum Sprechen bringen: Die Verständigungsprozesse beziehen regelmäßig den Raum mit ein. Er ist im Ansatz der »erfahrungsbasierten Planung« das Objekt der Planung und gleichzeitig Ort des Geschehens. Ortstermine und Reisen ermöglichen zwanglosen Austausch und in der weiteren Diskussion den Bezug auf gemeinsame Erlebnisse als Referenzpunkte. Ansprechende Visualisierung, bildhafte Begriffe (hier: 2Stromland) und die Arbeit mit Metaphern (hier: Mobile) unterstützen den sinnlichen Bezug zum Geschehen. Damit wird auch der Raum – fast wie ein weiteres Subjekt – zum Sprechen gebracht.

Abb. unten:
2Stromland – Stand Mai
2012 (Stein+Schultz/
landinsicht)



»Das Projekt ist auf Innovation und Lernen ausgerichtet. Die Experimente sind so angelegt, dass sie einzeln und gemeinsam Wissen generieren und vermitteln.«

Neue Steuerungsformen: Das Beispiel zeigt, wie wichtig Instrumente, die in keinem Lehrbuch der Regionalplanung stehen, im Rahmen freiwilliger Innovationskoalitionen sind. Vertrauen spielt dabei eine wichtige Rolle: Die Arbeitskreis-Mitglieder müssen ihre Beiträge im Sinne des gemeinsamen Ziels verlässlich leisten. Sie dürfen ihre Interessen, auch wenn diese anerkannt sind, nicht auf Kosten der anderen durchsetzen. Faszination, Fantasie, Neugierde und Lust auf Innovation sind wichtige Triebkräfte. Das Projekt bedeutet zusätzliche Arbeit oder Umwidmung von Ressourcen – was sich erst langfristig rentieren wird und deshalb zu Anfang besonders viel Überzeugung erfordert. Die Arbeitskreis-Mitglieder sind deutlich an der Fortentwicklung

ihrer Praxis und der rahmensetzenden Regeln interessiert.

Auf diese Weise können Vorhaben in selbst organisierten Partnerschaften auf der Grundlage selbst definierter Regionen und selbst gesetzter Ziele Kräfte wecken, die im Regelverfahren der Regionalplanung meist nicht erschlossen werden.

Ursula Stein
ist Stadt- und
Regionalplanerin bei
Stein + Schultz
Partnerschaft.



Stadt (und) Region

Die Stadtregion Wien ist ein komplexes System zahlreicher interagierender Gebietskörperschaften: eine Vielzahl von AkteurInnen mit unterschiedlichen Interessen sind gefordert, gemeinsam an einer integrierten und zukunftsfähigen Ballungsraumentwicklung zu arbeiten – eine Aufgabe, die eine klare Sicht auf die Wirkmechanismen des komplexen politisch-administrativen Systems erfordert.

Im Ballungsraum Wien leben mehr als zwei Millionen Menschen in zwei Bundesländern bzw. in rund 70 Gemeinden unterschiedlichster Größenordnung: von der Millionenstadt Wien über die vierzehn Kleinstädte des Umlandes, in deren größter rund 25.000 Menschen wohnen, bis zu den vielen, mitunter sehr kleinen Landgemeinden und Dörfern. Hinzu kommen ArbeitsspendlerInnen, die nicht im Ballungsraum selbst wohnen, sondern von weit her einpendeln.

Obwohl sich die meisten Menschen im Ballungsraum ihrer Wohngemeinde verbunden fühlen, erleben sehr viele Menschen der Stadtregion in ihrem Alltag die Stadt Wien und das Umland in Niederösterreich als ein Ganzes: Sie arbeiten, wohnen, lernen, konsumieren und erholen sich an unterschiedlichen Orten im Ballungsraum. So organisieren sie ihren Alltag über die Wiener Stadtgrenze, die ja gleichzeitig Landesgrenze ist, und über die vielen Gemeindegrenzen hinweg, denn auch zwischen vielen Umlandgemeinden bestehen rege funktionale Austauschbeziehungen. Im täglichen Leben spielen die administrativen und politischen Grenzen auf den ersten Blick eine geringe Rolle. Dies gilt auch und insbesondere für die Wahrnehmung der Stadtregion als Wirtschaftsstandort.

Im Ballungsraum existieren unterschiedlichste Lebenswelten nebeneinander oder ineinander

verwoben: von agrarisch geprägten dörflichen Gemeinschaften über ausgedehnte Einfamilienhaussiedlungen und lebendige Kleinstädte, große Betriebs- und Industriegebiete und Einzelhandelsagglomerationen bis hin zu Großsiedlungen am Stadtrand und zum dicht bebauten Stadtgebiet. Diese Lebenswelten sind teilweise in Bewegung: Menschen ziehen aus der Kernstadt ins Umland und umgekehrt, Betriebe verlagern ihren Standort. So vielfältig wie die Raumstrukturen sind die Interessen und Bedürfnisse der BewohnerInnen und ihrer politischen RepräsentantInnen sowie der AkteurInnen der Wirtschaft.

In einigen Bereichen des Ballungsraumes fließen auch im Siedlungs- und Landschaftsbild Stadt und Land ineinander. An den großen Verkehrsachsen sind Umlandgemeinden zusammengewachsen oder bilden mit der Kernstadt einen geschlossenen Siedlungskörper. Vielfach sind die territorialen Grenzen physisch nur durch Orts- und Straßenschilder wahrnehmbar. Dennoch wirken sie als scharfe Trennlinie zwischen Stadt- und Umland – in Politik, Verwaltung, Finanzierung und vielen organisatorischen Fragen, die den Alltag der Menschen beeinflussen. Da der Ballungsraum zum Wohle aller insgesamt funktionieren muss, bedarf es einer funktionierenden Kommunikation und Kooperation der Gebietskörperschaften der Stadtregion.

Der Auftrag

Das SUM ist Informationsdrehscheibe für die AkteurInnen im Stadt-Umland. Der Informationsaustausch zu regionsrelevanten Themen soll das gegenseitige Vertrauen stärken und das Denken über die Grenzen hinweg erleichtern. Das Aufgabenfeld SUM ist stark auf die Bereiche Raumordnung, Landschaftsplanung, Verkehr fokussiert. Daneben sind natürlich alle länderübergreifenden Themen relevant (Soziales, Bildung, Kultur, ...).

Die Praxis

Eine Google-Abfrage zu »Stadtregion Definition« ergab 49600 Ergebnisse, die sich meist mit Fragen der Abgrenzung, Struktur, aber auch der Steuerungsmöglichkeiten (»Governance«) beschäftigen. In Wissenschaft und Praxis werden deutsche Stadtregionen wie Hannover oder Stuttgart vielfach als Modellregionen bezeichnet, die vorzeigen, wie es geht. Im Folgenden wird versucht, aus der gelebten Praxis im Stadt-Umland-Management Wien/Niederösterreich einige Anforderungen im Miteinander näher zu beschreiben. Die Rahmenbedingungen sind ja nicht gerade einfach: Ungleiche Verteilung von Kompetenzen (Wien ist Land und Gemeinde), Größenordnungen (Wiener Bezirke haben ein Vielfaches der Bevölkerung der Umlandgemeinden) – entsprechend haben sich unterschiedliche politische Kulturen entwickelt.

Wenn vielfach von »Kooperation auf Augenhöhe« gesprochen wird, dann bedeutet das auch, dass soziale Prozesse im Umgang miteinander eine maßgebliche Rolle spielen. Dazu einige »Blitzlichter«, die die Herausforderungen im Umgang miteinander näher beleuchten sollen: Politische Meinungsbildungsprozesse verstehen und »als solche« akzeptieren: Politiker werden in ihren Gemeinden, Bezirken, ihrem Bundesland (...) jedenfalls nicht in der »Region« gewählt, dementsprechend werden sie auch agieren.

Der große Unterschied zwischen Wien und vor allem den kleinen niederösterreichischen Nachbargemeinden ist die Unmittelbarkeit in den Entscheidungsprozessen. Politische EntscheidungsträgerInnen sind nah und greifbar und müssen »Stammtischkompetenz« besitzen. Aus dieser Unmittelbarkeit heraus sind viele politische Entscheidungen in Gemeinden zu verstehen. In größeren Einheiten ist es wesentlich leichter, sich bei unpopulären Entscheidungen etwas zurückzuziehen.

Andreas Hacker ist
Stadt-Umland-
Manager Süd.

**Renate
Zuckerstätter-
Semela**
ist Stadt-Umland-
Managerin Nord.

Planung ist nicht der Nabel der Welt

In der Kommunikation mit den politischen EntscheidungsträgerInnen ist zu berücksichtigen, dass »Raumplanung« einen geringen Stellenwert hat. Ein Grund dafür ist auch die Komplexität des Themas, Koordinieren/Bremsen/Ablehnen (...) sind nicht leicht mit einem politischen Gestaltungsanspruch zu vereinbaren. PlanerInnen müssen lernen, damit umzugehen und Kommunikationsstrategien zu verfeinern.

Blick nach vorne und nicht in den Rückspiegel: Fehler sind passiert, die Gründe dafür sind erklärbar. Der Blick in den Rückspiegel darf aber nicht dafür verwendet werden, zukünftige gemeinsame Entwicklungen zu blockieren.

Partnerschaftlich ergänzen

»Land und Stadt« bzw. die entsprechenden EntscheidungsträgerInnen können viel voneinander lernen bzw. voneinander profitieren. Erneuerbare Energie/Integration sind z. B. Themen, die vor einigen Jahren eher als städtisch bzw. ländlich beschrieben wurden. Spätestens mit »smart cities« ist der Funke mittlerweile auf Städte bzw. Stadtregionen übergesprungen. Andererseits beschäftigen sich gerade in Niederösterreich viele Landgemeinden bzw. Kleinregionen intensiv mit dem Thema Integration. Was spricht dagegen, vorhandenes Wissen weiterzuentwickeln bzw. gemeinsam zu nutzen?

Akteure vernetzen und weiterentwickeln

SUM, PGO, VOR, Verein Niederösterreich-Wien, Biosphärenpark Wienerwald Management, Nationalpark Donauauen, Vienna Region (...) – es gibt doch einige länderübergreifende Organisationen bzw. Initiativen. Was vielfach fehlt, ist der einigende regionalpolitische Auftrag. Auch das Stadt-Umland-Management kann nur mit einem entsprechenden politischen Auftrag wirksamer werden.

Regionalentwicklung Bratislava – Wien

Aktuelle Einflussfaktoren und Tendenzen

Peter Gero

Der Naturraum der Region ist vor allem durch die Donau bestimmt. Der Siedlungsband Wien – Hainburg – Wolfsthal – Bratislava hat in den letzten 20 Jahren aufgrund der grundlegend veränderten politischen Rahmenbedingungen eine neue Dynamik erhalten. Diese weitgehend nicht auf systematischen Planungsprozessen beruhenden Veränderungen begründen Prozesse, welche begleitend Potenziale dieser Region herausstellen bzw. definieren. Das Hauptziel dieser Prozesse ist das Generieren vollwertiger Nutzungsfunktionen in einer Zusammensetzung und Mischung, welche den historischen, kulturellen und emotionalen Gegebenheiten der Bevölkerung dieser Region entsprechen. Die Entwicklungspotenziale, welche sich ergeben aus der einmaligen Situation des Zusammenwachsens geschichtlich zusammengehöriger Regionen, nach einer mehr als vierzigjährigen Trennung müssen jetzt neu herausgearbeitet werden.

Dass wieder das zusammenwächst, was zusammengehört, bedarf einer grundlegenden, kontinuierlichen Befassungen der unterschiedlichen Planungsebenen unter Einbeziehung der Universitäten von Wien und Bratislava. Koordinierung aller Aktivitäten auch mit den lokalen und regionalen politischen, medialen Strukturen sind mit die wichtigsten Voraussetzungen zur Erfüllung des Ziels. Die Flexibilität

der Prozesse der Herausfindung der regionalen Beziehungsverbindungen und der Funktionszusammenhänge führt zu der Notwendigkeit, das rein geografische Abstecken der Region im Grundsatz aufzugeben. Die sich ständig ändernden Zusammenhänge ergeben dynamische Funktionsräume und Räume der planerischen Invasionen, die heute vielfach nicht mehr den politischen Grenzen folgen. Die Region funktioniert bzw. »lebt« organisch in ihrer Gesamtheit und findet Antworten auf die sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren im Bezug auf die Ökologie, Nutzungsmischung und Verteilung der einzelnen Schwerpunkte, Kultur, Freizeit, Forschung, Produktion etc. im integrativen und sehr zeitnahe, flexiblen Verfahren. Sicher sehr anspruchsvoll für alle Akteure! Der Informationsaustausch und die Koordinierung des Gesamtprozesses erhalten hier eine erfolgsichernde Rolle.

Die Stärke der Region ist nicht vollwertig bipolar. Die Metropole Wien verfügt über eine Gravitationskraft europäischen Ranges, Bratislava ist dabei, die Metropolfunktionen erst zu kreieren und die regionale Ausstrahlung auch zur Stärkung ihres Zentrums, das gegenwärtig seine Kraft und Bedeutung einzubüßen droht, zu nutzen. Die regionale Entwicklung ist nicht bzw. wenig konzeptionell. »Flucht aufs Land«, noch fehlendes Konzept der zentralen Standorte, des Generalverkehrsplans und der



anderen Fachplanungen wie Gesundheitsversorgung, Schulwesen, Forschung, Sport, Kultur, machen es notwendig, die neuen Stadtentwicklungspläne zu erarbeiten. Der neue Flächennutzungsplan, der zur Zeit entwickelt wird, wird zwangsläufig die Antworten auf diese offenen Fragen geben und die Einflussfaktoren auf die Region in Richtung Wien, aber auch in Richtung Prag/Brünn, Budapest und Nord-Ost-Slowakei bestimmen.

Das Funktionieren der Region in ihrer komplexen Gesamtheit macht es in nächsten Planungswerkstätten erforderlich, den Fokus auf die Zuordnung der einzelnen Funktionen auf die jeweiligen Teilregionen zu richten. Vor allem die freiräumlichen Nutzungen unter Berücksichtigung der landschafts-naturschützenden Prinzipien spielen in der Bestimmung der qualitätsvollen Entwicklung die entscheidende Rolle. Eine Anknüpfung der Donauauen an die Donau, Grünzonen am rechten Donauufer in Bratislava, sowie die Betonung bzw. Aufnahme dieser Naturräume in die zukünftige städtebauliche Entwicklung des IV Quadrantes von Bratislava wird einen großräumlichen Einfluss haben auch auf die Region Wolfsthal/Neusiedl.

Peter Gero

ist ehemaliger Stadtbaudirektor der Stadt Hamburg und Berater der Stadt Bratislava.

Die regionale Entwicklung in Richtung Nord-West nach Brünn beinhaltet bereits jetzt starke Tendenzen, die Wohnnutzung, aber auch großflächigen Handel, Dienstleistung zu imple-

mentieren. Die naturnahen Erholungsgebiete, Obstanbauflächen, Landwirtschaftsnutzungen treten hier zurück. Die Einflussfaktoren auf die Region Wien-Marchegg müssen weiter bewertet werden. Zumindest die Konsequenzen in der Verkehrsbedarfsentwicklung (Brücke über Donau?) ist zu bewerten.

Stadtregion Wien

Andreas Trisko, Rainer Hauswirth

Das Bild der Region

Wikipedia nennt Metropolregionen stark verdichtete Ballungsräume einer Metropole und sieht sie als Motoren der sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Der Begriff schließt auch ländliche Gebiete mit ein, die durch wirtschaftliche Verflechtungen eng mit der Metropole verbunden sind. Der Ballungsraum Wien erstreckt sich demgemäß über die Bezirke Tulln, Hollabrunn, Mistelbach und Gänserndorf im Norden bis ins burgenländische Mattersburg und zum 50 km entfernten Wiener Neustadt im Süden.

Aber welches Bild haben wir von der Stadtregion Wien? Betrachten wir den Landschaftsraum, so ist die Region von einem Fluss, der Donau, und von zwei Großlandschaften, dem Wienerwald und dem Wiener Becken, geprägt. Das nördliche Wiener Becken wird als Marchfeld bezeichnet. Diese landschaftlichen Großstrukturen bieten aufgrund ihrer Topografie und Ausprägung hervorragende Siedlungsbedingungen. Hochwertiger Raum zum Wohnen, Arbeiten, für die landwirtschaftliche Produktion und zum Erholen ist ausreichend vorhanden und wird seit langem genutzt.

Die Region verdankt diesen günstigen Voraussetzungen und auch der zentralen Lage in Mitteleuropa ihre Entwicklung zu einem bedeutenden europäischen Ballungsraum. Handelswege zwischen Norden und Süden kreuzen sich hier seit langer Zeit mit der Donau als West-Ost-Verbindung. Das bedingte aber auch eine wechselhafte Geschichte. Phasen, in denen die Region im Zentrum historischer Einheiten lag, wie in der K-und-K-Monarchie oder heute in der EU der 27, stehen Phasen gegenüber, in denen die Region eine Randlage einnahm. Das jüngste Beispiel dafür ist die Zeit zwischen 1945 und 1989, wo der Eisernen Vorhang Wien vom ehemaligen Hinterland im Osten abschnitt.

Aktuelles aus der Region

Die dargestellte Stadtregion umfasst 205 niederösterreichische und 63 burgenländische Gemeinden sowie 23 Wiener Gemeindebezirke. Das bedeutet auch unzählige Verwaltungsgrenzen, die in erster Linie für die Verwaltung und Politik relevant sind. Die Menschen aber, die in der Region leben und arbeiten, nehmen diese kaum wahr, wenn sie jeden Tag ihre Freizeit gestalten, ihrer Arbeit nachgehen bzw. von zu Hause zum Arbeitsort fahren oder ihre täglichen Besorgungen erledigen. Bereits 2001 gab es 140.000 PendlerInnen aus der Stadtregion nach Wien und rund 50.000 PendlerInnen aus Wien in die Stadtregion. Knapp 6 Millionen Tagesausflüge pro Sommersaison werden von WienerInnen in die Region unternommen. Die gegenwärtig größte Herausforderung

»Die Integration einer regionalen Perspektive in die Entwicklungsplanung ist eine zwingende Notwendigkeit, insbesondere für die Stadtentwicklungsplanung der Stadt Wien.«

für die Stadt- und Regionalplanung ist das dynamische Wachstum der Region, die bis 2030 von 2,6 auf voraussichtlich 3 Millionen EinwohnerInnen anwächst! Allein im Jahr 2007 zogen rund 75.000 Menschen von außerhalb in die Stadtregion, davon 60.000 nach Wien. 18.000 Personen zogen 2007 von Wien in die Stadtregion und über 10.000 Menschen aus der Stadtregion nach Wien.

Die Region und der STEP 2025

Regionale Zusammenarbeit ist die logische Konsequenz der dichten regionalen Verflechtungen und den Herausforderungen, die sich aus dem prognostizierten Bevölkerungswachstum ergeben. Die Integration einer »regionalen Perspektive« in die Entwicklungsplanung ist daher eine zwingende Notwendigkeit, insbesondere für die Stadtentwicklungsplanung der Stadt Wien. Wien konnte in den letzten Jahren die

neue, zentrale Lage im geeinten Europa als Drehscheibe zwischen dem ehemaligen Westen und dem ehemaligen Osten, nicht zuletzt aufgrund seiner Vergangenheit, gut nutzen. Die Frage ist, ob diese Rolle auch in Zukunft tragfähig genug ist, um weiterhin eine prosperierende Entwicklung zu gewährleisten. Wien ist auch dabei gut beraten, für die Bewältigung der kommenden Aufgaben die künftige Entwicklung der Region gemeinsam mit den Gemeinden im Umland zu gestalten.

Das gemeinsame Zukunftsbild muss wohl eine »strukturierte Stadtregion« sein, in der Wohnen, Arbeiten, Versorgungs- und Freizeitangebote flächen- und ressourcensparend in jene Räume gelenkt werden, die über eine gute Ausstattung und Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln verfügen. Für den STEP 14 kann dies nur zwei Dinge bedeuten: die »regionale Perspektive« als Querschnittsmaterie zu definieren, die alle fachlichen Dimensionen durchdringt, und die Erarbeitung des STEP 14 selbst als kommunikativen und kooperativen Prozess zu gestalten, in den auch regionale Akteure wie SUM oder PGO involviert werden. Im Idealfall gelingt es, im Zuge des Erarbeitungsprozesses das gemeinsame Gesamtbild der Stadtregion zu schärfen, Entwicklungen besser abzustimmen, Umsetzungsprozesse zu konkretisieren und dabei – und das ist besonders wichtig – die Besonderheiten der Teilregionen hinreichend zu beachten.

Die Frage nach dem geeigneten Kooperationsmodell bzw. der passenden Rechtsform wird für die nachhaltige Wirksamkeit der Zusammenarbeit in der Stadtregion entscheidend sein. Voraussetzung ist jedenfalls eine systematische Schärfung des Agglomerationsbewusstseins, denn die Stadtregion ist ein gemeinsamer Organismus, der als Ganzes funktionieren muss. Kooperationsmodelle müssen sich an internationalen Benchmarks messen.

Durch die EU-Strategie für den Donaauraum tritt die Stadtregion auch verstärkt in den europäischen Fokus. Dabei wäre es sicherlich zielführend, könnte die Region Wien im EU-Kontext als eigene Rechtsperson auftreten. Die besondere Herausforderung dabei ist, dass in der Stadtregion Wien unterschiedliche politische Körperschaften aufeinandertreffen – einerseits Wien als Land und als große Gemeinde, deren Bezirksvertretungen keine Verträge abschließen können, sowie Niederösterreich und das Burgenland, wo Land und Gemeinden oft unterschiedliche Interessen vertreten. Vorbilder für regionale Entwicklungsprozesse und das Zusammenwachsen der Region könnten die Regionalen in Deutschland oder der Verband Region Stuttgart sein.

Andreas Trisko
ist Abteilungsleiter der
MA 18.

Rainer Hauswirth
ist Referent in der
Geschäftsgruppe für
Bildung, Jugend, Infor-
mation und Sport.

Kooperation in der stadtreionalen Entwicklung darf aber nicht nur Sache der Gebietskörperschaften sein. Es muss der Blick nach außen gewagt werden, um auch die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und regionale Initiativen in die Entwicklungsprozesse zu integrieren. Ansonsten wird der Versuch, regionale Identitäten oder Entwicklungsszenarien zu entwickeln, keinen Erfolg haben.

Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung

Um Stadt lesen und begreifen zu können, sich mit ihrer Zukunft und ihren Entwicklungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen, sind vielschichtige Perspektiven notwendig, aus denen gesellschaftliche, kulturelle und räumliche Zustände, Bedürfnisse und Veränderungen betrachtet werden.

Die Fakultät für Architektur- und Raumplanung der Technischen Universität Wien lud im Wintersemester 2011/12 zur Vortrags- und Diskussionsreihe »Zukunft Stadt«, einem Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung. Es wurden Positionen, Ideen und Erfahrungen aus den Bereichen Architektur und Raumplanung, Landschaftsplanung, Kunst, Soziologie und Philosophie vermittelt und diskutiert.

Ergänzt wurde diese Reihe um die Vorträge aus der »Wissensplattform Stadtentwicklung«, einer dialogischen Plattform zwischen Universität und Stadtverwaltung, Wissenschaft und Praxis, die eine kritische und intensive Auseinandersetzung mit den möglichen Zukünften von Stadt und Urbanität anregt und zu experimentellem und zugleich verantwortungsvollem Handeln motiviert.



An aerial photograph of a city grid, showing streets and buildings. A white banner is overlaid on the image, containing text. The text is in a sans-serif font, with 'ZUKUNFT' and 'STADT' in large, bold letters, and 'Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung' in smaller letters below them.

ZUKUNFT STADT

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung

Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung





»Das Verhältnis von Kunst und Stadtplanung in öffentlichen Räumen ist oft auch spannungsgeladen. Während Kunst hilft, schwierige städtische Situationen zu verstehen, tut sich Stadtplanung oft schwer damit, die daraus resultierenden Vorschläge umzusetzen. Können Kunst und Stadtplanung in ein faktisches Wirkungsverhältnis auf Augenhöhe gesetzt werden?«

Markus Ambach, 17. 10. 2011





Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung



»Es gibt verschiedene Vorstellungen davon, was eine Stadt, und im konkreten Fall: Wien, leisten und darstellen soll, wofür sie steht. Wenn man Schönbrunn, Riesenrad, Stephansdom und die überstrapazierte Lebensqualität ignoriert und z. B. versucht, die Stadt von den Rändern her zu besuchen und benutzen, was ist dann die alternative Entsprechung zu den Alpha-Marken der Stadt?«

Tex Rubinowitz, 19. 12. 2011



Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung

»Die heutigen Städte können nicht mehr als Einheiten gefasst werden; es sind vielmehr komplexe und differenzierte Muster der Urbanisierung, die grundlegend neue urbane Räume hervorgebracht haben. Zentralität ist polymorph geworden, entstanden sind ineinander übergreifende polyzentrische, heterogene räumliche Konfigurationen.«





»Das Städtische nistet sich auch in scheinbar ländlichen Gebieten ein und erzeugt so urbane Landschaften, in denen ländliche, urbane, lokale wie auch globale Elemente aufeinandertreffen.«

YEAN, 09. 01. 2012



Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung



Ursula Stein, 10. 10. 2011

»Faszination, Neugierde und Lust sind wichtige Triebkräfte in den Arbeitskreisen der Regionalplanung.«





»Was von den Menschen unbedingt begriffen werden muss, ist der persönliche Nutzen von Projekten energiesparender Maßnahmen. Daher machen wir Projekte mit Symbolkraft. Es ist für uns wichtiger, die Menschen zu überzeugen und nicht die Politik.«

Simona Weisleder, 22. 11. 2011

Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung



»Urbanität ist nicht planbar, aber man kann Räume offen lassen, in denen sich urbane Qualitäten entfalten; Räume, die Überschüsse und Hohlräume aufweisen, die deutungs offen sind und eine geringe Regeldichte besitzen.«

Walter Siebel, 18. 01. 2012





Zukunft Stadt

Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung



Philippe Cabane, 06. 03. 2012

»Wenn Soziologie als Wissenschaft definiert wird, kann sie keine Entwurfsdisziplin sein. Das ist paradox, und damit fokussiert sie zu sehr auf die Betroffenen und zu wenig auf die Betreffenden.«



Andreas Kipar, 17. 04. 2012

»Wenn wir richtig hinschauen,
sehen wir, dass schon alles da ist.«



»Wir dürfen Landschaft nicht schützen,
wir müssen sie aktivieren, damit sie sich
aus sich selbst heraus entwickeln kann.«





Energie und Mobilität



Auf dem Weg zur ressourcenschonenden Stadt

Fossile Energieträger haben die Städte, in denen wir heute leben, maßgeblich geprägt – Industrialisierung, Mobilisierung, Massenproduktion zeichnen das Bild unserer gebauten Umwelt. Unser gesamter Lebensstil ist unmittelbar mit der vermeintlich grenzenlosen Verfügbarkeit von Energie verknüpft, doch die Ressourcen sind endlich, und in Zukunft wird die Stadt andere Treibstoffe für ihre Entwicklung benötigen. Gerade die Städte nehmen im Umgang mit Energie eine Schlüsselrolle ein – zum einen sind sie die größten Energiekonsumentinnen, zum anderen profitieren sie auch am meisten von Klimaschutzmaßnahmen und ressourcenschonenden Kreisläufen. Die komplexe Verflechtung von Energie, Mobilität und Raum verlangt nach holistischen Lösungsmodellen. Dazu sind alle Systeme, von der Architektur und Raumplanung, dem Transport, der Abwasserentsorgung und Lebensmittelversorgung, der Energieproduktion und Müllentsorgung miteinander zu vernetzen und Fragen zu Energie und Mobilität in einer Gesamtstrategie zu behandeln.

Wie kann die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden? Brauchen wir eine neue Energie- und Mobilitätskultur? Wie sehen Strategien aus, um die Energieversorgung und Mobilitätslandschaften zukunftsfähig zu gestalten?

Neue Ansätze für Zukunftsfragen

Die Metropolen Europas entwickeln unterschiedliche Strategien im Umgang mit Energie- und Mobilitätsfragen. »Stadt im Klimawandel« ist eines der drei Leitthemen der internationalen Bauausstellung in Hamburg, die sich mit Fragen zu den zentralen Herausforderungen der Metropole der Zukunft beschäftigt. Neben breit angelegten Konzepten für eine erneuerbare Energieversorgung bedarf es, so Simona Weisleder, auch innovativer Projekte mit einer hohen Symbolkraft, um Diskussionen zu fördern und Bewusstsein für die Thematik zu schaffen. Der »Energiebunker« zeigt, wie Projekte mit hoher Strahlkraft umgesetzt wurden, die nicht nur als technische Bauwerke, sondern auch als soziale Orte funktionieren.

In Zürich hat sich die Bevölkerung per Volksabstimmung zur Vision der »2000-Watt-Gesellschaft« bekannt und die Stadt zur Umsetzung von Maßnahmen verpflichtet. »Das Modell beschreibt nicht nur einen Endzustand, sondern auch den Weg dorthin«, so Bruno Bébiér, Energiebeauftragter der Stadt Zürich. Mit dem Konzept zur »2000-Watt-Gesellschaft« wurden auch methodische, inhaltliche und kommunikative Grundlagen für Umsetzungsstrategien erarbeitet, die den Weg zum Erreichen des Zukunftsbildes beschreiben.

Eine neue Mobilitätskultur

Der technische Fortschritt des Automobils wird von den Expertinnen und Experten in der Werkstatt eher als Brückentechnologie hin zu einer neuen Mobilität gesehen. Nicht das Auto muss verbessert werden, sondern die prinzipielle Art sich fortzubewegen soll sich in Zukunft ändern. Um anstehende Aufgaben einer Energie- und Verkehrswende zu bewältigen, braucht es eine neue Mobilitätskultur, und die Mobilitätslandschaft soll transformiert und neu definiert werden.

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Verkehrsplanung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München, Georg-Friedrich Koppen, beschreibt in seinem Beitrag die große Bandbreite an Initiativen in Bereichen der Infrastrukturentwicklung, Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Intermodalität der Verkehrsmittelwahl, Siedlungsentwicklung bis zur Regionalplanung, die in München umgesetzt wurden, um den Modal Split zugunsten der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmenden zu verbessern.

Entwicklung ressourcenschonender Strukturen

Mit all ihren Nebenwirkungen ist die Zersiedelung heute bereits Realität, und Suburbanisierungsprozesse schreiten auch weiterhin voran. Den engen Zusammenhang von Energieversorgung und Siedlungssystem widmet sich der Beitrag von Helena Linzer, Rainer Mayerhofer, Andreas

Voigt und Hans Peter Walchhofer, die Qualitätskriterien und räumliche Organisationsprinzipien für eine energieautarke Stadt- und Siedlungsstruktur beschreiben. Der »maßvolle und sparsame Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource Grund und Boden« wird dabei zum Leitprinzip der »energieautarken Stadt«.

Petra Hirschler geht in ihrem Beitrag auf die konkreten (Entwicklungs-) Potenziale der Stadt Wien in der Reduzierung des Energieverbrauchs und der Erschließung alternativer Energiequellen ein und betont die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer intensiven Zusammenarbeit von Stadt und Umland, um Zukunftsfragen der Energieversorgung bearbeiten zu können.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Das Thema der ressourcenschonenden Stadt umfasst alle zentralen Lebensbereiche. Dabei geht es in erster Linie um Vernetzung: Energienetze, Mobilitätsnetze, Bildungs- und Infrastrukturnetze. Neue Technologien können aber nur dann einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn sie einer breiten Gesellschaft zugänglich sind; daher sollen sie auch im hohen Maß partizipativ gedacht werden. Wissensbildungs- und Kooperationsprozesse benötigen ein Bewusstsein dahingehend, wie ein gesellschaftlicher Wandel stattfinden soll und kann und umweltverträgliche und klimaschonende Wirtschaftsweisen und Lebensstile gefördert werden können. Jens Dangschat und Gesa Witthöft benennen in ihrem Beitrag zudem die Notwendigkeit von »sozial differenzierten Zugängen zur Gesellschaftsanalyse und gesellschaftlichem Verständnis« und einem »differenzierteren Wissen über die Anlässe und Gründe nicht-nachhaltigen Energieverbrauchs respektive von entsprechenden Mobilitätsmustern«, um Ansätze der Verhaltensänderung entdecken zu können. Die Herausforderungen der globalen Energie- und Klimasituation zu bewältigen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und soll als diese wahrgenommen werden.

Smart City Wien

Gleich zu Beginn der Werkstatt gab Thomas Madreiter einen Ausblick auf die Smart City-Strategie der Stadt Wien. Unter dem Einsatz neuer Technologien sollen Themen wie Energie, Mobilität, Gebäude und Infrastruktur unter den Prämissen einer radikalen Ressourcenschonung, ganzheitlicher Betrachtungsweisen und einer sozial ausgewogenen Lebensqualität miteinander verknüpft werden. Die Smart City-Strategie umfasst damit neue Handlungs- und Kooperationsmechanismen von Politik und Verwaltung wie auch neue Beteiligungsmöglichkeiten und -formate der BürgerInnen. Ohne Zweifel steht die Stadt Wien hier vor großen Herausforderungen, die den Diskussionsprozess auch international prägen werden. (IFOER)



»Nicht das Automobil muss neu gestaltet werden, sondern die Art sich fortzubewegen an sich muss sich ändern. Um anstehende Aufgaben einer Energie- und Verkehrswende zu bewältigen, benötigt es eine neue Mobilitätskultur. Die Mobilitätslandschaft muss transformiert und neu definiert werden.«





»Neue Technologien können nur dann einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn sie einer breiten Gesellschaft zugänglich sind. Das Thema Smart City muss daher im hohem Maße auch partizipativ gedacht werden.«



Energiewende im »Ausnahmezustand der Stadtplanung«

Konzepte und Projekte
der IBA Hamburg

Mitten in Hamburg sucht die Internationale Bauausstellung im »Ausnahmezustand der Stadtplanung« Antworten auf die dringendsten Fragen der modernen Stadt. Wilhelmsburg, größte bewohnte Flussinsel Europas, die Veddel sowie der Harburger Binnenhafen sind Schauplatz für über 60 Projekte, die bis 2013 und darüber hinaus realisiert werden. Nur einen Sprung von Hamburgs Innenstadt entfernt will die IBA als innovativer Treiber neue soziale, technische und kulturelle Impulse für den Städtebau geben.

Die IBA Hamburg wurde 2006 als 100%-Tochter der Stadt Hamburg gegründet. Zahlreiche Stadtentwicklungsprogramme und Beteiligungsformate waren in den letzten Jahrzehnten über die Elbinsel gezogen, ohne einen nachhaltigen Erfolg und eine Verbesserung für die rund 55.000 Menschen vor Ort zu bringen. Hamburg als wachsende Metropole suchte nach Flächen für die wachsende Nachfrage nach Wohn- und Arbeitsstandorten in der Stadt. Der ganzheitliche Ansatz einer IBA wurde als Chance gesehen und die Stadt Hamburg stellte 90 Millionen Euro für die sieben IBA-Jahre zur Verfügung. Das deckt nur einen Teil der gesamten Investitionen ab: z. B. die sogenannte IBA-Exzellenzförderung sowie die Organisation und Kommunikation der Bauausstellung. Die Projekte und städtische Infrastrukturmaßnahmen werden separat durch Investoren und die Stadt finanziert. Eine

Bündelung der Kräfte und Ressourcen in den vergangenen IBA-Jahren, aber auch ein offenes und ressortübergreifendes Denken und Arbeiten in der Stadt waren für den sich nun langsam abzeichnenden Erfolg entscheidend.

Eine IBA versucht immer, den Ort, die Themen, die Projekte mit innovativen Prozessen zu verknüpfen. Dabei sind die Themen nicht nur von lokaler, sondern von übergeordneter, internationaler Bedeutung. Die IBA Hamburg hat drei Leitthemen für sich identifiziert, die immer vernetzt miteinander gedacht werden:

Kosmopolis – »Neue Chancen für die Stadt«: Wie profitieren alle EinwohnerInnen von der kulturellen Vielfalt in Hamburg?

Metrozonen – »Neue Räume für die Stadt«: Wie kann Hamburg innerstädtische Bruchkanten für Neues nutzbar machen?

Stadt im Klimawandel – »Neue Energien für die Stadt«: Wie kann Hamburg mit eigener Energie das Klima schonen?

Als Hauptverursacher des Klimawandels können die Städte auch am meisten gegen den Klimawandel ankämpfen. Dafür müssen sie ihre Energieversorgung umstellen: weg von fossilen, hin zu erneuerbarer Energien und Nutzung lokaler Ressourcen.

Die IBA Hamburg als »Ausnahmezustand der Stadtplanung« gibt mit ihrem Klimaschutz-

konzept Erneuerbares Wilhelmsburg und den vielfältigen konkreten Projekten ein übertragbares Beispiel für andere Städte, wie sie sich den Herausforderungen der anstehenden Energiewende stellen können.

Die IBA Hamburg hat mit ihrem ENERGIEATLAS 2010 eine Roadmap für den energetischen Umbau der Elbinsel hin zu 100% erneuerbare Energien aus lokalen Ressourcen vorgelegt. Dabei werden nicht nur die Energieverbräuche und -potenziale in verschiedenen Szenarien untersucht, sondern ein räumlich-energetisches Umsetzungskonzept erarbeitet, dessen erste konkrete Schritte zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung, zum energieeffizienten Neubau, zur Sanierung des Gebäudebestands und zur Erzeugung erneuerbarer Energien im urbanen Raum im Zeitraum der IBA Hamburg umgesetzt werden.

Energetische Sanierung des Gebäudebestands

Das größte Einsparpotenzial steckt in der Sanierung des Wohnungsbaubestands bei gleichzeitiger Herausforderung der Sozialver-

Mit der Prima Klima Kampagne förderten die IBA Hamburg und mehrere Projektpartner speziell private Gebäudeeigentümer – dies umfasste intensive Beratung, die Planung, das Ausstellen von Energiepässen, die Realisierung inklusive Qualitätssicherung und ein dreijähriges Monitoring von exzellenten energetischen Sanierungsmaßnahmen.

Die ersten Objekte, die saniert wurden, sind zwei Wohnungsbauten aus dem Jahre 1926 in einem typischen Wohngebiet, welche unter Hamburgs Oberbaudirektor Fritz Schumacher entstanden. Obwohl die Gebäude mit ihrer charakteristischen Straßenfassade aus Klinker unter Denkmalschutz stehen, erreichen sie nach Abschluss der Sanierungsarbeiten annähernd Neubaustandard. Da die Straßenfassade nicht gedämmt werden konnte, wurden im Gegenzug alle anderen Bauteile in einen sehr guten Standard versetzt. Eine Solarthermieanlage zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung ergänzt die erneuerte Heizungsanlage.

»Die IBA Hamburg als ‚Ausnahmezustand der Stadtplanung‘ gibt mit ihrem Klimaschutzkonzept Erneuerbares Wilhelmsburg und den vielfältigen konkreten Projekten ein übertragbares Beispiel für andere Städte, wie sie sich den Herausforderungen der anstehenden Energiewende stellen können.«

träglichkeit. Ähnlich wie in Wien entsprechen die Sanierungsraten nicht den Notwendigkeiten oder oft wird nur halbherzig saniert und damit eine Chance für die nächsten Jahrzehnte vertan.

Die IBA Hamburg hat mit der Wohnungswirtschaft darüber intensiv diskutiert und z. B. erfolgreich mit dem städtischen Wohnungsunternehmen SAGA GWG im »Weltquartier« immerhin rund 800 Wohnungen in einem schlüssigen Mix aus energetischer Sanierung auf Neubauniveau bzw. Modernisierung und Abriss bzw. Neubau im Passivhausstandard umgesetzt. Die Mieterhöhungen in diesem Quartier liegen bei nur ca. 13 Cent warm pro Quadratmeter und bieten somit die Chance für die Mieterschaft aus über 40 Nationen, auch nach der umfassenden Sanierung zu bleiben.

Die Kampagne war auch vor allem wichtig, um die Menschen vor Ort als wichtige Akteure der Energiewende zu motivieren und deutlich zu machen, welchen Beitrag sie leisten können. Ergänzend läuft derzeit noch die Beratungsinitiative »Energiepartnerschaften« mit der Hochschule, um über Einsparpotenziale in privaten Haushalten zu informieren.

Energieeffizienter Neubau

Jede wachsende Stadt, ob Hamburg oder Wien, hat ihre Neubaugebiete oder das Thema der Nachverdichtung in den innerstädtischen Quartieren. Die IBA Hamburg hat bei all ihren Neubauprojekten die Maßgabe 30% unter der geltenden EnEV 2009 festgelegt. Neubauten müssen energetisch vorbildlich sein, damit sie nicht die Altlasten von morgen bei der Energiewende sind. Fast alle IBA-Projekte erreichen einen höheren Standard und werden als Pas-



sivhäuser realisiert – die Investoren nutzen die Chance, um ihre Innovationsfähigkeit zu zeigen. Oder wie bei dem Genossenschaftsprojekt Open House ist ein gemeinschaftlich geplantes Gebäude entstanden – das sich dem Stadtteil öffnet und sich zugleich den aktuellsten Standards des klimaschonenden Bauens verpflichtet.

Der Neubau erfüllt in Bezug auf Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien höchste Ansprüche. Das Gebäude wurde im Passivhausstandard errichtet und verbraucht daher weniger als 15 Kilowattstunden pro Quadratmeter pro Jahr für den Heizwärmebedarf. Das Energiekonzept beinhaltet zwei Blockheizkraftwerke, von denen eines mit Biogas betrieben wird, ergänzt durch einen Spitzenlastkessel als Gas-Brennwerttherme. Auf dem Flachdach wurde zusätzlich eine Photovoltaikanlage durch die Bürgersolar-kraftwerke Rosengarten eG mit einer Leistung von 70 Kilowatt-Peak errichtet, bei der jede/r auch mit kleinen finanziellen Beiträge an der Energiewende aktiv mitwirken kann.

Erzeugung erneuerbarer Energien

Wo in einer Stadt können erneuerbare Energien produziert werden? Die Lösung kann nicht

sein, nur auf die großen Wind-Offshore-Gebiete oder gigantischen Photovoltaik-Projekte in der Sahara zu setzen – die Stadt als größter Verbraucher muss ihre erneuerbare Energieproduktion steigern und lokale Lösungen fördern. Die IBA Hamburg hat bei vielen ihren Projekten die Produktion erneuerbarer Energien unterstützt.

Und es gibt eine lokale Besonderheit: den Energieberg Georgswerder. Die Deponie Georgswerder wird im Rahmen der IBA Hamburg zu einem regenerativen Energieberg. Allein mit Windkraft und Sonnenenergie versorgt er nun seit 2011 rund 4.000 Haushalte bzw. ca. 20% der Gebäude der Elbinseln mit Strom und wird außerdem ab 2013 als Aussichtspunkt mit seiner für Norddeutschland enormen Höhe von 40 Metern öffentlich zugänglich gemacht. Ein Informationszentrum am Fuß des Berges erzählt die Geschichte von den Altlasten der Deponie bis hin zu den erneuerbaren Energien.

Die Elbinsel weist eine weitere Besonderheit auf: sie ist nicht an das in Hamburg weit verbreitete Fernwärmenetz angeschlossen, welches z.T. aus der Abwärme der Müllverbrennung, aber auch zu einem großen Teil aus der hoch CO₂ belasteten Abwärme aus der Kohle-

Abb. links oben:
Mit Sonne und Wind vom Energieberg Georgswerder können 4.000 Haushalte mit Erneuerbarem Strom versorgt werden – immerhin gut 1/5 der Gebäude der Elbinsel.
Aufwind Luftbilder/
Visualisierung: bloomimages

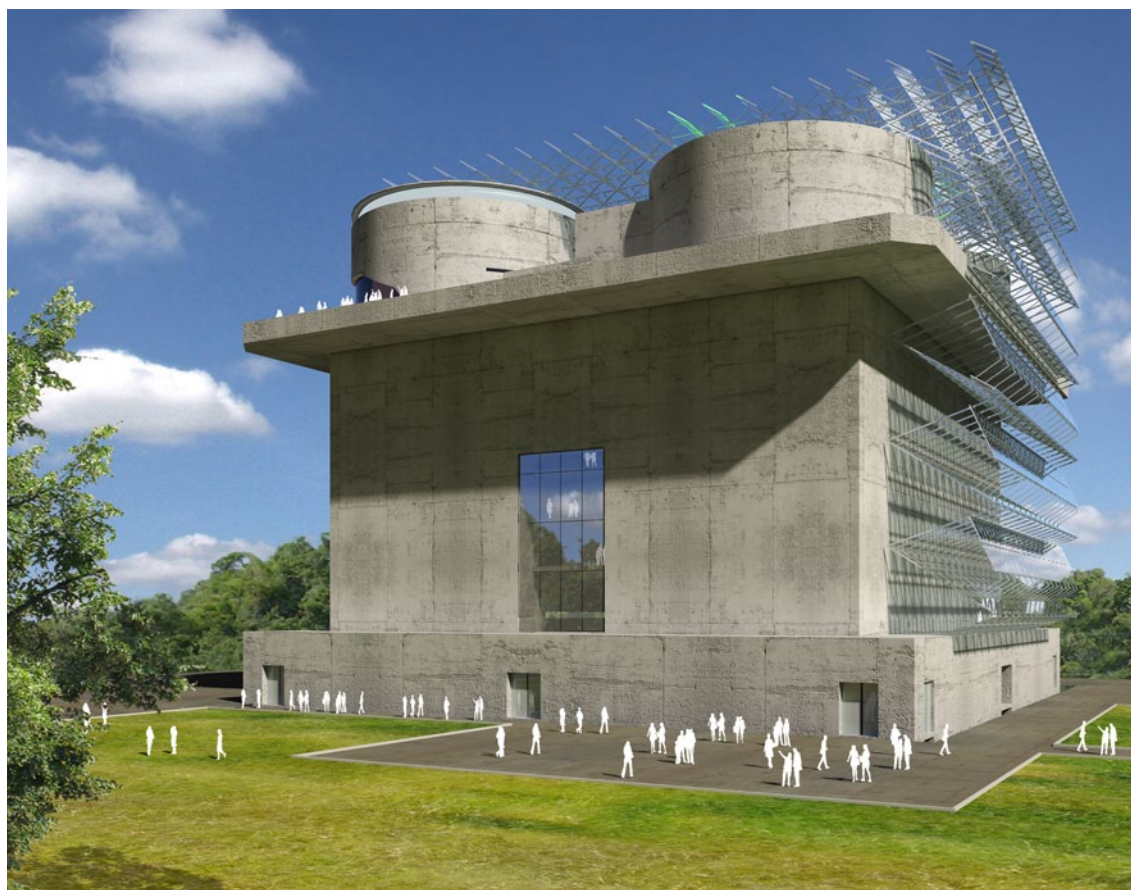


Abb. rechts oben:
Der Energiebunker mit
seinem Nahwärmenetz
ist eins der symbol-
trächtigsten Projekte
der IBA Hamburg und
des Klimaschutzkon-
zeptes Erneuerbares
Wilhelmsburg.
Visualisierung:
IBA Hamburg GmbH/
HHS Planer +
Architekten AG

Simona Weisleder ist
Stadtplanerin und
Architektin und seit
2008 als Projektkoor-
dinatorin bei der IBA
Hamburg im Leitthema
»Stadt im
Klimawandel« tätig.

verstromung gespeist wird. Die Stadt Hamburg hat erkannt, dass sie mit der IBA die Chance hat, hier nun Experimente zu verschiedenen Systemen der regenerativen Nahwärmenetze umzusetzen, damit anderen beispielhaft die Alternative zu Großstrukturen zu zeigen und relativ rasch sehr gute Ergebnisse bei der Umstellung auf Klimaneutralität zu erzielen. Neben dem Nahwärmenetz »Energieverbund Wilhelmsburg Mitte« und einem Tiefengeothermie-Projekt ist der Energiebunker eins dieser Experimente. Wie in Wien wurde im Zweiten Weltkrieg auch der Flakbunker in Wilhelmsburg gebaut. Das seit Kriegsende ungenutzte Monument wird nun mit einem Biomasse-Blockheizkraftwerk, einem Wasserspeicher sowie einer Solarthermieanlage ausgestattet und Warmwasser und Heizwärme für ein Stadtgebiet von mehr als 1,2 Quadratkilometer erzeugen.

Der Flakbunker an der Neuhöfer Straße wurde 1943 als Symbol für die angebliche Wehrhaftigkeit der Heimatfront errichtet. Viele Menschen suchten dort Schutz vor den alliierten Luftangriffen. Gleichzeitig war der Bunker mit seinen Flaktürmen Teil der deutschen Kriegsmaschinerie. Im Jahr 1947 wurde das Gebäude von der britischen Armee durch eine gezielte

Sprengung im Inneren völlig zerstört. Jetzt wird das einsturzgefährdete Gebäude im Rahmen der IBA Hamburg saniert und als Mahnmal gesichert. Im Endausbau wird der Energiebunker circa 22.500 Megawattstunden Wärme und fast 3.000 Megawattstunden Strom erzeugen. Das entspricht dem Wärmebedarf von circa 3.000 Haushalten und dem Strombedarf von etwa 1.000 Haushalten.

Damit der Weg des Klimaschutzkonzeptes Erneuerbares Wilhelmsburg und damit die Energiewende auch nach dem »Ausnahmestand« der IBA konsequent weitergeführt wird, findet ein umfangreiches Monitoring und eine fundierte Evaluation statt – damit die Vision eines klimaneutralen Stadtteils, als Vorbild für die Zukunft der Metropole, weiter Realität wird.

Das Mobilitätskonzept der Landeshauptstadt München

Die Stadt und die Region München können aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität und der zukünftigen Rolle in Europa weiterhin von einem Ansteigen der Arbeitsplätze und Einwohner ausgehen. Dabei orientiert sich die Stadtentwicklungsplanung am Leitbild »Kompakt-urban-grün«, das

- verdichtete Bauformen an Haltepunkten des ÖPNV (S-, U- und Trambahnen),
- gemischte Nutzungsstrukturen in zentralen Bereichen sowie
- Grün- und Freiflächen zwischen den insbesondere durch die S- und U-Bahn-Linien bestimmten Siedlungsachsen vorsieht.

Während der derzeit absehbare Siedlungsflächenbedarf im Wesentlichen noch auf Umstrukturierungsflächen erfüllt werden kann, die vormals durch Militär, Eisenbahnen und gewerblich genutzt wurden, wird es in Zukunft vor allem darauf ankommen, durch die Nachverdichtung und Umstrukturierung von gewerblich genutzten Gebieten neue Potenziale für die Siedlungsentwicklung zu schaffen. Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) als integrierter Bestandteil der Stadtentwicklungskonzeption Perspektive München orientiert sich an der Leitlinie »Erhaltung und Verbesserung der Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer – stadtverträgliche Verkehrsbewältigung« mit den klimaschutzrelevanten Strategien

- Verkehrsvermeidung bzw. -verminderung

- Verkehrsverlagerung auf den öffentlichen Verkehr sowie die Verkehrsmittel der Nahmobilität
- Verbesserung der Verkehrsbedingungen für den Wirtschaftsverkehr
- Stadtverträgliche Steuerung des nicht verlagerbaren Kfz-Verkehrs.

Um den Anforderungen einer nachhaltigen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung gerecht zu werden, sieht der vom Stadtrat 2006 nach umfassender Diskussion und Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossene Verkehrsentwicklungsplan folgende Maßnahmen vor:¹

- Ausbau des Netzes der öffentlichen Verkehrsmittel insbesondere der S-Bahn im Zentrum (2. Tunnel) sowie der U-Bahn und Straßenbahn am (Innen-) Stadtrand.
- Ergänzung des Hauptverkehrsstraßennetzes insbesondere am (Innen-) Stadtrand zur Entlastung vorhandener Wohn- und Einkaufsbereiche sowie zur Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete.
- Ausweitung der Parkraummanagementgebiete auf Bereiche außerhalb des Mittleren Rings mit hohem Parkdruck.
- Förderung des stadtverträglichen Wirtschaftsverkehrs durch die Erhaltung und Schaffung von Güterverteilzentren sowie ein Schwerverkehrsführungsnetz.
- Einsatz des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements zur Verkehrsvermeidung,

¹ siehe www.muenchen.de/plan

Verkehrsverlagerung auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes und zur vertraglichen Abwicklung des Stadtverkehrs.

- Weitere Förderung des Radverkehrs durch Ausbau der Infrastruktur für den fließenden und ruhenden Radverkehr sowie durch zielgruppenspezifische Marketingkampagnen.
- Erhaltung und Förderung des Fußverkehrs als zentrale Säule der Nahmobilität insbesondere in Wohn-, Einkaufs- und Erholungsbereichen der Stadt.
- Umgestaltung von Straßen und Plätzen insbesondere im Innenstadtbereich zur Stärkung der Aufenthaltsfunktion sowie zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Nahmobilität.

Die von der Verwaltung mit Gutachtern erarbeiteten und vom Stadtrat beschlossenen Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Verkehrsentwicklung tragen inzwischen erste Früchte: Während der prozentuale Anteil der Wege bzw. Fahrten, die zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden, in den vergangenen zehn Jahren gleich geblieben ist, hat der Anteil des Kfz-Verkehrs abgenommen und der Anteil des Radverkehrs von 10% (2002) auf 17% (2011) zugenommen. Dies macht sich auch im Verkehrsbild in der Stadt bemerkbar:

- Der Kfz-Verkehr über die Isarbrücken (Ost-West) sowie die zentralen Bahnanlagen (Nord-Süd) ist rückläufig.
- Während der über die Stadtgrenze einströmende Kfz-Verkehr stagniert, geht der über den Mittleren Ring und den Altstadtring in den Kern der Stadt einführende Kfz-Verkehr deutlich zurück.
- Gleichzeitig nehmen die Radfahrer sowie die Anzahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr zu.

Gleichwohl stellen insbesondere die durch die EU vorgegebenen Grenz- bzw. Zielwerte zum Klimaschutz, zur Luftreinhaltung und zur Lärminderung steigende Anforderungen an die Städte. Die Landeshauptstadt München wird daher in Abstimmung mit den umliegenden Kommunen der Region alle Bemühungen für eine stadt- und regionsverträgliche Verkehrsentwicklung fortsetzen. Neben den oben genannten Maßnahmen werden dafür inzwischen folgende Strategien verfolgt:

- Förderung der Nahmobilität in bestehenden und geplanten Gebieten insbeson-

dere auch im Hinblick auf die Nachverdichtungen und Umstrukturierungen im Rahmen der langfristigen Siedlungsentwicklung.

- Barrierefreie (Um-)Gestaltung von Verkehrsanlageneinrichtungen und Fahrzeugen insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel.
- Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Fahrzeugen (Fahrrädern und Kfz, z. B. in den innerstädtischen Parkraummanagementgebieten).
- Schaffung der Voraussetzungen für die verstärkte Nutzung von postfossilen Mobilitätsformen im Personen- und Wirtschaftsverkehr.
- Enge Abstimmung siedlungs- und verkehrsrelevanter Fragen mit den angrenzenden Kommunen sowohl im Rahmen der Regionalplanung (Regionaler Planungsverband) als auch in informellen, freiwilligen Gremien, z. B. der Europäischen Metropolregion München (EMM) und dem Zusammenschluss »Verkehrsprobleme gemeinsam lösen« (sogenannte »Inzell Initiative«), in der die Landeshauptstadt München und die Firma BMW mit anderen Akteuren seit 1995 erfolgreich zusammenarbeiteten.

**Georg-Friedrich
Koppen**

ist stellv. Leiter der
Abteilung Verkehrs-
planung des Referats
für Stadtplanung
und Bauordnung der
Landeshauptstadt
München.

Potenzial der Stadtenergieregion

Petra Hirscher

Energieregionen sind mittlerweile in aller Munde, jedoch fokussiert auf ländliche Regionen. Wie können auch Städte von dieser nachhaltigen Entwicklung profitieren? Welche Potenziale gibt es in Agglomerationen, den Energiebedarf mit erneuerbaren Energieträgern zu decken?

Früher baute sich die Siedlungsstruktur anhand der zurücklegbaren Distanzen auf. Die Städte waren in ihrer Ausdehnung durch die vorhandenen Ressourcen limitiert, wurde diese natürliche Grenze überschritten, gingen die Agglomerationen unter. Die fossilen Energieträger veränderten die Rahmenbedingungen maßgeblich.

Städte sind die Verlierer bei der Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energieträgern. Selbst wenn alle Potenziale ausgeschöpft werden, kann niemals ein signifikanter Selbstversorgungsgrad erreicht werden.

Detaillierte Studien zeigen plakativ auf, dass die Stadt Wien bei der Strom- und Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energieträgern auf das Hinterland angewiesen sein wird.¹ Generell gilt, nach den Ergebnissen von REGIO Energy, dass, wenn die Stromproduktion aus Erneuerbaren forciert wird, im Jahr 2020 viele Bezirke rein rechnerisch den eigenen Strombedarf aus erneuerbaren Energieträgern decken können, mehr als die Hälfte der Bezirke Strom exportieren. Dazu gehören leider nicht die Städte, aber im Stadtumland liegende Gemeinden könnten einen Beitrag zur Versorgung der Agglomerationen übernehmen.

Im Bereich der Wärmeproduktion hat Wien das erhebliche Potenzial im Bereich der hydrothermalen Geothermie. Am Beispiel der Seestadt

Aspern wird der Plan zur Wärme-Vollversorgung aus tiefer Geothermie erprobt. Aufgrund der kompakten Stadtstruktur könnten viele Haushalte versorgt werden, die Investitionskosten sind derzeit noch zu hoch im Vergleich zu den derzeit verfügbaren Energieträgern. Auch das Potenzial der Solarthermie und Photovoltaik, das tendenziell dicht besiedelte Regionen aufweisen, bietet für die Stadtregion großes Entwicklungspotenzial. Die Stadt Wien fördert bereits mit entsprechenden Programmen den Ausbau dieser Energieträger. Was den Wärmeselbstversorgungsgrad betrifft, ist jedoch zu bedenken, dass »Wien mit dem außerordentlichen großen Bedarf an Raumwärme ohne gleichzeitiger Reduktion des Raumwärmebedarfes einen Selbstversorgungsgrad von weniger als 10%« erreicht.²

Dies bedeutet, dass, selbst, wenn das gesamte Potenzial für Wärme und Strom ausgeschöpft wird, der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Im Bereich der Wärmeversorgung bietet die kompakte Stadtstruktur eine ausreichende Dichte an Abnehmern, auch dies bedingt eine Kooperation mit den Wärmeerzeugern und eine nachhaltige Integration in die Stadtstruktur. Verändert sich die Energieversorgungslandschaft dramatisch – tritt beispielsweise das Post-Oil-Szenario ein, stellt sich die Frage, wo der Energiebedarf gedeckt werden soll. Eine Lösung kann nur in einer intensiven

¹ Stanzer et al.: REGIO Energy, Regionale Szenarien erneuerbarer Energiepotenziale in den Jahren 2012/2020, Wien/St. Pölten, Dezember 2010

² Stanzer et al., Seite 164

³ Altmann/Groß: Eine Typologie österreichischer Wohngebäude. Ein Nachschlagewerk mit charakteristischen, energierelevanten Merkmalen von 28 Modellgebäuden – im Bestand und für jeweils zwei Sanierungsvarianten. Wien, Mai 2011

Zusammenarbeit mit dem Umland gesucht werden.

Im Bereich des Energiesparens sind die Möglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpft. In der Regel entsprechen Neubauten bereits dem Passiv-, wenn nicht sogar dem Plusenergie-Hausstandard. Zudem werden Pilotprojekte wie beispielsweise ENERGYbase – größtes Öko-Bürohaus Österreichs – oder wiederum die Seestadt Aspern umgesetzt. Doch die wahre Herausforderung liegt in der Sanierung der bestehenden Bausubstanz. Im Rahmen des EU-Projekts »TABULA« (Typology

entwicklung. Dies könnte ein Modellbeispiel für eine künftige Wärme- und Energieversorgungsstruktur sein.

Die grundsätzliche Frage ist, inwieweit der Energiebedarf in der Stadt-Umland-Region durch gemeinsame Lösungsansätze sichergestellt werden kann. Wie kann das Umland zur Energieversorgung der Kernstadt beitragen? Welche Instrumente sind dafür notwendig? Generell sind dafür keine neuen Planungsinstrumente notwendig. Ein möglicher Schritt wäre die Erstellung eines regionalen Energiekonzepts. Am Beginn des Wegs zu einer

»Die grundsätzliche Frage ist, inwieweit der Energiebedarf in der Stadt-Umland-Region durch gemeinsame Lösungsansätze sichergestellt werden kann. Wie kann das Umland zur Energieversorgung der Kernstadt beitragen?«

Approach for Building Stock Energy Assessment), das mittels Gebäudetypologien die energetische Bewertung der Gebäudebestände und eine Abschätzung der Energieeinsparpotenziale in den Mitgliedsländern vereinfachen und EU-weit standardisieren will, wurde eine Typologie österreichischer Wohngebäude erstellt, die das erhebliche Energieeinsparungspotenzial der unterschiedlichen Gebäudetypen aufzeigen.³ Internationale Beispiele zeigen interessante Ansätze, wie in Deutschland (Karlsruhe, Freiburg, etc.) oder in den Niederlanden bestehende Bausubstanz an künftige Standards angepasst werden kann.

Generell ist anzunehmen, dass die Energie- und Wärmeversorgung in Zukunft dezentraler organisiert werden muss – es wird viel kleinräumiger zu denken und zu agieren sein. Vor allem die Nutzung von Wärme ist nur in einem gewissen Umkreis sinnvoll. Dies impliziert eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort und führt dazu, dass bisherige Verbraucher zu Einspeisern und bisherige Verteilernetze zu Einspeisernetzen werden. Dementsprechend müssen die Stromnetze intelligenter werden – Begriffe wie beispielsweise »smart grids« (intelligente Stromnetze), »smart metering« (intelligente Zähler) oder »virtuelle Kraftwerke« sind bereits in aller Munde. Die Stadt Wien verfolgt seit Jahrzehnten eine polyzentrische Stadt-

Stadtenergieregion der Zukunft steht die kleinräumige Analyse der Potenziale, gefolgt von Zielformulierungen und Maßnahmen (wie z. B. Flächensicherung, Förderprogramme) im Kontext der Gesamtregion. Dabei steht im Vordergrund, dass der Planungsprozess kooperativ und integrativ verläuft.

In Zeiten des zunehmenden Verbrauchs an Energie bei gleichzeitiger Verknappung der weltweiten Ressourcen an fossilen Energieträgern und der zunehmenden globalen Erwärmung werden gemeinsame Wege zur Energie- und Wärmeerzeugung früher oder später von den Stadtregionen begangen werden müssen.

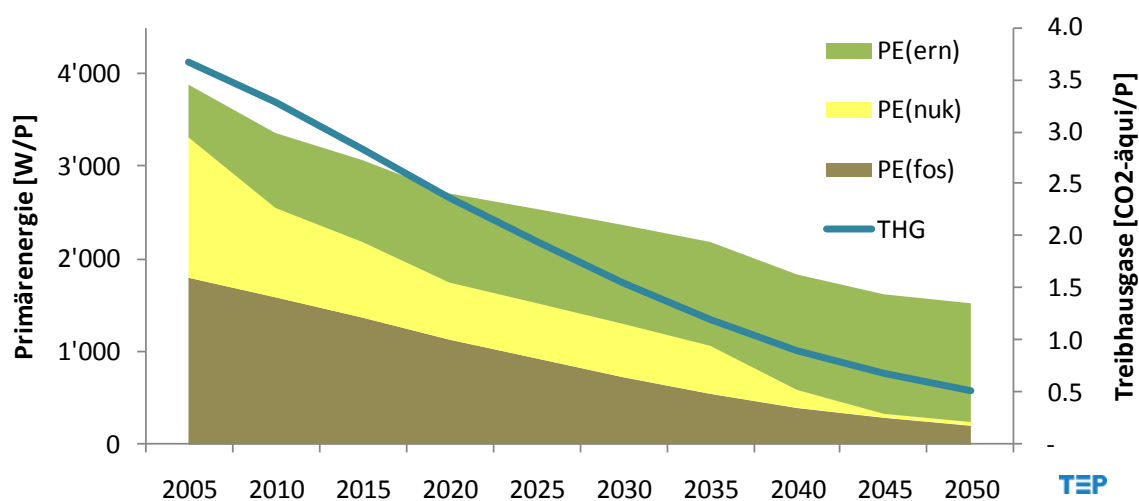
Petra Hirschler

ist Universitätsassistentin am Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung an der TU Wien

Die Stadt Zürich auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

Eckpunkte eines Wärmeversorgungskonzepts 2050

Bruno Bébié, Martin Jakob



Die 2000-Watt-Gesellschaft

Die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft verfolgt die nachhaltige Nutzung der globalen Energiereserven. Ihre Zielvorgaben geben einen Absenkpfad für den Primärenergieverbrauch und die Treibhausgasemissionen pro Kopf der Bevölkerung vor. In der Schweiz entspricht heute der durchschnittliche Primärenergiebedarf ohne Graue Energie in den Gütern und Dienstleistungen einer Dauerleistung von rund 6500 Watt pro Kopf, und der Treibhausgasausstoß liegt bei rund 9 Tonnen im Jahr. Gemäß den 2000-Watt-Vorgaben ist der Primärenergiebedarf in der Schweiz bis 2100 pro Kopf und Jahr um den Faktor 3 auf 2000 Watt zu reduzieren. Beim Treibhausgasausstoß beträgt der Zielwert 1 Tonne pro Kopf und Jahr.

Ausgangslage in der Stadt Zürich

Seit 2006 orientiert sich der Stadtrat von Zürich an der 2000-Watt-Gesellschaft. Parlament und Stimmberechtigte unterstützen dies: Am

30. November 2008 wurden die 2000-Watt-Ziele in einer Volksabstimmung mit einer Zustimmung von 76% in der Gemeindeordnung verankert. Der Treibhausgasausstoß soll sogar bereits bis 2050 nur noch 1 Tonne CO₂ pro Kopf betragen.

Heute werden in der Stadt Zürich pro Kopf rund 5000 Watt Primärenergie mit direkt beanspruchten Energieträgern verbraucht und Treibhausgasemissionen von rund 5,5 Tonnen pro Kopf verursacht. Rechnet man die – allerdings nur grob quantifizierbare – Graue Energie in den Gütern und Dienstleistungen dazu, dann liegen die beiden Werte deutlich höher. Damit betragen die Absenkfaktoren für die Stadt Zürich mindestens 2,5 für die Primärenergie und 5,5 für die Treibhausgasemissionen. Im Rahmen verschiedener strategischer Projekte wurden mittlerweile die methodischen, inhaltlichen und kommunikativen Grundlagen für Umsetzungsstrategien und Maßnahmen erarbeitet.

Abb. oben:
Primärenergienachfrage und Treibhausgasemissionen

Dazu gehört die Erarbeitung eines langfristigen Wärmeversorgungskonzepts für das Jahr 2050.

Ziele des Wärmeversorgungskonzepts 2050

Ziel des Projekts war es, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren der Stadt Zürich und den betroffenen stadteigenen Energieanbietern ein 2000-Watt-kompatibles Wärmeversorgungskonzept zu erarbeiten.

Energienachfrageszenario mit forcierten Gebäudeeffizienzmaßnahmen

Die Abschätzung der künftigen Nachfrageentwicklung im Gebäudebereich bis 2050 umfasste folgende Schritte:

- Ermittlung eines räumlich differenzierten Mengengerüsts (Energiebezugsflächen): Basis ist die Gebäudedatenbank der Stadt Zürich, in welcher alle Gebäude auf dem Stadtgebiet erfasst und über GIS-Daten räumlich verortet sind.
- Szenarien über die künftige räumlich differenzierte Entwicklung der Energienachfrage:
 - Diese beinhalten gebäudetypenspezifische Annahmen zu Gebäudehüllen- und Gebäudetechnikerneuerungen. Differenzierungskriterien der verschiedenen Erneuerungstypen sind Bauperiode, Denkmalschutz bzw. Zugehörigkeit zu städtebaulichen Zonen. Damit resultieren räumlich differenzierte Maßnahmen und Effizienzpotenziale.
 - Die Berechnung des spezifischen Energiebedarfs wird für eine überschaubare Anzahl Fälle (Gebäudetypen) durchgeführt. Anschließend werden die Ergebnisse den erwähnten räumlichen und energetischen Gebäudetypen zugeordnet.
 - Zudem werden auch die Vorgaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept der Stadt Zürich mit den Potenzialen künftiger baulicher Verdichtungen integriert.

Angebotspotenziale der erneuerbaren Energien

Basis für die Abschätzung der Angebotspotenziale der erneuerbaren Energien sind geographisch verortete Daten zu ihren physischen Potenzialen und ihrer möglichen Nutzung. Im Fokus stehen folgende Potenziale:

- Umgebungsluft, untiefe Geothermie, Grundwasser bzw. Oberflächengewässer und Abwasser für Wärmepumpenanwendungen
- Solarenergie
- Kehrlicht als Input für die Fernwärme

- Holz und andere Biomasse
- Biogas
- Erneuerbare Elektrizität
- Als Option tiefe Geothermie

Hieraus resultieren gut abgestützte quantitative Abschätzungen der überwiegend lokal gebundenen Potenziale der erneuerbaren Energien, welche räumlich strukturiert (GIS) und bezüglich Deckungsgrad beurteilt sind. Auf dieser Basis wurden verschiedene lokale Gebietstypen mit spezifischen Angebotsstrukturen von erneuerbaren Energien erarbeitet.

Vergleich der Nachfrage- mit den Angebots-szenarien

Aus dem räumlich differenzierten Vergleich der Nachfrageszenarien mit den abgeschätzten Angebotspotenzialen ergibt sich für jede erneuerbare Energiequelle ein Nutzungsüberschuss oder -defizit pro Teilgebiet, bezogen auf 2050. Lokale Defizite können teilweise mit lokal ungebundenen erneuerbaren Energien (v. a. Biogas und feste Biomasse) ausgeglichen werden.

Projektergebnisse

Die gegenüberliegende Abbildung zeigt die unter den getroffenen Annahmen resultierende Entwicklung der Nachfrage für erneuerbare, nukleare und fossile Primärenergie (Watt/Kopf) sowie die Treibhausgasemissionen (CO₂äq/Kopf) bis 2050. Die hier für die Gebäude der Stadt Zürich abgeschätzte Reduktion des Primärenergieverbrauchs ist mit rund 60% deutlich größer als die 2000-Watt-Vorgabe für die Schweiz (- 44%). Dies gilt mit einer Reduktion von 86% auch für die Treibhausgasemissionen (Schweizer Vorgabe: - 77%). Selbst die verschärfte Anforderung der Gemeindeordnung der Stadt Zürich von - 88% liegt im erarbeiteten Szenario in Griffweite. Die zu erwartende Nachfrageverschiebung hin zum Strom wirkt sich bezüglich Treibhausgasemissionen bei der unterstellten Strombeschaffung nicht nachteilig aus.

Ob die Ziele bei den Gebäuden auch dann erreicht sind, wenn die Systemgrenzen wie eingangs erwähnt weiter gezogen werden, ist künftig noch genauer zu prüfen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob z. B. die Primärenergie und Treibhausgasemissionen in den Bereichen Mobilität (inklusive Infrastruktur) und Graue Energie, namentlich bei den für die Zielerreichung erforderlichen baulichen Maßnahmen, relativ gesehen bis 2050 ebenfalls entsprechend reduziert werden können.

Bruno Bébié

ist Energiebeauftragter
der Stadt Zürich.

Martin Jakob

ist Geschäftsleiter der
TEP Energy GmbH,
Zürich.

Qualitätskriterien energieautarker Siedlungsstrukturen

*Helena Linzer, Rainer Mayerhofer, Andreas Voigt,
Hans Peter Walchhofer*

Die dauerhafte Sicherung der Energieversorgung unserer Siedlungssysteme ist eine brennend aktuelle und überaus komplexe Herausforderung für Raumplanung und Raumentwicklung. Derzeit befindet sich der Energiesektor in einer weitgehenden Abhängigkeit von fossilen, nicht erneuerbaren Rohstoffen. Durch die Verwendung fossiler Brennstoffe ergeben sich erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt. Bisher wurde die im Siedlungsraum benötigte Energie im Normalfall in einem zentralisierten System von Kraftwerken gewonnen. Dabei müssen große Entfernungen zum Verbraucher überbrückt werden und es wird in Kauf genommen, dass ein erheblicher Teil der bereitgestellten Energie wieder verloren geht.

Nachfolgend werden Qualitätskriterien auf siedlungsstruktureller Ebene skizziert, welche eine Wende zu einem regional energieautarken und energieeffizienten Siedlungssystem ermöglichen sollen. Als »Energieautarke Region« wird ein Siedlungsgefüge – bestehend aus Natur- und Freiräumen, räumlicher Infrastruktur (inklusive Verkehrsinfrastruktur) und Siedlungseinheiten (»Energieautarke Städte«) – definiert, das für seine Fläche und Einwohnerzahl in der Lage ist, den raumbezogenen Energiebedarf für Wärme, Kälte und Strom inklusive Bevölkerungsmobilität, bezogen auf die Ganglinien (Tag, Monat und Jahr) der Energieträger innerhalb der räumlich-funktionalen Systemgrenze, abzude-

cken. Die räumlichen Organisationsprinzipien für eine energieautarke Stadt- und Siedlungsstruktur gründen auf folgenden Überlegungen:

Die größtmögliche Erhaltung und Weiterentwicklung eines funktionsfähigen Natur- und Landschaftsraumes bildet die Grundlage für eine nachhaltige Raumentwicklung. Die infrastrukturelle Trägerstruktur für eine zukunftsfähige und nachhaltige Siedlungsentwicklung ist ein gut funktionierender öffentlicher Verkehr. Die beiden Schwerpunktsetzungen Naturraum und öffentlicher Verkehr ermöglichen ein Siedlungskonzept von Schlüsselräumen entlang der bestehenden und geplanten öffentlichen Verkehrslinien. Diese Schlüsselräume sind nach dem Leitbild einer »Stadt der kurzen Wege« in Form einer »Ökostadt« konzipiert. Die Funktionsmischung bildet die Grundlage für die räumliche Verteilung aller Lebensbereiche. Sie wird auf überörtlicher und örtlicher Ebene in Form der dezentralen Konzentration optimiert.

»Stadt der kurzen Wege« bedeutet die Schaffung kompakter, flächen- und in der Folge energieeffizienter Siedlungsstrukturen, strukturell ausgewogene Durchmischung miteinander verträglicher Nutzungen, Erreichbarkeit von Einrichtungen der Nahversorgung und Orten der Naherholung in fußläufiger Entfernung und ergänzend Einrichtungen der längerfristigen Versorgung in guter Erreichbarkeit mit öffentlichen

¹ Das »Wärme Smart Grid« wird von mehreren, voneinander an sich unabhängigen, dezentralen und auf erneuerbaren Ressourcen aufbauenden Energiezentren gespeist. Diese sollen ganzjährig (8.000 Betriebsstunden/Jahr) bei möglichst optimaler Auslastung betrieben werden.

² Forschungsförderungsprojekt »Neue Energien 2020«, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG), Autoren: Ernst, Michael; Hörl, Bar- do; Kalasek, Robert; Lin- zer, Helena; Mayerhofer, Rainer; Voigt, Andreas; Walchhofer, Hans Peter; Mintscheff, Ilian; Kainz, Ferdinand

Helena Linzer, Rainer Mayerhofer, Hans Peter Walchhofer, Andreas Voigt
Fachbereich Örtliche Raumplanung,
TU Wien

Verkehrsmitteln. Der maßvolle und sparsame Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource Grund und Boden ist das Leitprinzip. Qualifizierte Dichte kann durch attraktive mehrgeschos- sige Wohn- und Betriebsgebäude in geeigneter Höhe und Funktionsmischung (Gebäude-, Block- und Gebietsmischung) erreicht werden.

Die Siedlungseinheiten der »Ökostadt« sind von der Einwohnerzahl her so ausgelegt, dass sie einerseits die Anordnung wirtschaftlich tragfähiger Einrichtungen für alle wesentlichen Funktionen erlauben (Untergrenze), andererseits eine fußläufige Erreichbarkeit aller dieser Einrichtungen garantieren (Obergrenze). Das Leitbild einer »Stadt der kurzen Wege« ist somit das grund- legende räumliche Organisationsprinzip einer »Ökostadt«. Bei der räumlichen Verteilung der Einrichtungen aller städtischen Funktionen (die gleichzeitig alle Arbeitsstätten der Ökostadt umfassen) werden die Prinzipien der dezentralen Konzentration angewendet: Ihre Lage orientiert sich an der Häufigkeit der Nutzung, an der Erreichbarkeit für die Benützer und an der optimalen Belieferung mit Gütern. Bei allen Ein- richtungen soll einerseits eine größtmögliche, wirtschaftlich sinnvolle Dezentralisierung ange- strebt werden, andererseits ist zur Optimierung von Weglängen und zur Nutzung von Synergie- effekten eine gewisse Konzentration erforder- lich. Als wichtige Rahmenbedingung ist eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur erforder- lich – alle Altersgruppen und sozialen Schichten sollten vertreten sein, um die Entstehung eines sozialen Klimas der Verantwortung und Solidari- tät zu fördern. Arbeitsplätze entstehen einer- seits bei den von den Bewohnern benötigten Einrichtungen für die städtischen Funktionen, andererseits in Produktions-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben unterschiedlicher Branchen, bei denen besonderer Wert auf öko- logische Verträglichkeit der erzeugten Produkte und der angewendeten Produktionsverfahren gelegt wird. Dabei spielt ein ausgewogenes Verhältnis von Wohnungen und Arbeitsplätzen die Hauptrolle. Hinsichtlich der Funktion ist eine Mehrfachnutzung erforderlich, sowohl zeitlich nebeneinander als auch zeitlich hintereinander. Der öffentliche Raum wird nur dann zum Treff- punkt, wenn er das Ziel vielfältiger Aktivitäten ist. Um die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt zu erreichen, spielt neben einer unver- wechselbaren Gestaltung aller ihrer Bereiche auch die Mitbestimmung eine wichtige Rolle. Der Integration des öffentlichen Verkehrs und der Gestaltung öffentlicher Räume kommt dabei zentrale Bedeutung zu.

Die benannten raumbezogenen Qualitätskrite- rien, ergänzt durch hohe Energieeffizienz und geringen Energiebedarf der Siedlungseinheiten, beschreiben ein idealtypisches, konzeptionelles Modell für eine nachhaltige Siedlungsentwick- lung, das als »Smart City« bezeichnet werden kann. Von besonderer Bedeutung dabei ist ein hohes Energiebewusstsein der Menschen, das es ermöglichen soll, verfügbare Raumressour- cen zweckmäßig zu kombinieren, um hochwer- tige Raumnutzungen bei möglichst geringem Energiebedarf zu ermöglichen.

Ein Lösungsansatz für die skizzierte Proble- matik ist die Umstellung der zentralisierten Energieversorgung auf ein Netz naher regiona- ler Energieversorgung mittels »Wärme Smart Grid«¹. Dieses Energieversorgungskonzept wurde im Rahmen des Forschungsprojektes »Die Energieautarke Stadt«² auf der Grundlage von vier Siedlungstypen anhand je eines Mo- dellfalles überprüft und weiter entwickelt. Die Siedlungstypen »Stadt«, »urbane Siedlung«, »ländliches Siedlungsgebiet« und »Zentren mit einem spezifischen Einsatzgebiet« (Gewerbe-, Industriegebiet sowie Mischgebiet) wurden zur Ausarbeitung gewählt.

»It's ideology, stupid!«¹

oder: Warum »smart« nicht automatisch besser ist

Derzeit erfährt das Themenfeld »Energie-Mobilität« eine neue Konjunktur; u. a. weil trotz deutlicher werdender Hinweise auf die Endlichkeit der Ressourcen und der Zunahme der globalen Erwärmung der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie steigt und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse bislang nicht nachhaltig gestaltet wurden. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Grade des Angewiesenseins auf Mobilität und Mobilitätsinfrastrukturen wirken sich Knappheiten und Preissteigerungen jedoch sozial höchst selektiv aus. Die Raumnutzungsmuster differenzieren sich aus und legen es im Zusammenhang mit der zunehmenden Verstädterung nahe, die Ziele und Strategien (nachhaltigen) Planens und Wirtschaftens zu debattieren. Bereits im Brundtland-Report, welcher der Auslöser aller Nachhaltigkeitskonzepte ist, steht unmittelbar hinter der viel zitierten Definition von Nachhaltigkeit, dass dazu unsere Lebens- und Wirtschaftsweisen neu überdacht werden sollte.

In Österreich wird die Debatte über die neuen Ziele der Stadtentwicklung vom Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Institut für Regionalforschung (ÖIR) forciert und schlägt sich vor allem in der Diskussion und Etablierung von Smart City-Konzeptionen nieder. Diese werden als neue Form »intelligenter« Stadt(entwicklungs)planung propagiert. Mit Smart City-Konzepten wird auf die Vernetzung von Informationen über Energieverbrauch, Mobilitätsmuster und infrastruktureller Ausstattung gesetzt. Ein wesentlicher Faktor

bildet dabei »Wissen« und »(Aus-)Bildung«. Damit werden nicht nur lange überfällige Links zwischen energetischen, Kosten- und Technologiefragen von Verkehrssystemen konzeptiv hergestellt, sondern es eröffnet sich durch die Verwendung der Begriffe Mobilität und Bildung erstmals die Möglichkeit, systematisch Dimensionen des Wissens und Verstehens in einen gesellschaftlichen Erkenntniszusammenhang zu integrieren.

Eher als »GeneralistInnen« der Stadt- und Planungssoziologie mit Arbeits- und Forschungsschwerpunkten in der Prozesssteuerung, Kommunikation sowie Partizipation und weniger als VerkehrsplanerInnen um einen Diskussionsbeitrag gebeten, können wir diese Entwicklung grundsätzlich nur begrüßen. Die »smart« konzipierte Mobilitätsforschung scheint sich wohlthuend von bisher verwendeten Ansätzen der Verkehrsforschung abzusetzen, geht es doch weniger um die Annahme ausschließlich rational-ökonomischer VerkehrsteilnehmerInnen mit ihren positivistischen Grundannahmen, in deren Folge wachstumsorientierte nachfrage- und angebotsbegründete Entwicklungsstrategien und Infrastrukturen realisiert wurden.

Nun eröffnen sich scheinbar Möglichkeiten, sozial differenzierte handlungstheoretische Ansätze für die Mobilitätsforschung und die Stadtentwicklungsplanung zu etablieren. Damit wird verstehend auf die Gründe eingegangen, aus denen heraus eine Person ihr Mobilitätsverhalten entwickelt: Durch die

¹Titel Kap. 1 in Slavoy Žižek 2009. *First As Tragedy, Then As Farce*. London, New York: Verso, 9-86

² Stiftinger, Edeltraud 2012. Städte im Veränderungsmodus. ÖGZ 1/2012, 25

³ ebd.

⁴ ÖIR 2012. Einladung zum Symposium Smart Cities am 15. 03. 2012. Wien

⁵ Stiftinger 2012, a.a.O., 25

⁶ Stadt Wien MA 18/ TU Wien IFOER 2011. Wissensplattform Stadtentwicklung – Werkstattresümee 2. Wien, 4

⁷ ebd., 6

Gesa Witthöft
ist Stadtplanerin und Senior Scientist am Fachbereich Soziologie der TU Wien.

Jens S. Dangschat
ist Professor für Siedlungssoziologie und Demografie am Fachbereich Soziologie der TU Wien.

Einbeziehung von Kriterien der sozialen Lage, des sozialen Milieus, der Sozialisation und der jeweiligen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster. Unter Rückbezug auf die unterschiedlichen ortsgebundenen Ressourcen und Constraints lässt sich Mobilität nun differenzierter analysieren: Verkehrsverhalten und damit die Wahl der Wege und Mittel folgt demnach nicht ausschließlich einer (Optimierungs-)Logik, sondern entwickelt sich aus einem Geflecht von Handlungsmöglichkeiten, der Sozialisation der Person, ihren Bewertungen und Einschätzungen und eben mehr oder weniger rational begründeten Maximierungsentscheidungen. Is it ideology, stupid?!

In der Durchsicht der Smart City-Konzepte wird jedoch eine grundlegende Annahme deutlich, die u. E. dringend hinterfragt werden sollte: Die propagierten Konzepte basieren ausdrücklich auf der Erwartung, dass die Ziele v. a. durch »intelligenten« Technologieeinsatz respektive Technologieentwicklung zu erreichen seien; eine Annahme, die an die besten Zeiten technokratischen Planens und Bauens gemahnt: Durch Technologie könne die Gestaltung einer »für alle« besseren Zukunft erreicht werden. Die Annahme zieht sich weitgehend unhinterfragt durch die gesichteten Publikationen.

Menschen als AnwenderInnen und Gestaltende werden weitgehend aus den Konzepten herausgeschrieben, wie dies sich exemplarisch mit folgenden Zitaten belegen lässt: »[...] um das Zusammenleben in den Städten [...] zu erleichtern, braucht es eine energieeffiziente und Ressourcen schonende Infrastruktur und dabei vor allem funktionierende Verkehrssysteme, moderne Mobilitätskonzepte, effiziente Energieversorgung, intelligente Logistiksysteme und umweltfreundliche Gebäude und Gebäudetechnik.«² Zudem lassen sich die smarten, intelligenten Ziele vorrangig durch Technologien und Technologieeinsatz steuern: »Technologien haben das Potenzial, dazu beizutragen, die Großstädte für die Zukunft zu rüsten: um die Lebensqualität zu bewahren, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, soziale Unterschiede zu nivellieren und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen und die Umwelt zu schonen.«³ Technologien als treibende Kräfte für eine ‚bessere‘ Planung?!

Laut ÖIR sind die Grundlagen der Smart City-Konzepte zunächst »von internationalen Konzernen aus dem urbanen Infrastrukturbereich sowie aus dem Informations- und Kom-

munikationsbereich genutzt [worden], um die Verwirklichung der Vision von Metropolen mit optimal funktionierenden Infrastrukturen und Dienstleistungen mit technologischen Innovationen zu unterstützen«⁴ – eine lobbyistische Vermarktungsstrategie also, deren Begriffe und konzeptuelle Ansätze zunehmend von städtischen Verwaltungen und WissenschaftlerInnen aufgegriffen wurden?! Die oben gelobte Integration in gesellschaftliche Zusammenhänge wird denn auch wie folgt beschrieben: »Voraussetzung dabei ist, in Technologieentwicklungen frühzeitig unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einzubeziehen – denn um die Befriedung deren Bedürfnisse geht es.«⁵

Aus mindestens zwei Gründen sollte eine gesellschaftlich notwendige Modernisierung nicht allein in die Verantwortung von Technik-, Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen gelegt werden: Häufig fehlt es ihnen erstens an angemessen sozial differenzierten Zugängen zur Gesellschaftsanalyse und gesellschaftlichem Verständnis – sie gehen vom »Mensch an sich« als einer Durchschnitts-ZeitgenossIn aus – und zweitens ist das Ziel dieser Wissenschaften, das bisher nicht Erreichte machbar zu machen. Damit sind sie nicht in der Lage zu kontrollieren, wer die neu entwickelten Technologien, Materialien, Schaltungen und Informationssysteme mit welchem Interesse nutzt. Es gibt eben keine »Technik für den Menschen«, sondern Technologien werden aufgrund entsprechender, meist ökonomischer Interessen angewandt und verbreitet.

In dem Protokoll der vorbereitenden Wissensplattform, auf der die für die Smart City-Konzeption der Stadt Wien zuständigen MitarbeiterInnen die grundlegenden Dimensionen des »smarten Wien« diskutiert haben, wird konstatiert: »Smart City: ein soziales Thema«⁶, und erfordere gar »revolutionäre Änderungen.«⁷ Lets's face it: It's ideology!

Damit es keine Ideologie bleibt, ist ein deutlich differenzierteres Wissen über die Anlässe und Gründe nicht-nachhaltigen Energieverbrauchs respektive von entsprechenden Mobilitätsmustern notwendig. Dazu gehört es auch, die subjektiv »guten Gründe« oder eben die empfundenen Zwänge kennenzulernen, um hier Ansätze zu Verhaltensänderungen zu entdecken, will man diese nicht ausschließlich durch technologische Effizienzsteigerungsstrategien erreichen, sondern auch durch Suffizienzfortschritte.

Energie und Mobilität – Herausforderungen für die Stadtzukunft

Beatrix Rauscher, Herbert Ritter

Energie und Mobilität – sind Motoren für die Stadt – geben Strukturen vor – haben wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität einer Stadt – beeinflussen die Gesundheit der BewohnerInnen – ermöglichen das Wachstum einer Stadt – sind Bestandteil einer zukunftsorientierten und umweltverträglichen Stadtentwicklung

Energie

Große urbane Agglomerationen sind dadurch charakterisiert, dass sie ganz wesentlich von »Stoff- und Ressourcenströmen« von außen abhängig sind. Das umfasst so gut wie alle Ressourcen, die fürs Leben und Wirtschaften in einer Stadt benötigt werden. Ohne Ressourcenzufluss kann ein urbaner Ballungsraum nicht existieren und sich nicht weiterentwickeln. Neben den Nahrungsmitteln gehören die Energieträger zu den elementaren Ressourcen, die dem System Stadt laufend zugeführt werden müssen. Erst wenn Energie in ausreichender Menge zur Verfügung steht, kann ein kompakter, dicht bebauter Ballungsraum, der durch einen hohen flächenbezogenen spezifischen Energiebedarf gekennzeichnet ist, entstehen und bestehen.

Der überwiegende Anteil der derzeit in Wien benötigten Energieträger ist fossilen Ursprungs (Erdgas, Treibstoffe auf Erdölbasis) und muss importiert werden. Durch die starke Abhängigkeit der Stadt von den fossilen Energieträgern rücken Fragen der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes unweigerlich in den energiepolitischen Vordergrund. Gerade in Städten wird die Problematik der Abhängigkeit von (fossilen) Energieressourcen augenscheinlich. Das bringt mit sich, dass die energie- und klimapolitischen Herausforderungen unserer Zeit vorrangig in den Städten zu lösen sind.

Der Lösungsansatz dabei ist in der effizienten Nutzung der Energie und in der Verwendung lokal bzw. regional verfügbarer Energieträger und -quellen zu suchen, um so die Abhängigkeit von externen Energielieferungen reduzieren zu können. Einerseits sprechen ökologische Gründe dafür (bei

verbesserter Energieeffizienz und erhöhtem erneuerbaren Anteil wird die Treibhausgasbilanz besser), andererseits spielen wirtschaftliche und versorgungstechnische Gesichtspunkte eine Rolle, indem Wien unabhängiger von Energieimporten wird und die heimische Wertschöpfung erhöht wird.

»Für eine Stadt führt an der Steigerung der Energieeffizienz, der Reduktion des Energieverbrauchs und der Erhöhung des Eigenanteils in der Energieproduktion aus erneuerbaren Energieträgern kein Weg vorbei.«

Für eine Stadt führt an der Steigerung der Energieeffizienz, der Reduktion des Energieverbrauchs und der Erhöhung des Eigenanteils in der Energieproduktion aus erneuerbaren Energieträgern kein Weg vorbei.

Mobilität

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für das Leben einer Stadt. Sie ermöglicht ihren BewohnerInnen und der Wirtschaft die Ausübung von Aktivitäten. Da allerdings die Lebensqualität dadurch nicht beeinträchtigt werden darf, sind ein verantwortungsvoller Umgang und eine Verankerung in verkehrspolitischen Zielen erforderlich. Die Themen Lärmbelastung, Luftqualität, Verkehrssicherheit und Platzbedarf stehen dabei im Vordergrund.

Im Jahr 2011 legten die WienerInnen bereits 71% ihrer Wege mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes zurück. Die konsequente Umsetzung von unterschiedlichen Maßnahmen wie z. B. der laufenden Attraktivierung des ÖV-Angebots oder der Forcierung des Radverkehrs führten zu diesem – auch im internationalen Vergleich – Spitzenwert.

Es gilt nun, bei der integrierten Bearbeitung des neuen STEP 2014 den Themenbereich »Mobilität und Verkehr« entsprechendes Gewicht und vor

allem den richtigen Platz zu geben. Die umweltverträgliche Verkehrsentwicklung muss weiter gehen und sollte daher auf der Zielebene des STEP verankert werden. Auf das Bevölkerungswachstum muss – trotz zu erwartender Budgetrestriktionen – reagiert werden und intelligente Lösungen aufgezeigt werden. Der Einfluss der ÖV-Netzstruktur auf die Entwicklung von Standorten ist darzustellen und bei Ausbauvorschlägen zu berücksichtigen.

Leitthemen für die STEP 2025-Bearbeitung

- Energie sparen und effizient nutzen

Energieeffizienz und Energiesparen sind für einen urbanen Raum die Schlüsselemente zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Zielvorgaben. Jede eingesparte Energieeinheit muss nicht erzeugt werden, macht die Energieversorgung einer Stadt unabhängiger und ist mit keinen negativen Umweltauswirkungen verbunden. Ziel muss es sein, strukturell und bei der ursächlichen Entstehung des Energieverbrauchs anzusetzen. Das bedeutet kompakte Siedlungsstrukturen, eine Stadtentwicklung entlang des hochrangigen ÖV-Netzes, hohe thermische Qualität für neue und Bestandsgebäude und signifikante Energieeffizienzsteigerungen bei Stromanwendungen.

- Verkehrsvermeidung

Verkehrsvermeidung zielt auf die räumliche Organisation der Aktivitäten ab, also auf eine mobilitätssparende Stadtentwicklung und Raumordnung, die eine Erhaltung und Schaffung durchmischter Stadtviertel ebenso verfolgt wie die Stärkung einer hohen Lebens- und Erlebnisqualität. Verkehrsvermeidung bedeutet nicht, dass Mobilität oder die Mobilitätschancen eingeschränkt werden sollen, sie zielt auf eine Erhaltung und Stärkung urbaner Dichten und Qualitäten ab.

- Erneuerbare Energieträger in und für Wien nutzen

Die Nutzung von Solarenergie (Photovoltaik und solarthermische Nut-

zung) ist für Wien besonders wichtig, da diese Anwendungen vor Ort keine Emissionen von Luftschadstoffen verursachen. Photovoltaikanlagen sind für die Stromerzeugung auch in einem städtischen Umfeld geeignet und können auf vorhandenen Dachflächen eingesetzt werden. Weiters ist die Nutzung von Tiefengeothermie eine Option, und dort, wo geeignete Grundwasserkörper vorhanden sind, sollten entsprechende Wärmepumpenanwendungen zum Einsatz kommen. – Vorrangiges Ziel muss es sein, einerseits die in Wien vorhandenen erneuerbaren Energieträger optimal zu nutzen (Verortung der vorhandenen Potenziale und des Energiebedarfs), andererseits erneuerbare Energieträger aus dem Umland für Wien in einem vernetzten System zu nutzen.

- Verkehrsverlagerung

Das Ziel einer nachhaltigen Mobilität ist ohne Verhaltensänderung nicht zu erreichen. Sowohl im Stadtverkehr als auch im stadtgrenzenüberschreitenden Verkehr ist eine Verhaltensveränderung anzustreben. Die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel rückt in den Fokus und führt zu einer effizienteren Nutzung des Gesamtverkehrssystems.

- Wien als »Smart City«

Innovative Technologien im Bereich der intelligenten Energienetze, intelligenten Zähler, intelligenten Gebäude, intelligenten Mobilitätssysteme etc. zeigen Wege auf, wie zukünftig durch Vernetzung effizient mit Energie umgegangen werden kann. Die Technologien der Zukunft sind im Entstehen bzw. existieren in vielen Bereichen schon. Es gilt nun diese Trends frühzeitig zu antizipieren, Standortstärken zu entwickeln und gezielt in Umsetzungsmaßnahmen zu investieren. Wien soll als »smart city« die Chance nutzen, bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen eine führende Rolle in der Forschung und Technologieentwicklung Europas einzunehmen. Anhand von Modellprojekten sollen dabei intelligente und ressourcenschonende Lösungen für die Fragen der Energieversorgung und Mobilität der Stadt von morgen gefunden werden.

Beatrix Rauscher
ist Expertin für
Verkehrsplanung und
Mobilitätsstrategien in
der MA 18.

Herbert Ritter
ist Leiter des Bereichs
Energieeffizienz der
MA 20.



Die wachsende Stadt



Von der Gestaltbarkeit des Wachstums und der (Un-)Planbarkeit des Urbanen

Die Stadt Wien verzeichnete in den vergangenen Jahren einen deutlichen Bevölkerungsanstieg. Die Prognosen deuten auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hin – im Jahr 2040 soll die EinwohnerInnenzahl die 2-Millionen-Marke erreicht haben. Aber: nicht nur die Bevölkerung wächst, auch der Flächenbedarf, die Wirtschaftsleistung, der Ressourcenverbrauch – quantitative wie qualitative Faktoren spielen im Wachstumsprozess gleichermaßen eine Rolle.

Wie soll nun mit Wachstum und dem Gebrauch von Raum umgegangen, wie können Entwicklungsmöglichkeiten auch für kommende Generationen gewährleistet werden? Welche Anforderungen stellt dieses Wachstum an die Stadtplanung und welche Möglichkeiten bestehen, diesen Prozess zu steuern? Wer nimmt aktiv an diesem Wachstumsprozess teil und in welcher Form lassen sich urbane Qualitäten gestalten?

Bereits in der zweiten Werkstatt zu stadtregionalen Fragen konnte festgestellt werden, dass die Herausforderungen einer wachsenden Stadt immer auch Herausforderungen für die gesamte Metropolregion bedeuten. Versucht man Wachstumsprozesse zu lokalisieren, können also keine eindeutigen Grenzen gezogen werden. Der Entwicklungsdruck beschränkt sich nicht alleine auf das Wiener Stadtgebiet. Auch die Umlandgemeinden sind mit einem starken Bevölkerungswachstum konfrontiert, was ein koordiniertes Handeln erforderlich macht. »Wachstum ist keine Frage von »Innen« oder »Außen«, sondern eine Aufgabe für die ganze Stadtregion«, meint auch Uli Hellweg in der Werkstatt.

Wer bringt die Stadt zum Wachsen?

Ingrid Breckner sieht in einer neuen Kultur der Beteiligung und der Integration von Zugewanderten die Schlüssel für die Gestaltung einer wachsenden Stadt. Gleichzeitig fordert sie auch mehr Mut zur Vielfalt ein: »Städte, die wachsen, müssen zwangsläufig lernen, mit Zuwanderung und Heterogenität umzugehen.« Die Stadt Wien hat im Laufe

ihrer Geschichte große Integrationsleistungen vollbracht und ist heute ein Schmelztiegel unterschiedlicher Kulturen, erläutert Ingrid Breckner in der Werkstatt. Das Bevölkerungswachstum Wiens ist zum größten Teil auf Zuwanderung zurückzuführen, und diese Zuwanderung muss als Chance verstanden werden, meint sie. Es brauche ein Bekenntnis zur Zuwanderung, ein Bekenntnis zu Wachstum durch Internationalisierung. Die Stadt sei per se in der Lage, mit Zuwanderung umzugehen, und diese Leistung soll offensiv kommuniziert und genutzt werden. In ihrem Beitrag hebt sie hervor, dass die Voraussetzung für die Entwicklung einer Stadt das Mitwirken aller StadtnutzerInnen sei und somit auch Einwandernde dahingehend wahrgenommen und wertgeschätzt werden sollen. Die Zugewanderten sollten wesentlich stärker in Planungsprozesse eingebunden werden.

Der Maßstab des Wachstums

Deutlich wird in den Diskussionen auch, dass neben Beteiligungsformen die generelle Kommunikation von Wachstumsprozessen eine wesentliche Rolle spielt und der Diskurs um Fragen der Stadtentwicklung gesamtstädtisch wie auf Quartiersebene geführt werden muss. Wien bewegt sich laut Walter Siebel zwischen zwei Modellen: Zum einen bestehe die Stadt aus einem Mosaik verschiedener Dörfer, zum anderen sei sie sehr stark auf ihr Zentrum ausgerichtet. Wien brauche mehr kleinteiligen Bezug zu seinen Stadtteilen; die Identitäten der Quartiere müssten besser entwickelt werden. Wenn man der Bevölkerung die Möglichkeit gebe, selbst zu definieren, wie sie sich auf Stadtteilebene sehen, bekomme man eine viel größere Akzeptanz für Wachstumsvorgänge. Uli Hellweg ergänzt, dass die Sicht aus den Stadtteilen immer mit der gesamtstädtischen Sicht in Wechselbeziehung steht; er führt die Internationale Bauausstellung (IBA) als Beispiel für einen gesamtstädtischen Diskurs an, der nach dem »Gegenstromprinzip« immer in die Quartiere zurückfließt. So bestehe auch die Möglichkeit, Partialinteressen hinter gesamtstädtischen Interessen zurückzuhalten.

Von Prozessen mit offenem Ausgang

Um den Anforderungen einer wachsenden Stadt zu begegnen, bedarf es flexibler und offener Strukturen, die sich ständig wechselnden Bedingungen anpassen können. Walter Siebel spricht in diesem Zusammenhang von Räumen mit geringer Regelungsdichte, die Entwicklungsschritte offen lassen und Ventile bieten, in denen sich urbane Qualitäten entfalten können. In seinem Vortrag an der TU Wien beschreibt er die Notwendigkeit von offenen Prozessen, deren Ausgang man nicht kennt, nicht kennen kann. Doch wie kann der Stadtentwicklungsplan mit dieser Offenheit umgehen und auf Fragen reagieren, die innerhalb der nächsten 10 oder 20 Jahre auftauchen? Walter Siebel verweist in der Werkstatt auf Karl Ganser, der mit der IBA Emscherpark wesentlich den Begriff des perspektivischen Inkrementalismus geprägt hat. Dabei wird eine Zielrichtung vorgegeben, eine Perspektive und eine gemeinsame Vision entwickelt und es werden Kriterien formuliert, die die Qualitäten des Entwicklungsprozesses sicherstellen; wie allerdings der Weg hin zu diesen Zielen gestaltet wird, bleibt jedem einzelnen Projekt überlassen.

Mit Instrumenten Wachstum gestalten

In Fragen der zukünftigen Entwicklung der Stadt braucht es damit nicht nur Ziele, sondern auch Instrumente, um einen Prozess in ein robustes und verlässliches Gefüge zu setzen. Der Gestaltungsanspruch von Stadt beinhaltet immer eine Auseinandersetzung mit Werkzeugen, die in der Lage sind, Wirkkräfte zu lenken. Diese Werkzeuge müssen sich dabei den ständig wandelnden Rahmenbedingungen anpassen können. Rechtliche Instrumente, wie der STEP, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, ökonomische Instrumente, wie Grundeigentum und sozialer Wohnbau, als auch operative Instrumente, wie Entwicklungsagenturen, werden als verfügbare Möglichkeiten aufgezählt. Gerade der Wohnbau habe sich in der Vergangenheit als starkes Instrument bewährt, um den Herausforderungen der wachsenden Stadt zu begegnen. Allerdings werden in der Werkstatt auch die Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich dann

ergeben, wenn der Wohnbau und Stadtbau in ihren Zielsetzungen und Prozessen nicht in Einklang zu bringen sind.

Arthur Kanonier sieht Handlungsbedarf im Ausloten des rechtlichen Instrumentariums zur Steuerung der Stadtentwicklung, dies insbesondere bezogen auf die Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Durchführung einer Baulandumlegung. Solange die Grundstückszuschnitte immer noch den Parzellenstrukturen der landwirtschaftlich genutzten Flächen folgen, solange wird es auch schwierig bis ausgeschlossen sein, die Entwicklung neuer Quartiere an städtischen Maßstäben zu orientieren. »Es gibt enorme Investitionen, aber das Bodenrecht wird nicht angefasst«, so Arthur Kanonier.

Insgesamt wird eines deutlich: Es braucht ein klares Bekenntnis zu Stadt, ein Bekenntnis zu urbanen Qualitäten und zur Gestaltung von Prozessen, die diese Qualitäten hervorzubringen vermögen. Auch der STEP muss eine klare Haltung zur Stadt einnehmen und neue Lösungen suchen, um den Entwicklungsperspektiven ein kräftiges Bild zu geben. Nur, wenn der STEP auf einer breiten Ebene diskutiert wird, möglichst viele AkteurInnen in den Prozess eingebunden werden, kann über die gemeinsam formulierten Visionen deren Zukunftsfähigkeit gewährleistet werden. (IFOER)



»Die Stadt kann mit Zuwanderung umgehen. Das ist eine Leistung von Stadt, die deutlich gemacht werden muss.« Ingrid Breckner





»Man braucht eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Ziel und man braucht Kriterien, die die Qualitäten des Entwicklungsprozesses sicherstellen; wie allerdings der Weg hin zu diesen Zielen gestaltet wird, bleibt jedem einzelnen Projekt überlassen.« Walter Siebel



Die Räume des Übergangs

Was Robert Musil im »Mann ohne Eigenschaften« über die mindestens neun Charaktere eines Landesbewohners schreibt, das lässt sich ins Städtische übersetzen: Eine Stadt umfasst mindestens neun Räume: einen ökonomischen, einen politischen, einen sozialen, einen kulturellen, einen ästhetischen, einen historischen Raum, eine Innenstadt, einen Stadtrand und eine Vorstadt. Und dann hat jede Stadt noch einen zehnten Raum, und dieser ist nichts als die passive Fantasie unausgefüllter Räume ... Er gestattet alles, nur nicht das Eine: das ernst zu nehmen, was die mindestens neun anderen Räume sind, also gerade das nicht, was die Stadt ausfüllen sollte.

Eine Stadt ist immer auch ein Raum des Übergangs und ein Raum der Möglichkeiten. Und soweit ein solcher Raum überhaupt sichtbar werden kann, so am ehesten in dem, was Burgess die »Zone of Transition«, die Räume des Übergangs, genannt hat. Dabei handelt es sich um nicht modernisierte Altbauquartiere an den Rändern der Innenstadt, Burgess nennt sie City-Erwartungs-Gebiete, weil hier in Erwartung, dass sich der zentrale Geschäftsbezirk dorthin ausdehnen werde, die Eigentümer Investitionen unterlassen. Ein auf diese Weise heruntergewirtschaftetes Gebiet ist billig, es bietet viele leere Räume, und daher eignet es sich, um all das zu beherbergen, was in den

geordneten Räumen der Stadt keinen Platz findet: die Enklaven der Armen, der ethnischen Minderheiten, der noch nicht integrierten Zuwanderer, der Menschen mit nichtfamilialen Lebensformen, generell Menschen in Situationen des Übergangs. Das sind junge Menschen zwischen Jugend und Erwachsenensein, in Ausbildung oder Studium, in der Phase der Berufsorientierung, vor der Gründung einer Familie oder auch ältere nach deren Scheitern, alte Menschen zwischen Autonomie und Abhängigkeit, Transnationale, die hier und ganz woanders leben, Migranten zwischen zwei Kulturen, Arbeitslose und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die heute so gerne beschworene Kreativwirtschaft ist ein weites Feld für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nur dass ihre Angehörigen ihre objektiv prekäre Lage subjektiv zu einer gewollten Boheme verklären.

Die Räume des Übergangs sind Räume hoher Fluktuation. Dementsprechend schwach sind die sozialen Kontrollen. Dies wiederum bedingt überdurchschnittlich hohe Anteile an psychischen Erkrankungen, illegalen Aktivitäten und abweichenden Verhaltensweisen. Von diesen Räumen wird in den Reden der Stadtpolitiker selten gesprochen. Es sollte mehr davon die Rede sein, denn diese Räume sind nicht nur ein Auffangbecken für alles, was in der geordneten Stadt nicht gern gesehen ist. Sie sind

zugleich Räume für unausgegrenzte Ideen, Räume der Vielfalt, des Unangepassten, des Experimentierens, der Überraschungen, der Begegnung mit dem Fremden, kurz: Räume urbaner Kreativität.

Urbanität erschöpft sich nicht in Gewimmel, Straßencafés und vielfältigen Kulturangeboten. Urbanität entsteht auch nicht schon durch die Anhäufung von Annehmlichkeiten. Urbanität ist anstrengend. Die urbane Stadt gewährleistet auch jene Unübersichtlichkeit und Anonymität, in deren Schutz der brave Bürger seinen weniger reputierlichen Neigun-

Rotlichtviertels stark machen würde, wohl wenig Aussicht hätte, wiedergewählt zu werden. Wer eine urbane Stadt planen will, der muss für Sauberkeit, Sicherheit, Ordnung und eine funktionsfähige Infrastruktur sorgen, er muss das historische Erbe in der Stadt bewahren. Er muss auch versuchen, die sozialen Spaltungen abzubauen. Doch urbane Milieus planen zu wollen, wäre ein Widerspruch in sich. Man kann allenfalls Räume offen lassen, in denen sich urbane Qualitäten vielleicht entfalten. Solche Räume sind geschichtsträchtige Räume, Räume, die Überschüsse aufweisen, billige Räume und Räume mit geringer Regulungsdichte.

»Urbane Milieus planen zu wollen, wäre ein Widerspruch in sich. Man kann allenfalls Räume offen lassen, in denen sich urbane Qualitäten vielleicht entfalten.«

gen nachgehen kann, ohne gleich von Bekannten und der Polizei zur Ordnung gerufen zu werden. Urbanität ist mehr als Sitte und Ordnung. Zur urbanen Stadt gehören auch das Rotlichtviertel, die halb- und illegalen Aktivitäten der Schattenwirtschaft, die Stätten geheimer Wonnen und Lüste des Bürgers. Das sind oft schmutzige Orte, wo sich all das sammelt oder auch wohinein all das verdrängt wird, was in der geordneten Stadt nicht gern gesehen ist. Aber was wäre Hamburg ohne den Mythos von St. Pauli?

Eine Geschichte europäischer Urbanität wäre unvollständig ohne die Erzählungen vom Golem und von Jack the Ripper. Es gibt auch eine Nachtseite der Urbanität. Alfred Döblin hat sie in Berlin Alexanderplatz beschrieben. Zur urbanen Stadt gehört nicht nur der breite Boulevard, sondern auch das Labyrinth der Gassen, in dem man sich verirren kann.

Urbane Orte sind Spannungsorte:

- zwischen der Stadt als Heimat und als Dienstleistungsmaschine,
- zwischen physischer Nähe und sozialer Distanz,
- zwischen Geschichte und Gegenwart,
- zwischen rationaler Ordnung und labyrinthischem Chaos.

Deshalb kann man Urbanität nicht planen. Ganz abgesehen davon, dass ein Bürgermeister, der sich im Interesse der Urbanität für die Einrichtung eines besonders verruchten

Die Orte des Umbruchs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft bieten solche Räume, ebenso wie die Wohnquartiere, in denen die Integration von Einheimischen und Zuwanderern gelebt werden muss.

Aber der Planer sollte sich dabei bewusst bleiben, dass es zwei Archetypen der Stadt gibt: das heilige Jerusalem und das sündige Babel. Der Planer der urbanen Stadt wird alles daran setzen, Jerusalem zu bauen. Aber er wird auch zulassen, dass immer wieder Räume entstehen, für diejenigen, die anderswo nicht gelitten sind, und für die Nachtseiten des Urbanen. Denn Babel allein wäre keine lebenswerte Stadt, aber Jerusalem allein ebenso wenig. In Babel stürbe man an der Sünde, in Jerusalem müsste man an seiner Lebensführung nicht sterben, aber das gottgefällige Leben wäre wohl sterbenslangweilig.

Walter Siebel

ist Universitäts-
professor für

Soziologie mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Ingrid Breckner

Urbane Qualitäten im heterogenen Stadtwachstum

Insbesondere wachsende Städte stehen in Europa und auf anderen Kontinenten vor der schwierigen Herausforderung, Aspekte einer nachhaltigen Lebensqualität für Bewohner, Besucher und Beschäftigte sicherzustellen. Dies ist auch in Europa längst nicht nur ausschließlich eine Aufgabe für Stadtplaner und Architekten. Bürgergruppen mischen sich zunehmend in Stadtentwicklungsprozesse ein. Sie wollen mitgestalten, verfügen jedoch häufig nicht über das notwendige komplexe Wissen, um Folgen ihrer Gestaltungsabsichten abzuschätzen. Das Interesse an einem guten Leben in der Stadt wird nicht selten egoistisch betrachtet. Das Denken an andere Generationen, Einkommensgruppen oder Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen bleibt dabei mehrfach auf der Strecke. So wird es immer schwerer, sogar Einrichtungen der Kinderbetreuung in Wohngebieten zu verwirklichen, die gleichzeitig dringend benötigt werden, weil Eltern selten mit einem Einkommen den Lebensunterhalt für Familien bestreiten

können. Ein Verzicht auf die Einbindung der Bevölkerung in der Gestaltung urbaner Qualitäten ist dennoch keine Alternative: Stadt als ein lebendiges Gebilde setzt die Mitwirkung aller Kompetenzen auf der Seite von Fachleuten, politisch-administrativ Verantwortlichen sowie von den unterschiedlichen Stadtnutzern voraus. Die Frage ist nur, wie diese Mitwirkung in Zukunft organisiert und demokratisch legitimiert werden kann.

In der HafenCity in Hamburg zeigt sich seit den ersten Nutzungstagen ein ausgeprägter Pioniergeist mit sehr heterogenen Gestaltungsansprüchen, die durch die gesetzliche Planungsbeteiligung längst nicht mehr befriedigt werden können. Es ist jedoch nicht der Anspruch, dass der Wohlfahrtsstaat oder Vereine sich um die gewünschten Alltagsdinge kümmern. Vielmehr interessieren sich Wohnende und im Stadtteil Beschäftigte für eine funktionierende und lebendige Stadtstruktur, zu der sie auch selbst bereit sind, mit Gedan-

»Stadt als ein lebendiges Gebilde setzt die Mitwirkung aller Kompetenzen auf der Seite von Fachleuten, politisch-administrativ Verantwortlichen sowie von den unterschiedlichen Stadtnutzern voraus.«

ken und Taten beizutragen. Die Aktivitäten entfalten sich eher im Rahmen temporärer Projekte als in regulären Angeboten und werden bei hinreichender Mitwirkung auch von der HafenCity Hamburg GmbH unterstützt. Sie fragt bei Forderungen prinzipiell danach, was die Interessenten selbst dazu beitragen können. Die Menschen fühlen sich dadurch verantwortlich für ihr Umfeld, und Planungen werden auf breiterer Basis legitimiert. So konnten Konflikte um einen Sportplatz im Wohngebiet ebenso geregelt werden wie die Nutzungskonkurrenz im öffentlichen Raum mit den lärmverursachenden Skatern. Gleichzeitig lernen sich StadtnutzerInnen auf diese Weise kennen, mit ihren heterogenen Lebensstilen umzugehen, und entdecken so gegebenenfalls Schnittflächen für gemeinsames Handeln.

Ingrid Breckner
ist Universitäts-
professorin für
Stadt- und Regio-
nalsoziologie an der
HafenCity Universität
Hamburg.

Städte, die wachsen, müssen zwangsläufig lernen, mit Zuwanderung und Heterogenität umzugehen. Sie sind gewollt oder ungewollt »arrival spaces« (Saunders) für sehr unter-

schiedliche Menschen und tun gut daran, ihr Wissen über Bürger und Besucher jeweils aktuell zu halten, um auch deren sprachliche, berufliche und soziale Kompetenzen nutzen zu können. Im Bereich der Beteiligung von Zuwanderern an der Stadtentwicklung besteht in fast allen europäischen Wachstumsstädten noch erheblicher Nachholbedarf. Dies betrifft nicht nur das Ob, sondern auch das Wie der Beteiligung. Denn Zuwanderer trauen sich erst dann mitzuwirken, wenn sie sich wahrgenommen fühlen und Wertschätzung erfahren. Das geschieht kaum, weil sich die alltäglichen Begegnungsräume zwischen »Einheimischen« und Zuwanderern noch viel zu selten überschneiden.

Wenn man das Thema der »Wachsenden Stadt« behandelt, könnten diese beiden Aspekte zusammengeführt werden: neue Interessen an Beteiligung und die Einbeziehung der Fremden, die das Wohlergehen wachsender Städte vielfach ermöglichen und prägen.

Neuentwicklung, Bewahrung und Transformation **Thomas Titz**

Die Stadtregion Wien wächst. Wo und in welcher Form soll dieses Wachstum stattfinden? Auf welchen bislang unbebauten Flächen sollen neue Stadtteile entwickelt werden? Welche Gebiete – unbebaute wie auch bebaute – sollen in ihrer derzeitigen Form bewahrt werden? Und wie soll mit bebauten Gebieten umgegangen werden, für die aus gesamtregionaler Sicht eine Transformation wünschenswert ist?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird zunächst ein Überblick über das Angebot an entwickelbaren Flächen sowie eine Abschätzung der künftigen Nachfrage (Wohn- und Arbeitsbevölkerung, Nutzfläche) benötigt. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ist u. a. abhängig vom allgemeinen Wohlstandsniveau, der Ausgestaltung von Wohn(bau)-förderungen und den künftigen Rahmenbedingungen der Automobilnutzung. Die im Mittel beanspruchte Nutzfläche setzt sich dabei aus einem breiten Spektrum von Gebieten unterschiedlicher Dichte zusammen.

Bereits bei der Auswahl der Gebiete, für die eine Neuentwicklung erstrebenswert ist, ist es sinnvoll, ökonomische und planerische Kriterien zu kombinieren – man könnte auch sagen, die betriebswirtschaftliche durch eine umfassend volkswirtschaftliche Sichtweise zu ergänzen. Ein wichtiger Faktor sind die für ein bestimmtes Gebiet anfallenden Kosten für technische und soziale Infrastruktur; hierbei sind auch allfällige Kapazitätsreserven in benachbarten Gebieten zu berücksichtigen. Relevant ist weiters die Verfügbarkeit der Flächen, da Investitionen in Infrastruktur nicht über einen längeren Zeitraum ungenutzt bleiben sollten. Und schließlich (hier wird über den Bereich des zahlenmäßig einfach Erfassbaren hinausgegangen) ist zu berücksichtigen, inwieweit die Entwicklung eines Gebietes sich einerseits positiv oder negativ auf Nachbargebiete auswirkt, andererseits aber gerade diese Nachbargebiete die Entwicklung des neuen Gebietes unterstützen können.

Die Frage der Bewahrung bestimmter Gebiete in ihrer derzeitigen Form entzieht sich ebenfalls einer simplen ökonomischen Bewertung. Zwar erhöhen Grünanlagen im dicht bebauten Gebiet den Wert der benachbarten Baublöcke und sind insofern »effizient«; bereits hier spielen jedoch auch Verteilungsaspekte (Bereitstellung von Freiraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen) und ökologische Aspekte (z. B. Verbesserung des Kleinklimas) eine wichtige Rolle. Dies gilt in verstärktem Ausmaß für gesamtregional bedeutsame Grünräume wie den Wald- und Wiesen-gürtel; die Entscheidung, in welchem Ausmaß solche Flächen bewahrt oder neu bereitgestellt werden sollen, ist von der Gesamtbevölkerung zu treffen und insofern politisch. Ebenfalls politisch ist die Festlegung, dass bestimmte bebaute Gebiete (z. B. die Innere Stadt) in ihrer derzeitigen Form bewahrt werden sollen, weil sie entscheidend zur Identität der gesamten Stadtregion beitragen – und obwohl eine auf einzelne Bauplätze beschränkte betriebswirtschaftliche Logik auf Veränderung drängt.

Soll man eine derartige Logik immer beiseiteschieben? Viele der heute verbauten Gebiete entstanden nicht »in einem Guss« in ihrer heutigen Form, sondern wurden nach ihrer erstmaligen Besiedlung allmählich verdichtet. Derartige Transformationen beanspruchten oft Jahrhunderte (ausgelöst durch das langfristige Bevölkerungswachstum), manchmal nur Jahrzehnte (meist ausgelöst durch neue Verkehrsinfrastruktur). Solche Prozesse sind aus gesamtregionaler Sicht oft sinnvoll, bewirken jedoch im betreffenden Gebiet Übergangsprobleme, die sich prinzipiell auch ökonomisch ausdrücken lassen – die Bevölkerung eines solchen Gebietes verbindet mit dem Istzustand eine Wertschätzung, die typischerweise über den aggregierten Marktwert des Gebietes hinausgeht, und diese Extra-Wertschätzung bleibt bei einer bauplatzweise stattfindenden Transformation unberücksichtigt. Die planerische Herausforderung besteht einerseits darin, diese Fehleinschätzung des Marktes durch ein Verlangsamen des Änderungsprozesses auszugleichen, andererseits die Fälle, wo eine Transformation langfristig Sinn macht (»Kleingärten

an der U-Bahn«), von denen, wo sie nicht sinnvoll ist (»Innere Stadt«), zu unterscheiden.

Welche Rolle spielt die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung? Bei einer Neuentwicklung sind die am stärksten Betroffenen (die künftigen BewohnerInnen des Gebietes) zum großen Teil nicht bekannt, und ihre Interessen sind insoweit von der Stadtplanung (bei kleinräumigen Fragen auch vom Entwickler) wahrzunehmen. In der Regel sind auch die Interessen der Bevölkerung benachbarter Gebiete berührt, weswegen die Einbeziehung dieser Personen sinnvoll ist. (Klargestellt werden sollte allerdings, dass NachbarInnen kein Vetorecht gegen eine Neuentwicklung im Rahmen des Ortsüblichen besitzen.) Am bedeutsamsten erscheint die Rolle der Bevölkerung potenzieller Transformationsgebiete – ob ein Transformationsprozess Sinn macht oder nicht, kann nur durch das Ausloten der Interessen der Betroffenen festgestellt werden; eventuell sollte auch die Letztentscheidung über den Prozess bei ihnen liegen.

Thomas Titz
MA 21, Stadtteil-
planung und
Flächennutzung



Identität – Sinnlichkeit – Stadt-Ich **Volkmar Pamer**

Jeder Ort auf dieser Erde hat eine Identität – jeder. Manchmal ist sie manifest, manchmal kaum greifbar, aber in jedem Fall vorhanden. Stadtplanung ist – oder besser sollte – unter anderem auch der Umgang mit Identitäten sein, was aber selten der Fall ist. Ansonsten wäre es nicht möglich, dass viele Städte – im Speziellen die Wachstumszonen, die urbanen Epiphysen – sich bestenfalls darin unterscheiden, dass der Grad der Austauschbarkeit geringfügig differiert.

Die Identität der Städte reduziert sich zumeist auf Vergangenes und Gewesenes, und letztendlich identifizieren sich die Bewohner darüber. Zumindest in den schon lange – Jahrhunderte oder Jahrtausende – existierenden Siedlungszentren. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Identität immer im Kontext mit alten Gebäuden und Ensembles gesehen wird und ergo dessen der Schutz derselben oft quasireligiöse Züge annimmt. Was bis zu einem gewissen Grad verständlich ist. Dadurch, dass die Stadt sich dezitiert über vergangene Epochen definiert, wäre ja ein Verschwinden der alten Substanz auch gleichzeitig der Tod des Stadt-Ichs. Da man sich derart auf die Erhaltung dieses auf Vergangenheit aufgebauten Ichs konzentriert, denkt man nicht über die vielen anderen, versteckten Ichs, die eine Stadt naturgegebenermaßen hat, nach.

Dort, wo die Stadt sich erweitert, verdichtet, macht sie dies, als wären die neuen Teile lediglich Prothesen, die eigentlich nichts mit dem Organismus zu tun haben. Sie müssen funktionieren und werden daher nach streng rational-technischen Gesichtspunkten realisiert. Oftmals design-behübscht bleiben sie aber dennoch Prothesen, die nur helfen, dass die Stadt wachstumsbedingt nicht umfällt. Falls diese Teile dann doch eine Identität entwickeln sollten, dann vielleicht Jahrzehnte später, und dann vielleicht auch noch eine, derer man sich schämt.

Dadurch, dass Identität zumeist mit alten Gemäuern gleichgesetzt wird, bleibt kein Platz für Gedanken, was sie sonst noch sein könnte und wel-



che Basis sie für eine weitere Entwicklung darstellt. Der richtige Umgang stellt die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dar, sie ist einer der Schlüssel für Unverwechselbarkeit, sie ist die Opportunität einer neuen Identifikation. Das Stadt-Ich, das sich verändert und dennoch Ich bleibt, ist die Herausforderung der Stadtplanung, also die richtige Interaktion mit den vorhandenen Unverwechselbarkeiten und deren Transformationen.

Eine Stadt, ein Ort – obwohl Topos – ist mehr als Gebäude und der Raum dazwischen. Verschiedenste Parameter – sichtbar, fühlbar, riechbar, schmeckbar – prägen die Sinnlichkeit des Ortes, das Fundament des Stadt-Ichs. Die (wachsende) Stadt braucht diese Sinnlichkeit, um als selbstbewusster Organismus überleben zu können und um nicht als entemotionalisierte, artifizielle Massenware zu enden.

Es geht hier nicht um nicht klar erfassbare, rein subjektive Gefühlswelten, sondern um Faktoren, die den Ort prägen und ihm so seine – durchaus allgemein fassbare – Emotion geben. Natürlich die erwähnten – bereits oft lange existierenden – Objekte, Straßen, Plätze; sie sind prägende Elemente, aber auch Parzellenstrukturen, Pflanzen, Wasser, Verkehrsmittel, Silhouetten, Vergänglichkeiten wie Düfte und Geräusche, Werbeflächen und so weiter. Diese »Existenten« formen den Raum in seiner physisch-emotionalen Ganzheitlichkeit und ergo dessen ist es relevant, sie zu fassen, um einer weiterführenden Planung Rückhalt zu geben.

Die Planer müssen sich grundsätzlich mit diesen Sinnlichkeiten auseinandersetzen, ein Stadtentwicklungsplan kann und darf sich nicht auf Zahlen und Prognosen – auf technische und demoskopische Parameter – reduzieren. Das Erfassen des »Was macht den Ort?« ist Grundlage einer – auch – emotionalen Nachhaltigkeit. Diese Auseinandersetzung schränkt nicht ein, sie eröffnet vielmehr neue Möglichkeiten. Neue Identitäten können geschaffen werden, neue Horizonte eröffnet, aus

schwachen oder negativen Identitäten können starke, prägende werden, aus vernachlässigten Orten prosperierende, aus langweiligen Neugierde weckende. Eine Stadt braucht eine Landkarte der Identitäten – ohne die ein Wachsen und/oder eine Transformation immer die Gefahr der Zweitklassigkeit in sich birgt. Soll das Stadt-Ich in seiner Gesamtheit selbstsicher sein und werden und können die einzelnen Orte, Bereiche, Bezirke sich gegenüber überstarken Identitäten des Althergebrachten auch in der wachsenden Stadt behaupten, dann ist es an den Planern mit den Identitäten zu arbeiten, um ein positives, zukünftiges, kulturelles Erbe zu gestalten.

Volkmar Pamer
MA 21, Stadtteil-
planung und
Flächennutzung





Transformation und öffentliche Räume



Öffentliche Räume im Zentrum von Entwicklungsprozessen

Der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel stellt die Stadt des 21. Jahrhunderts vor die Herausforderung einer zunehmenden sozialräumlichen Ausdifferenzierung ihrer Gesellschaft. Ungleichbehandlung am Arbeits- und Wohnmarkt und der Rückzug des Sozialstaates haben zunehmende Armut und soziale Ausgrenzung zur Folge. Zusätzlich drängen Gentrifizierungsprozesse die marginalisierten Bevölkerungsgruppen in immer stärkerem Ausmaß in die Problemgebiete mit unzureichender städtischer Infrastruktur und schlechter Wohnbausubstanz. Nach Alexander Hamedinger sind diese Prozesse der sozialräumlichen Polarisierung in Wien weniger intensiv als in vergleichbaren Großstädten, doch auch hier findet man sozial benachteiligte Stadtteile, die in besonderem Maße durch die Konzentration von Zuwanderungsethnieen geprägt sind.

Wien verändert sich, und alle Konsequenzen dieser Transformationsprozesse sind im öffentlichen Raum ablesbar. Mit dem gesellschaftlichen Wandel, der Heterogenisierung und Individualisierung der Gesellschaft, der Milieus und Lebensstile verändern sich auch die Nutzungsanforderungen an den öffentlichen Raum, so Wencke Hertzsch in ihrem Beitrag. Welche Auswirkungen hat dies für den planerischen Umgang mit dem öffentlichen Raum der Stadt? Wie kann im öffentlichen Raum und aus ihm heraus Neues entstehen, das wiederum in das gesamte Grätzel zurückfließt?

Transformation als sozialer und kultureller Prozess

Öffentliche Räume materialisieren gesellschaftliche Veränderungen und sind damit per se in ständiger Transformation begriffen. Das soziale Spektrum erweitert sich, Lebensstile werden ausdifferenziert, die Anforderungen an Nutzung, Gestalt und Gebrauch öffentlicher Räume immer vielfältiger und komplexer. Darüber hinaus haben Faktoren wie politische Ziele, Stadtmarketing, Kultur, Imagebildung und Sicherheit immanenten und direkten Einfluss auf die öffentlichen Räume einer

Stadt. Die Transformation dieser Räume findet dabei immer auf zwei Ebenen statt: in der Veränderung ihrer physischen Gestalt und in ihrem Gebrauch. Daraus folgt, dass Transformation immer auch als sozialer und kultureller Prozess zu begreifen ist.

Öffentliche Räume als Lernfelder

Die Diskussion um die öffentlichen Räume ist präsenter denn je. Politik, Verwaltung, PlanerInnen und ArchitektInnen, ForscherInnen in raum- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen machen den Diskurs um Gegenwart und Zukunft der öffentlichen Räume oder, wie Sabine Knierbein dies in einem erweiterten Raumverständnis zum Ausdruck bringt, machen die Zukunft der Gesellschaft zum Gegenstand einer tiefgreifenden planungs- und stadtkulturellen Auseinandersetzung. Öffentliche Räume sollen als Lernfelder verstanden werden und die Schnittstelle zwischen den Disziplinen und AkteurInnen herstellen, wie auch Sabine Knierbein schreibt.

Schärfung des Bewusstseins für den öffentlichen Raum

Die Ansprüche und Anforderungen an Nutzung und Nutzbarkeit, an Funktion und Gebrauch, an Gestalt und Materialität öffentlicher Räume sind höchst unterschiedlich. Doch was wissen wir eigentlich von den öffentlichen Räumen? Was wissen wir von den Menschen und deren Erwartungen, Wünschen und Bedarf an die öffentlichen Räume der Stadt, eines Quartiers, einer Nachbarschaft? Meist ist das Wissen über die NutzerInnen, über die Co-ProduzentInnen der öffentlichen Räume nur marginal ausgeprägt. Lange Zeit stützte man sich auf das Wissen aus Statistiken; diese Daten sagen aber nichts über den Alltagsgebrauch von öffentlichen Räumen aus. Sie beziehen sich auf den Wohnort, nicht auf den Raum „dazwischen“, der fast exterritoriale Züge trägt. So bedarf es einer Veränderung in der Logik, um sich von statistischen Erhebungen und darauf basierenden Untersuchungen weg hin zu anderen Modellen zu bewegen, etwa um Funktionszusammenhänge abzubilden.

Eine Wissensbasis hinsichtlich des Bedarfs und der Erwartungen muss geschaffen und Schnittstellen zur Verständigung und Kommunikation innerhalb der Verwaltung, zur lokalen Politik, zwischen den AkteurInnen und den BürgerInnen erzeugt werden. Um den öffentlichen Raum zu verstehen, müssen wir lernen, ihn zu lesen und zu interpretieren. Gerade der Umgang mit Vielfalt und Integration erfordert die Schärfung des Bewusstseins für die spezifischen Werte und Eigenarten, für die besonderen Potenziale und Ressourcen des Raumes. All dies erfordert die Auseinandersetzung mit den Menschen vor Ort und bedingt die kreative Auseinandersetzung mit Entwicklungs- und Gestaltungsaufgaben. Es geht damit um weit mehr, als nur um die ästhetische Qualität einer physischen Gestalt, um Oberflächenbeläge oder Mobiliar. Qualität im öffentlichen Raum entsteht kleinteilig im Prozess. Auch mittels temporärer Aktionen, punktueller Interventionen und Interaktionen, die dazu geeignet sind, den öffentlichen Raum (wieder) in das Bewusstsein der städtischen Gesellschaft zu rücken.

Öffentlicher Raum voraus!

Ab welchem Zeitpunkt nimmt die Entwicklung und Gestaltung der öffentlichen Räume Einfluss auf die Planung? Bei Neuplanungen stehen die öffentlichen Räume oft erst am Ende der Entwicklungskette. Aber sind es nicht gerade die öffentlichen Räume, die aus der Ansammlung von (Wohn-)Bauten erst urbane Stadtquartiere entstehen lassen und die zum Impuls, zur Bühne und zum Bezugsraum des öffentlichen Lebens werden? Es bedarf eines grundlegenden Umdenkens. Öffentliche Räume entstehen erst durch ihren Gebrauch, sie erhalten ihre Bestimmung durch die Menschen, die sie nutzen: als Räume des Aufenthalts und der Begegnung, als Orte der Präsentation und der Repräsentation, als Räume der Bewegung und des Transports. Insbesondere im Rahmen der Standort- und Flächenentwicklung muss die Entwicklung der öffentlichen Räume eine wichtige strategische Rolle einnehmen. Sie werden zum Rückgrat offener Entwicklungsprozesse. Ihre Struktur, ihre

Gestaltung und ihr Gebrauch müssen sich daher stets zwischen dauerhaften und temporären, also wandelbaren, Lösungen bewegen. Damit werden sie selbst einem dynamischen Wandlungsprozess ausgesetzt sein, für den es in erster Linie darauf ankommt, strategische Antworten zu finden. Und damit werden Fragen aufgeworfen, auf die es im Rahmen einer vorausschauenden und befähigenden Planung Antworten zu finden gilt. Die Erfahrungen zeigen, dass es dazu eines Prozesses des »Ermöglichens« bedarf. Die öffentlichen Räume verstehen sich als solche Möglichkeitsräume räumlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozesse.

Ist es möglich, die öffentlichen Räume als konstituierendes Element für jegliche Auseinandersetzung zu etablieren? Damit dies gelingt, muss der Umgang mit den öffentlichen Räumen zu einem zentralen Handlungsfeld des neuen Stadtentwicklungsplanes werden! (IFOER)



»Öffentlicher Raum ist per se Transformation und materialisiert gesellschaftliche Veränderungen. Der soziale Wandel, die ökonomische, soziale, kulturelle Segregation und Verschiebungen haben immanenten und direkten Einfluss auf die Nutzung der öffentlichen Räume einer Stadt.«





»Die Bevölkerung und ihre Ansprüche an die öffentlichen Räume werden zunehmend heterogen. Um so mehr braucht es den Dialog und die Schnittstellen innerhalb der Verwaltung, zur lokalen Politik, zwischen den AkteurInnen und den BürgerInnen.«

Investoren als gesellschaftliche Ressource einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung

Philippe Cabane

Eine aus soziologischer Sicht nachhaltige städtebauliche Entwicklung hängt wesentlich davon ab, nach welchen Grundsätzen die Bewirtschaftung der Liegenschaften durch ihre Eigentümer erfolgt. Vielfalt kann nur dann entstehen, wenn auch unterschiedliche Anlagestrategien von Seiten unterschiedlicher Investoren möglich werden. Eine Aufgabe des Städtebaus müsste demnach darin bestehen, differenzierte Angebote von Investitionsmöglichkeiten zu schaffen und die Entwicklung durch Vergabeverfahren zu steuern, die den Investoren mit nachhaltigen Bewirtschaftungskonzepten den Vorzug geben.

Die breite Meinung über die Rolle der Soziologie in der städtebaulichen Entwicklung folgt der Vorstellung, dass sie sich in erster Linie auf die »Betroffenen« von wirtschafts-, sozial- oder kulturpolitischen Planungsentscheidungen konzentriert. Diesem Verständnis zufolge ermittelt die Soziologie Bedürfnisse und schätzt Folgen von städtebaulichen Entwicklungen auf die Betroffenen ab. Auf diesen Grundlagen entscheidet die planende Behörde, für welche Bedürfnisse Stadt physisch »entworfen« werden soll. Schließlich wird der Entwurf an die Architekten und Ingenieure übertragen, die sich in ihrem beruflichen Selbstverständnis als Motoren einer Modernisierung verstehen. Die kulturwissenschaftlich geprägten Disziplinen dagegen nehmen in der planerischen Praxis eine eher defensive und bewahrende Rolle ein oder verstricken sich in sozialutopischer Naivität in bildhaften Vorstellungen einer sozial besseren (= gerechteren) Stadt.

Die »Betroffenen« als Ressource des Wandels

Eine ganz andere Betrachtungsweise fokussiert nicht auf die Betroffenen, sondern auf die Betroffenen der Stadtentwicklung. Ein erster zarter Versuch, Betroffene zu Betroffenen zu machen, besteht wohl in den partizipativen Ansätzen der Planung. Die Bevölkerung wird mit Hilfe von Partizipationsinstrumenten in Leitbildentwicklungen oder Bauleitplanungen eingebunden, um sowohl ihre Bedürfnisse zu ermitteln als auch das Selbstverständnis der Bürger und Bürgerinnen zu stärken, dass sie eine aktive Rolle in der Stadtentwicklung einnehmen. Entsprechend ist Partizipation an Planungsentscheidungen auch expliziter Bestandteil der lokalen Agenda 21. Mag sein, dass sich durch bessere Partizipation Pleiten wie Stuttgart 21 verhindern lassen. Dennoch bleiben der Partizipation an Planungsentscheidungen wertvolle menschliche Ressourcen

verborgen, die für die nachhaltige Entwicklung der Städte von erstrangiger Bedeutung sind. Gemeint sind Menschen als konkret im urbanen Raum handelnde und auf dessen Entwicklung wirkende Kräfte. Neben monetären Ressourcen investieren sie auch humanes Kapital und schaffen damit ein spezifisches Milieu. Gerade dieses Spezifische und Individuelle entsteht durch persönliches Engagement einer aktiven Bevölkerung für ihr städtisches Umfeld, egal ob die Motive wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Natur sind. Damit stellt sich eine wichtige praktische Frage: Wie können in städtebaulichen Entwurfsprozessen bestimmte für die Entwicklung relevante Zielgruppen etabliert werden und wie lassen sich diese Qualitäten auch langfristig sichern?

Investorenstruktur als möglicher Schlüssel zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Städtebauliche Verfahren zielen darauf ab, die baurechtlichen Bedingungen so festzulegen, dass ein Landeigentümer über die nötige Rechtssicherheit für die Planung eines konkreten Bauprojekts verfügt. In der städtebaulichen Praxis führt dies selbstredend dazu, dass diejenigen Bereiche als verbindliche Rahmenbedingungen festgelegt werden, welche die Attraktivität für Investoren verbessern. Das sind insbesondere Grün- und Freiflächen, die Art und das Maß der Nutzung sowie die Festlegung der Bauweise als architektonisch-städtebauliches Prinzip. Bei sozialen Zielsetzungen wird alles schon viel komplizierter. Natürlich werden im Städtebau auch soziale oder kulturelle Einrichtungen konzipiert. Eine befriedigende soziale Durchmischung lässt sich dagegen nur schwer in Bebauungsplänen verordnen.

Ein möglicher Lösungsansatz liegt darin, die Qualität von Durchmischung durch die Durchmischung der Investoren als Schlüsselakteure zu suchen. Denn Investor ist nicht gleich Investor. Lokale Investoren verhalten sich anders als ein internationaler Immobilienfonds. Kleine Investoren wie Baugruppen oder Hausgenossenschaften wirken sich anders auf die Stadt aus als die großen Genossenschaften. Im Rahmen eines städtebaulichen Entwurfs öffnet sich damit der Blick auf ein heute wenig explizit formuliertes Steuerungsinstrument, das über eine Festlegung der Investitionsvolumen wesentlich auch die spätere Entwicklung des entsprechenden Stadtteils zu beeinflussen vermag.

Das typische Programm in städtebaulichen Konzepten legt in der Regel gleich große In-

vestitionspakete fest, die für einen »Standardinvestoren« dem wirtschaftlichen Optimum entspricht. Konkret bewegen sich die ausgewiesenen Pakete in Größenordnungen zwischen 30 Millionen und 80 Millionen Euro. Die Festlegung solcher Investitionspakete bevorzugt einen Typus von Investoren, der dem Prinzip nach nicht nur ähnliche Marktsegmente favorisiert, sondern auch nach ähnlichen Bewirtschaftungsgrundsätzen operiert. Eine Immobilienbewirtschaftung unterscheidet sich in Bezug auf den Anonymitätsgrad darin, wie groß die bewirtschafteten Pakete sind. Die Verwaltung und damit auch das nach außen sichtbare soziale Milieu eines Wohnkomplexes mit 200 Wohnungen unterscheidet sich deutlich vom Charakter eines gründerzeitlichen Stadtteils mit Liegenschaften, die um den Faktor 10 kleiner sind. An Stelle eines Eigentümers mit einer zentralisierten Immobilienbewirtschaftung treten in gründerzeitlichen Beispielen eine Vielzahl von Eigentümern mit jeweils individueller Bewirtschaftungskultur. Während der eine das »laissez-faire« favorisiert, die Mieten günstig hält und damit den Mietern mehr Spielraum in der Gestaltung ihres Umfelds lässt, bestimmt der andere den Charakter seiner Liegenschaft bis zu den Geranien auf den Balkonen. Gerade in diesen gesellschaftlichen Spannungsfeldern liegt die viel gelobte Qualität des gründerzeitlichen Städtebaus. Der Blockrand mag vielleicht ein Merkmal sein, doch die eigentlichen Qualitäten liegen in dessen Parzellierung, die sich in der urbanen Praxis als ein Konglomerat von unterschiedlichsten Bewirtschaftungskulturen der verschiedenen Eigentümer darstellt. Dieser Qualität steht die heutige städtebauliche Praxis entgegen, die zwar Individualität suggeriert, sich mit der behaupteten gesellschaftlichen Vielfalt aber sehr schwer tut. Nach außen hin wird Individualität durch unterschiedliche Architekturen oder individualisierte Grundrisse suggeriert. Doch faktisch entstehen weitgehend homogenere Standards und ebenso homogene Bevölkerungssegmente als Folge einer eindimensionalen Investorenstruktur.

Steuerungsinstrument Parzellenstruktur und Investitionsvolumen

Städtebauliches Entwerfen besteht wesentlich in der Festlegung von Gebäudevolumen sowie der damit verbundenen Parzellierung. Und genau hier kann die Soziologie auch innerhalb des städtebaulichen Entwurfsformates einwirken, indem sie sich von substanziellen Festlegungen gesellschaftlicher Randbedingungen emanzipiert und sich auf das Festlegen von



differenzierten räumlichen Angeboten konzentriert, wo sich auch verschiedene Stakeholder mit unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen entfalten können. Konkret bedeutet dies, dass Durchmischung nur erzielt werden kann, wenn auch die Investitionsvolumen so differenziert werden, dass unterschiedliche Investoren mit unterschiedlichen »Kundschaften« agieren können.

Es gibt bereits Vorbilder, die äußerst gut funktionieren. So wurde der rund 5000 Einwohner zählende Stadtteil Vauban in Freiburg im Breisgau sehr erfolgreich nach diesem Prinzip entwickelt. Trotzdem machte dieses Beispiel bisher nur wenig Schule. Vielleicht lag es am etwas popeligen Charakter der Architekturen. Vielleicht lag es aber auch an der starken Positionierung der Interessenlagen der planenden Schlüsselakteure. Denn der Planung liegt ein logischer innerer Trend zugrunde, dass vor allem aus Kostengründen eine möglichst einfache und zentralisierte Steuerung favorisiert wird, was zum theoretischen Ideal führt, sich mit möglichst wenig Partnern auseinanderzusetzen.

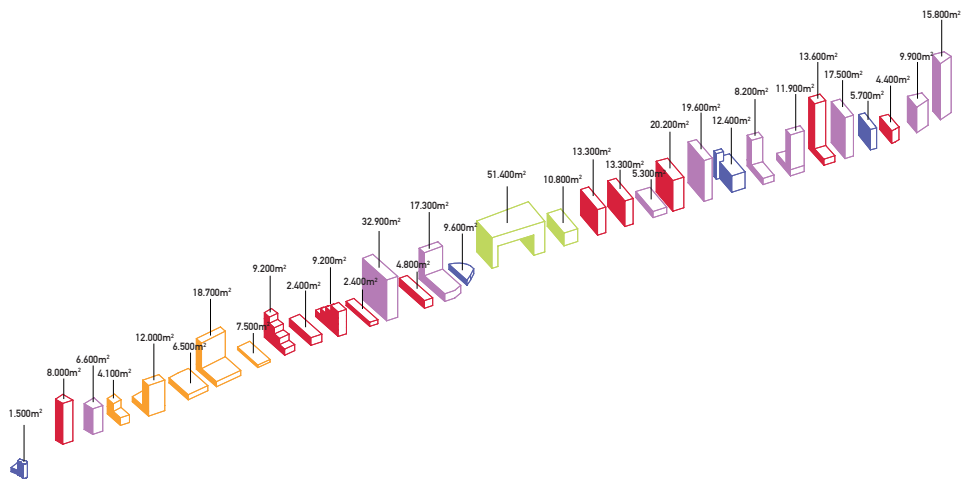
Ein jüngerer Beispiel ist die Hafenentwicklung in Basel, wo das Team MVRDV / Cabane / Josephy im Rahmen eines Testplanungsverfahrens die Bebauungsstruktur und Investitionsvolumen bewusst differenziert organisiert haben. Mit dem Konzept einer schmalen und dicht bebauten Rheininsel wurde ein städtebauliches Muster vorgelegt, das Parzellen für unterschiedlichste Investorengruppen mit

entsprechend unterschiedlichen Bewirtschaftungskulturen anbietet. Ausgangspunkt bildet hierbei eine Barcode-Parzellierung von zwar ähnlich großen Parzellen, deren bauliche Dichte sich von Parzelle zu Parzelle unterscheidet. So kommt eine Hochhausscheibe für ein internationales Investment von über 100 Millionen Euro unmittelbar neben einem kleineren privaten Investment von vielleicht 2 bis 5 Millionen Euro zu stehen. Damit wird nicht die Kleinteiligkeit als städtebauliches Prinzip favorisiert, sondern die Durchmischung kleiner, lokal verankerter Investitionen mit eher anonymen internationalen oder institutionellen Investoren. Da Ansätze dieser Art nicht vorgängig von den Veranstaltern festgelegt waren, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt noch offen, ob der Kanton Basel-Stadt und die Schweizerischen Rheinhäfen eine solche Strategie wählen werden oder nicht. Aber immerhin wurde ein städtebauliches Muster vorgelegt, das nicht schon im voraus ein »Aufmischen« der üblichen Investorenstruktur durch kleinere und lokal orientierte Investoren verunmöglicht.

Erfolgsfaktor Vergabeverfahren

Natürlich kann mit der Parzellierung und entsprechender Körnung der Volumen zuerst einmal nur eine Möglichkeit geschaffen werden, dass mit der Ansiedlung von unterschiedlichen Investorentypen auch ein entsprechender sozialer Mix erreicht wird. Zumindest wird mit differenzierten städtebaulichen Strukturen ein differenzieller Ansatz nicht schon im Keim erstickt. Eine städtebaulich nachhaltige Entwicklung bedarf – so die hier vertretene These – eines klaren Konzepts, das Investoren typolo-

Abb. oben links und rechts:
MVRDV / Cabane / Josephy



Gebäudevolumen: Nutzung und BGF: gesamt : 401.500 m2

■ kulturelle Nutzung, Umnutzung ■ Universität
■ Wohnen ■ Büro, Wohnen, (Hotel) ■ Freizeit, Sport, Bildung

logisch nach ihrer Wirkung auf die Entwicklung unterscheidet, um dann festzulegen, wer in welcher Phase der städtebaulichen Entwicklung als Schlüsselakteur der Entwicklung favorisiert werden soll.

Damit kommt den Vergabeverfahren für die einzelnen Liegenschaften eine erstrangige Bedeutung zu. Da die öffentliche Hand als Eigentümerin Parzellen in Erbpacht oder Verkauf an Investoren vergibt, gilt es, entsprechend gezielte Vergabeverfahren zu etablieren, wo die Vergabe einer Bauparzelle nicht ausschließlich vom angebotenen Preis abhängt, sondern auch die möglichen Effekte des Projektes auf die nachhaltige Entwicklung der Stadt als Kriterium einbezieht. Gerade in Städten, wo die Nachfrage nach Investitionen größer als die verfügbaren Flächen ist, bietet sich die Chance, die Konkurrenz unter Entwicklern auszunutzen, um über wettbewerbsähnliche Verfahren auch inhaltliche Konzepte zu suchen, von denen eine gesellschaftliche und damit urbane Relevanz ausgeht.

Ein Beispiel, wo dies in die Praxis umgesetzt wurde, war die Vergabe von Parzellen rund um die Blumenmarkthalle beim jüdischen Museum in Berlins südlicher Friedrichsstadt. Basierend auf einem Entwicklungsleitbild für ein Kunst- und Kreativquartier wurden vom Berliner Liegenschaftsfonds trotz formellem Bieterverfahren Investoren ausgewählt, die weniger Geld, dafür aber mehr stadtentwicklungsrelevante Inhalte anboten. Leider sind solche Entscheidungen auch in Berlin nicht durch klar geregelte

Verfahren gesteuert und bleiben somit weitgehend von der tagespolitischen Form der Entscheidungsinstanzen abhängig.

Wenn eine nachhaltige Stadtentwicklung wesentlich davon abhängt, wer die Liegenschaften besitzt und wie nachhaltig diese bewirtschaftet werden, so gilt es, entsprechende Verfahren für die Vergabe von Bauparzellen zu entwickeln, die ähnlich formalisiert sind, wie dies im Städtebau schon bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen durch städtebauliche Wettbewerbe der Fall ist. Hier wurde erreicht, dass die Vergabe von Dienstleistungsaufträgen an die architektonische bzw. gestalterische Qualität gekoppelt ist. Es wäre also nur logisch, auch die Vergabe von Bauparzellen an Qualitäten zu knüpfen, mit denen eine nachhaltige Entwicklung der Städte erzielt werden kann. Denn Städte können sich nur nachhaltig entwickeln, wenn die Schlüsselakteure auch nachhaltige Bewirtschaftungsformen verfolgen. Dass hier ganz unterschiedliche Ansätze und Vorstellungen von Nachhaltigkeit durchmischt werden müssen, sollte selbst als Nachhaltigkeitskriterium eingeführt werden. Denn Eindeutigkeit steht im Widerspruch zu Urbanität. Städte leben von Diversität und damit auch von diversifizierten Formen nachhaltiger Bewirtschaftung. Nur so können die Städte selbst zu einem Laboratorium werden, wo Experimente Platz haben, die in Bezug auf ihre natürliche, gebaute und auch soziale Umwelt Nachhaltigkeit generieren.

Philippe Cabane
 ist Soziologe,
 Philosoph, Geograf
 und Städtebauer und
 arbeitet als Projektent-
 wickler in Basel.

Reflexion und Handlung in öffentlichen Räumen

Vernetzung der Wissensfelder im Alltäglichen

»Öffentliche Räume stellen auch für Fachleute ein nicht zu unterschätzendes Lernfeld dar, wo sie erworbenes Wissen testen, Methoden überprüfen, neue Trends dechiffrieren und alte Hüte ablegen können.«

Stadt wird von vielen KollegInnen und ExpertInnen in Fachressorts, die unterschiedlicher nicht sein könnten, als analytisches Eingangsfenster betrachtet, um die soziale Welt zu verstehen. In diesem Fenster kann man unter dem Brennglas betrachtet noch ein zweites, kleineres Fenster erkennen, in dem Mechanismen, Mentalitäten, Struktur und Handlung, aber auch Aktion und Reflexion kulminieren: Dies sind die öffentlichen Räume, verstanden als Gesamtheit der Orte, an denen sich öffentliches Leben entfaltet.¹

Auf diese Räume richtet sich das Interesse der Forschung zu neuen Wegen der kapitalistischen Wertschöpfung innerhalb der Restrukturierung von Wirtschaftskreisläufen, zu den Risiken der Durchsetzung politischer Hegemonien, aber auch zu neuen Potenzialen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und der Sozialisierung – etwa hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und aufblühen-

der Kulturen. In der Erforschung öffentlicher Räume treten Raumdimensionen zutage, die sich auch in raumtheoretischen Ansätzen wieder finden: Hier werden Städte und öffentliche Räume weniger als gebaute Objekte verstanden, sondern zunehmend als Ausdruck der global überformten und mit Lokalkolorit sedimentierenden soziohistorischen Urbanisierung interpretiert. Kurz: Sie sind Prozesse, und bilden daher stets den sozialen Wandel und gesellschaftliche Relationen ab. Schubert spricht von einem integrierten Raumverständnis, das das Soziale nicht dem Physischen gegenüberstellt, sondern soziales Leben und die physischen Ausprägungen desselben als zwei Seiten derselben Medaille versteht.² Raum ist daher nicht Fotokopie von Gesellschaft, nein: Raum ist Gesellschaft.³

In der Universität findet man Studien zu öffentlichen Räumen in kritischer Geografie, Landschaftsarchitektur, Stadtplanung, Anthro-

¹ Madanipour, Ali: Public and Private Spaces of the City. London: Routledge, 2003
Madanipour, Ali Whose public space? In: Madanipour, A, ed. Whose Public Space? International case studies in urban design and development. London: Routledge, 2010

² Schubert, Herbert: Städtischer Raum und Verhalten: Zu einer integrierten Theorie des öffentlichen Raumes. Leske + Budrich Verlag, 2000

³ vgl. Castells, Manuel: *The rise of network society. The information age. Economy. Society. Culture.* Malden, Oxford. Blackwell Publishers. 1996, S. 410

⁴ Knierbein, Sabine: *Die Produktion zentraler öffentlicher Räume in der Aufmerksamkeitsökonomie.* VS Verlag. Wiesbaden, 2010

⁵ Selle, Klaus: *Was ist los mit den Öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte.* AGB Bericht No.49, 2. erweiterte Auflage, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2003

⁶ Berding, Ulrich, Perenthaler, Bettina und Selle, Klaus: *Hybride Räume. Akteure und Regulierung in öffentlich nutzbaren Räumen.* In: *Urban Design 1. Standpunkte und Projekte*, München 2005, S. 19 - 25

⁷ Madanipour, Ali: *Knowledge Economy and the City.* London: Routledge, 2011

pologie, Ethnologie, Soziologie, in der Politikwissenschaft, den Kulturwissenschaften, der Architektur sowie in der Bildenden Kunst, um nur einige zu nennen. In anderen staatlichen Institutionen, so etwa in den Ressorts städtischer Verwaltungen, werden öffentliche Räume nicht allein in den Grünflächen-, Bau- und Verkehrsressorts, sondern zunehmend auch in den Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsressorts behandelt.⁴ Im Falle Wiens stellen darüber hinaus die Bereiche Stadtentwicklung sowie Wohnungsbau maßgebliche Weichen für die Entwicklung städtischer Freiräume, die oftmals objekthaft geplant den öffentlichen Räumen gleichgesetzt werden. Hier scheiden sich allerdings die raumtheoretischen Geister in der Wissenschaft, denn was für den einen eine öffentlich nutzbare Stadtmorphologie oder »öffentlich nutzbarer Raum«⁵ ist, ist für den anderen hybrid⁶ und für dritte - wie zuvor beschrieben - allein dann ein öffentlicher Raum, wenn sich hier öffentliches Leben zu entfalten vermag. Denn wie kann einem öffentlich zugänglichen Stadtplatz, einem Park das Öffentliche eingeschrieben sein, wenn sich dort nicht lebendige Sozialräume mit all ihren Chancen und Dilemmata entfalten? Es ist eine größere Differenzierung im Sprachgebrauch auch in der Praxis vonnöten, denn wo die einen sich öffentliche Räume wünschen, sprechen die anderen von jenen Räumen, an denen tatsächlich öffentliches Leben entsteht.

Die objekthafte Containerraumskizze eines »leeren« öffentlichen Raumes entzieht diesem zwei seiner wichtigsten Dimensionen: die Menschen und die Zeit. Letztere ist das Fundament für den Prozessgedanken. Versteht man also öffentliche Räume als relationale Räume wie oben beschrieben, dann sind die Projekte und Objekte allein bauliche Momentaufnahmen, quasi in Stahl gegossene und Stein gemauerte Schnappschüsse eben dieser Prozesse in ihrer kontextspezifischen Vielseitigkeit. Objekthafte Ansätze, öffentliche Räume zu begreifen, sind daher aus raumtheoretischer Sicht statische Verkürzungen. Denken wir »das Soziale« und »das Gebaute« in einer Dimension zusammen, so ist auch ein gebauter Platz eine materielle Manifestation des sozialen Lebens, ein fließender Prozess.

Perspektivenvielfalt und Methodenreichtum in der Erforschung öffentlicher Räume stellen einerseits eine Krux für die fast unmögliche penible Erforschung eines nicht klar umreißbaren Gegenstandes, andererseits eine Chance

für die akademische Erkenntnisgewinnung dar. Denn bei der Erforschung öffentlicher Räume ist es möglich, Wissen aus verschiedensten gesellschaftlichen Feldern zu gewinnen, es aufzubereiten und zu bündeln. Wir stehen damit allerdings erst am Anfang, denn besonders Planer und Architektinnen sehen die öffentlichen Räume oftmals allein als Orte, wo sie mittels Interventionen und Strategien ihr Expertenwissen fachgerecht partizipativ in die Stadtgesellschaft spielen können. Diese Auffassung greift aber zu kurz, weil sie einseitig ist. Denn öffentliche Räume stellen auch für Fachleute ein nicht zu unterschätzendes Lernfeld dar, wo sie erworbenes Wissen testen, Methoden überprüfen, neue Trends dechiffrieren und alte Hüte ablegen können. Denn versteht man öffentliche Räume als soziohistorische Prozesse, dann liegt es nahe, die qualitativen Veränderungen in der Stadtgesellschaft - neue Ansprüche seitens der Stadtbewohner, veränderte Lebensweisen, aber auch die Überformung alter Bräuche und Traditionen etwa - hier wie unter dem Brennglas zu betrachten. Das eigene gestalterische und planerische Wirken kann und muss hier kontextspezifisch auf den Ort übertragen werden, an den Sozialraum angepasst werden. In dieser räumlichen und kulturellen Transferleistung aber liegt bereits eine Lernmöglichkeit der Planenden und Gestaltenden begründet, denn den Kontext gilt es zunächst verstehen zu lernen. Dies erfordert Sensibilität im Umgang mit lokalen Gruppen und Akteuren, mit den Menschen, die Interesse an der Entwicklung des Ortes haben oder hier eine Verortung entwickeln könnten.

Generell vernachlässigt wurde bisher in den Debatten um öffentliche Räume auch eine Fragestellung, die mit dem Aufkommen der Wissensökonomie der Stadt⁷ eine neue Bedeutung erlangen wird: Die Möglichkeit, verschiedene Wissensfelder jenseits fest vorgezimmelter Fachdiskurse niederschwellig miteinander zu verbinden, da Wissensaustausch hier nicht allein die mentale Raumproduktion (etwa Konzepte und Strategien der Planung) in der gedanklich abstrakten Reflexion umfasst, sondern den gelebten Raum (mit allen Bedeutungszuschreibungen durch Bewohner und Besucher) ebenso auf der Handlungsebene betrifft. Denn öffentliche Räume stellen eine ungezwungene Sphäre ungeplanter Kommunikation und nicht intendierten Austausches dar, der manchmal nicht einmal eines Wortes bedarf. Sie sind daher Orte der vielfältigen

Erfahrungsanreicherung in der städtischen Sozialwelt.⁸

Lernprozesse können in den durch Eckel⁹ nahezu idealtypisch skizzierten »herausragenden Schauplätzen großstädtischer Öffentlichkeit« zwischen lokaler Bevölkerung und weiteren Akteuren entstehen, sie finden aber auch tagtäglich am Rande, in den weniger besuchten, weniger bunt durchmischten alltäglichen öffentlichen Räumen immer dann statt, wenn man sich einlässt auf das Fremde, das Neue, wenn die Angst vor Annäherung und Überraschung für einen Moment überwunden wird. Sophie Watson nennt diesen Vorgang »rubbing along«, »sich aneinander reiben«.¹⁰

In öffentlichen Räumen ist es möglich, eine Brücke zwischen verschiedenen Wissensfeldern zu schlagen: zwischen dem Alltagswissen, dem beruflichen Wissen sowie dem

⁸ Eckel, Eva-Maria (1998): Individuum und Stadt-Raum: Öffentliches Verhalten im Wandel. Deutscher Universitätsverlag. S. 94

⁹ ebd., S. 94

¹⁰ Watson, Sophie (2006): City publics. The (dis)enchantments of urban encounters. London: Routledge.



»Öffentliche Räume stellen eine ungezwungene Sphäre ungeplanter Kommunikation und nicht intendierten Austausches dar, der manchmal nicht einmal eines Wortes bedarf. Sie sind daher Orte der vielfältigen Erfahrungsanreicherung in der städtischen Sozialwelt.«

akademischen Wissen, um nur einige zu nennen. Sie bergen daher große Potenziale für die wissensfeldübergreifende Erkenntnisgewinnung. Sie sind gleichzeitig aber auch Orte der alltäglichen Bedeutungsproduktion im Sinne gelebter Räume und geben Einblick in die Vielfalt der Lebensweisen, die Städte seit jeher gekennzeichnet hat. Die Chance, die sie bieten, liegt in der permanenten Verquickung von Handlung und Reflexion im Alltäglichen.

Nichtsdestotrotz sind und bleiben sie jene Orte, an denen stille gesellschaftliche Konflikte sichtbar und dringliche gesellschaftliche Probleme laut werden, die Wohnzimmer verlassen und auf die Straßen zurückfinden. Die Chancen, die öffentliche Räume als Lernfelder für handlungsorientierte Wissensvernetzung bieten, sind daher immer auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Strukturen zu betrachten, die in öffentlichen Räumen deutlich sedimentieren.

Abb. rechts:
Öffentliche Räume in Neapel, Italien, Zusammenfließen gebauter und sozialer Dimensionen des öffentlichen Raumes als sowohl baulich manifestierter als auch sozial sedimentierender räumlicher Prozess. Quelle: Foto Sabine Knierbein (November 2011)

Sabine Knierbein leitet den Arbeitsbereich Stadtkultur und öffentlicher Raum (SKuOR) an der TU Wien.





Spannungsfeld öffentlicher Raum

»Wenn sich private Akteure selber als Macher sehen, dann sollten die Kommunen sie machen lassen, aber die Regeln dafür vorgeben.«

»Öffentliche Räume« - Komplexität auf allen Ebenen

Öffentliche Räume prägen das Gesicht einer Stadt. Der pulsierende Bahnhofsvorplatz, die als Skateboardparcours genutzte Fläche vor der Uni, die Promenade entlang des Flusses, der Landschaftsgarten unweit der historischen Stadtmauer, die unübersichtlichen Freiflächen zwischen den Hochhäusern am Stadtrand – die Vielfalt öffentlicher Räume ist enorm. In den unterschiedlichsten Lagen, Umfeldern und Größen erfüllen sie eine breite Palette von Funktionen. Das macht sie zum einen so wertvoll, zum anderen aber auch so schwer fassbar.

Vor allem die kommunalen Stadtverwaltungen stoßen bei den öffentlichen Räumen immer wieder an Grenzen von Ressorts und Ressourcen. Allein die Zahl der an einer beliebigen Platzumgestaltung beteiligten Ämter und Fachbereiche ist immens: Grünflächen, Planung, Tiefbau, Verkehr, Soziales, Ordnung, vielleicht

noch Denkmalschutz und Wirtschaftsförderung. Jedes Ressort verfolgt spezifische Ziele, verwaltet eigene Budgets und verfügt über unterschiedliche Personalressourcen. Gleichzeitig sind fachbereichsübergreifende Kommunikations- und Kooperationsstrukturen immer noch schwach ausgeprägt. Daher beanspruchen allein die verwaltungsinternen Abwägungen Zeit und Nerven aller Involvierten. Dabei geht es immer wieder um die Frage, welche Ziele wie hoch einzuschätzen und wie miteinander vereinbar sind: Sicherheit, Pflegeleichtigkeit, Wirtschaftlichkeit, materielle Hochwertigkeit, soziale Integration, Denkmalschutz, Verkehrsfluss, Gebrauchsfähigkeit ...?

Doch das ist nur der Anfang. Denn die Akteure der kommunalen Verwaltung repräsentieren nur einen Teil der möglichen raumbezogenen Interessen, Rechte und Einflussmöglichkeiten. Anders als immer noch vielfach angenommen, befinden sich zahlreiche „öffentliche“ Räu-

Literatur:

Berding, Ulrich; Havemann, Antje (2010): Zwischen kommunalen und privaten Einflüssen. Ergebnisse des Forschungsprojektes „STARS – Stadträume in Spannungsfeldern“. In: Stadt und Grün, Heft 8, August 2010. S. 9–19

Berding, Ulrich; Havemann, Antje; Pegels, Juliane; Perenthaler, Bettina (2010): Alltäglich, unbemerkt, besonders. Ergebnisse des STARS-Projektes. In: Berding, Ulrich; Havemann, Antje; Pegels, Juliane; Perenthaler, Bettina (Hg.): Stadträume in Spannungsfeldern. Detmold. S. 313–332

Ulrich Berding

ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen.

me einer Stadt nicht (allein) in kommunaler Verfügung. Das an der RWTH Aachen durchgeführte Forschungsprojekt »STARS_Stadträume im Spannungsfeld kommunaler und privater Aktivitäten« hat nachgewiesen, dass es sich hierbei nicht um seltene Ausnahmefälle handelt, sondern im Gegenteil um in allen Lagen und Nutzungskontexten anzutreffende alltägliche Plätze, Parks und Promenaden. (vgl. Berding et al. 2010; Berding, Havemann 2010) Konkret bedeutet dies, dass Einzeleigentümer, private Entwickler, kommerzielle Betreiber und viele andere nicht-kommunale Akteure überraschend oft die entscheidenden Eigentums- und Verfügungsrechte innehaben. In diesen Fällen hat eine Kommune nur wenige Möglichkeiten, unmittelbaren gestaltenden Einfluss auf die Raumentwicklung zu nehmen.

Augenscheinlich „normale“ öffentliche Räume können also hinter den Kulissen durchaus stark privat bzw. nicht-kommunal geprägt sein. Da sich eine Kommune bei Interesse an der Entwicklung eines Raumes also nicht sicher sein kann, dass sie das Heft auch wirklich in der Hand hält, muss sie in jedem Einzelfall prüfen, welche Akteure über welche Rechte an einem Raum verfügen.

Aber auch in den Räumen, die sich im kommunalen Eigentum befinden, können die Interessen nicht-kommunaler Akteure – Nutzer, Anrainer, Verwertungsinteressierte usw. – die Entwicklungen eines öffentlich nutzbaren Raumes stark prägen. In jedem Fall, unabhängig von den Rechten an einem Raum, können sich kommunale und private Interessen stark voneinander unterscheiden. Immer wieder für Konflikte sorgen kommerzielle Sondernutzungsinteressen wie Gastronomie (z. B. Schanigärten), Werbeträger aller Art oder Veranstaltungen. Auch über Art und Intensität von Gestaltung und Pflege öffentlich nutzbarer Räume gibt es häufig unterschiedliche Vorstellungen. So kann es vorkommen, dass die »öffentliche Hand« – gerade in Zeiten zunehmend knapper werdenden kommunaler Finanzspielräume – aus Sicht von Gastronomen und Geschäftsleuten ihre Räume nicht hinreichend reinigt und instand hält; oder dass ein privater Eigentümer kein Interesse an der Umgestaltung seines öffentlich nutzbaren Platzes hat, obwohl die Kommune im Umfeld ihre Plätze und Promenaden erneuert. In solchen Fällen müssen immer wieder Formen der Kooperation und des Interessensausgleichs gefunden werden, die für alle Beteiligten tragfähig sind.

In der täglichen Praxis kommt es jedoch nicht immer zu einem alle Seiten zufriedenstellenden Konsens. Häufig ziehen sich Verfahren im Behördendschungel endlos hin, was vor allem private Akteure nicht nachvollziehen können; oder die Kommune beißt sich an einem kooperationsunwilligen Privateigentümer die Zähne aus, wodurch sie ihre Entwicklungsziele nicht umsetzen kann.

Obwohl es zahlreiche Beispiele für sehr gelungene Kooperationen zwischen kommunalen und nicht-kommunalen Akteuren gibt, können die komplexen Akteurs- und Interessenskonstellationen im öffentlichen Raum dazu führen, dass viele Entwicklungen langsamer, beschwerlicher und im Resultat für letztlich alle Akteure unbefriedigend verlaufen. Daher stellt sich die Frage, wie es Kommunen gelingen kann, die öffentlich nutzbaren Räume der Stadt gemeinsam mit den nicht-kommunalen Akteuren zu entwickeln.

Von der Not zur Tugend: Gestaltung von Kooperationen

Im Forschungsprojekt „STARS“ wurde deutlich, dass nicht-kommunale Akteure als Gegenüber ganz deutlich eine Kommune favorisieren, die klare Vorstellungen hat von dem, was sie möchte. Hierzu gehören auch bereits vorabgestimmte Programme und Konzepte – nicht nur für die gesamte Stadt, sondern auch für einzelne Bereiche und Fachplanungen, um fragmentierte Zuständigkeiten und längere Entscheidungsfindungen auf Seiten der Kommunen zu umgehen.

Es geht hierbei nicht nur um das (bessere) Durchsetzen kommunaler Ziele. Auch das Annehmen und Unterstützen privater Initiative will vorbereitet sein. Die Kommunen, die selbst erkennen, dass es im Hinblick auf die Produktion von Stadträumen ohne private Initiative kaum mehr geht, müssen sich Wege überlegen, das Potenzial der Privaten zu nutzen und sie besser einzubinden. Wenn sich private Akteure selber als „Macher“ sehen, dann sollten die Kommunen sie machen lassen, aber die Regeln dafür vorgeben. Hierauf muss die Kommune vorbereitet sein – sowohl in Bezug auf Personal (das Querschnittskompetenz aufweisen muss) als auch in Bezug auf Konzepte (z. B. durch einen Masterplan „öffentlich nutzbarer Raum“). Kommunen sollten also bestrebt sein, die Kooperation mit Privaten aktiv zu gestalten und nicht nur die gerade anliegenden Fälle zu lösen.

Transformation öffentlicher Räume als planerische Integrationsaufgabe

Was sind die treibenden Kräfte räumlicher Integration von gesellschaftlichen Ungleichheiten im öffentlichen Raum? Worin begründen sich die planerischen Herausforderungen im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt im öffentlichen Raum? Dieser Beitrag nimmt die Fragen als Anlass, um die Herausforderungen sowie die Rolle von Planung zu skizzieren.

Wencke Hertzsch

Transformationsprozesse und Integrationsherausforderungen

Zu dem was, öffentlicher Raum ist und vor allem leisten muss, gibt es ganz unterschiedliche Auffassungen. Nach meinem Verständnis ist ein öffentlicher Raum und was dieser – im Sinne gesellschaftlicher Integration – leisten muss, sowohl an Ort als auch an Zeit gebunden und variiert nach sozialen Gruppen und deren Nutzungsansprüchen im Raum. Das bedeutet, dass sich über den öffentlichen Raum die Machtverhältnisse ebenso widerspiegeln wie die jeweiligen gruppenspezifischen Konstruktionen über den öffentlichen Raum. Diese wiederum bestimmen die Formen der Nutzungen und Aneignungen. Nach diesem Verständnis ist öffentlicher Raum immer eine Synthese städtebaulicher, physischer Strukturen mit Prozessen des sozialen Handelns und Verhaltens der Akteurinnen und Akteure, den daraus resultierenden Machtansprüchen sowie den erlernten Formen des Umgangs miteinander.¹

So kann das Verständnis von öffentlichem Raum nur im kulturellen und gesellschaftlichen Kontext ermittelt und verstanden werden.

Doch dieser kulturelle und gesellschaftliche Kontext von öffentlichen Räumen lässt sich nicht einfach bestimmen, denn die Herausforderungen, vor denen der öffentliche Raum steht, ist vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels komplex und vielfältig und beeinträchtigt darüber hinaus die Integrationskraft öffentlicher Räume.

Der gesellschaftliche Wandel und die u. a. damit verbundene Heterogenisierung, Ausdifferenzierung und Individualisierung von Gesellschaft, Milieus und Lebensstilen verändern die Nutzungsansprüche, Anforderungen und Erwartungen an öffentlichen Raum. Die Dynamik des Wandels der Städte, die sich u. a. in Prozessen wie veränderten Segregationsmustern, Gentrifikation und Verdrängung,

¹ Berking, Helmut & Neckel, Sieghard (1990): Die Politik der Lebensstile in einem Berliner Bezirk. Zu einigen Formen traditioneller Vergemeinschaftung. In: Berger & Hradil (Hg.): Soziale Welt, Sonderband 7 »Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile«. Göttingen, Schwartz, S. 481 - 500.

² Dangschat, Jens S. (2009a): Architektur und soziale Selektivität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 25/2009, 27 - 33.

Dangschat, Jens S. (2009b): Symbolische Macht und Habitus des Ortes. Die »Architektur der Gesellschaft« aus Sicht der Theorie(n) sozialer Ungleichheit von Pierre Bourdieu. In: Fischer & Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld, Transcript-Verlag, 311 - 341.

³ vgl. Läßle, Dieter (1991): Essay über den Raum: für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, Hartmut et al. (1991): Stadt und Raum. Pfaffenweiler, Centaurus-Verlag, Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main, Suhrkamp. Dangschat, Jens S. (1996): Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilisierung? – Zum Raumbezug sozialer Ungleichheit und von Lebensstilen. In: Schwenk, Otto (Hg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwirtschaft. Opladen, Leske und Budrich.

⁴ Breitfuss, Andrea; Dangschat, Jens S. et al. (2006): Integration im öffentlichen Raum. Gutachten im Auftrag der MA 18 der Stadt Wien.

Wencke Hertzsch ist Mitarbeiterin am Fachbereich Soziologie, TU Wien.

Zuwanderung, zunehmende Einkommensungleichheit niederschlagen, bewirken einen Wandel der Funktionen öffentlicher Räume und damit verbundene neue Integrationsherausforderungen. Die Finanznot der Städte führt u. a. dazu, dass Pflege, Sicherheit und Anpassung an aktuelle Bedürfnisse nicht mehr gewährleistet werden können. Der ideologische Druck wie neoliberale Tendenzen und Verschiebung der Verantwortlichkeiten von »oben« nach »unten« ermöglichen zunehmend die Durchsetzung von Partikularinteressen in öffentlichen Räumen, wodurch Privatisierung und »Reinigung« des öffentlichen Raumes durch Überwachung, Zugangskontrollen und -kodizes sowie ein »designing out« sozialer Probleme² intensiviert werden.

Diese Phänomene und Herausforderungen sind in der Stadtforschung und den Raumplanungswissenschaften vielfach belegt und beschrieben sowie in der Planungsrealität angekommen. In den raumbezogenen Sozialwissenschaften, der Raumplanung und Architektur sind erste differenzierte Ansätze für Erklärungs- und Analysemodelle erarbeitet worden, mit denen sich die Verflechtungen der Effekte der Transformationsprozesse und die damit verbundene Vielfalt im Raum, städtischen Orten und öffentlichen Räumen verstehen, analysieren und typologisieren lassen. In diesem Zusammenhang wird vor allem mit einem relationalen Raumbegriff³ operiert und in Form von Sozialraumanalysen analysiert. Allerdings bezogen auf ein »angemessenes Integrationsmodell« im öffentlichen Raum im Sinne des Planungshandelns liefern die Sozial- und Planungswissenschaften widersprüchliche Positionen. Dies kann zu Ratlosigkeit im politisch-administrativen System sowie in der Planungspraxis führen.

Räumliche-soziale Integration als Planungsaufgabe?

Wie eben beschrieben, sind die planerischen Herausforderungen in modernen, hochgradig differenzierten Gesellschaften zunehmend komplex und können allein mit Instrumenten der hoheitlich-hierarchischen Steuerung respektive Planung »von oben« – per Richtlinien, Gesetze, Verordnungen und ressortgebundene staatliche Finanzierungen etc. – sowie im Sinne eines rationalen Planungsverständnisses nur bedingt bewältigt werden. Denn mit dieser Planung gehen generalisierende Effekte einher, die sich mit den Folgen der Ausdifferenzierung der Lebensstile und Wertevorstellungen

sozialer Gruppen sowie der Zunahme sozialer Ungleichheiten spießen. Diese Entwicklungen sind ablesbar in veränderten Mustern der Raumnutzung und Raumeignung in (städtischen) öffentlichen Räumen. Darüber hinaus erschweren sie die traditionelle »Planung für alle!«.

In den vergangenen Jahren konnten im Zuge des sogenannten *communicative turn* in der Planung sowie der Etablierung eines (eher) kooperativen Planungsverständnisses im Hinblick auf die Stärkung integrationsfördernder Handlungsformen Antworten gefunden werden: Zum einen die auch empirisch belastbare Erkenntnis, dass die Verlagerung inhaltlicher Kompetenzen und Verantwortungen von »oben« nach »unten« ohne den Verlust politisch-parlamentarischer Legitimierung und Kontrolle erfolgen kann. Zum anderen, dass eine Öffnung von Verfahren politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung auch unter Einbeziehung unterschiedlich werdender gesellschaftlicher AkteurInnen möglich ist.

Dieses durchaus zukunftsweisende Planungshandeln setzt allerdings ein Mehr an Kooperation und Kommunikation zwischen allen Beteiligten, eine breite Beteiligungskultur sowie eine intensive Moderation und Vermittlung unterschiedlicher Interessen, Sicht- und Denkweisen voraus. Weiterhin sind für dieses Planungshandeln andere Formen und Methoden der Raumanalyse – wie beispielsweise sozialraumorientierte Zugänge – zur Erkenntnisgewinnung und Entscheidungsgrundlage notwendig. In diesem Vorgehen liegt für PlanerInnen die Chance, den Blick auf unterschiedliche Raumerfahrungen und -perspektiven zu schärfen und den räumlichen Impact komplexer moderner Gesellschaften genauer zu verstehen, um so wiederum integrationsfördernde (Gestaltungs-)Maßnahmen abzuleiten. Bezogen auf den öffentlichen Raum kann dies bedeuten, dass im Zuge von Planungsprozessen beim Bau oder Umbau öffentlicher Räume Integration durch gezielte Kommunikationsstrukturen und Partizipationsangebote unterstützt werden kann. Darüber hinaus ist die Aktivierung zur Nutzung von Partizipationsangeboten und die Initiierung von Empowerment- und Aneignungsprozessen sowie eine stetige Moderation resp. Mediation von Nutzungskonflikten erforderlich.⁴

Transformation und öffentliche Räume

Barbara Hetzmanseder, Lisa Magdalena Hofkirchner, Martina Rießland

»Der öffentliche Raum« – gibt es den? Welche Funktion hat er, welche soll er erfüllen? Wie nutzungssoffen kann und darf er sein? Wie kann Platz für alle Menschen in gleicher Weise bereitgestellt werden? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich die Stadtplanung schon seit einiger Zeit. Außerdem waren diese Fragen auch Diskussionspunkte bei der fünften Werkstatt der Wissensplattform Stadtentwicklung mit dem Thema »Transformation und öffentliche Räume«. Im Rahmen der Nachbearbeitung dieser Veranstaltung haben wir noch einmal intensiv über die angeführten Fragestellungen diskutiert.

Transformation des öffentlichen Raumes – Transformation (als Abbild) im öffentlichen Raum?

In Wien ist in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit einem steigenden Bevölkerungswachstum zu rechnen. Diese Tatsache stellt die Stadt vor neue Herausforderungen. Eine davon ist die Versorgung der Wienerinnen und Wiener mit ausreichend öffentlichen Räumen, weswegen es wichtig ist, diesen Bedarf speziell in Stadtentwicklungs- und Stadterweiterungsgebieten mitzudenken: Nicht nur zur Erholung, zum Spielen oder als Abstandsgrün, sondern für die vielen Funktionen, die auch in der schon gebauten Stadt stärker nachgefragt werden.

Aber nicht nur die wachsende Stadt, auch gesellschaftliche Veränderungen tragen dazu bei, dass Transformation im öffentlichen Raum ein Thema in der Wiener Stadtplanung ist, welches an Bedeutung zunimmt. Neben den vorhandenen Nutzungen und Beanspruchungen des öffentlichen Raumes, wie Schanigärten und Großveranstaltungen, lassen sich auch neue Trends beobachten: Temporäre Installationen, vermehrt regionale Veranstaltungen oder auch verändertes Nutzungsverhalten aufgrund von digitalen Medien (Telefonieren in der Öffentlichkeit, Facebook) spiegeln dies wider.

Es stellt sich die Frage, wie mit diesem Wandel umgegangen werden soll und welche Maßnahmen in Zukunft in der Wiener Stadtplanung hinsichtlich der Qualität, der Kapazität sowie der Versorgungsdichte zu treffen sind.

Der öffentliche Raum in der Stadt

Klar ist, der öffentliche Raum ist ein wichtiges Gut in unserer Stadt. Der Nutzungsdruck wird stärker, die an ihn gestellten Ansprüche steigen. Nicht jeder Platz kann »alles« bieten. Soll er auch nicht. Aber durch ein Netz von unterschiedlichen öffentlichen Räumen in der Stadt muss es

»Nicht jeder Platz kann »alles« bieten. Soll er auch nicht. Aber durch ein Netz von unterschiedlichen öffentlichen Räumen in der Stadt muss es möglich sein, dass jede und jeder den für sie und ihn geeigneten Raum innerhalb einer adäquaten Distanz zum Wohnstandort finden kann.«

möglich sein, dass jede und jeder den für sie und ihn geeigneten Raum innerhalb einer adäquaten Distanz zum Wohnstandort finden kann.

Uns erscheint es sinnvoll, zwischen zwei grundsätzlichen Gestaltungsweisen von öffentlichen (Teil-)Räumen zu differenzieren, die beide wesentliche Bestandteile des »Netzes« öffentlicher Räume in der Stadt sein müssen:

- Öffentliche Räume, deren Nutzung bis zu einem gewissen Grad bestimmt ist und die anhand von zu definierenden Standards plan- und gestaltbar sind. Unter »Nutzung« verstehen wir in diesem Fall sowohl Vorgaben bezüglich bestimmter Einrichtungen wie etwa Kinderspielplätze oder Vorgaben betreffend die Wirtschaftlichkeit als auch eine Definition von »lauten« und »leisen«, »schnellen« und »langsamen«, »Transitorten« und »Verweilorten«;

- Öffentliche Räume, die nutzungs offen sind und der Bevölkerung Raum für Veränderungen anbieten (bewusstes Bereitstellen »unfertigter« Räume). Hervorzuheben ist dabei der öffentliche Raum, der für temporäre Zwischennutzung zur Verfügung steht. Die bereits stattfindenden Maßnahmen und Projekte sollen gestärkt und weiter vorangetrieben werden.

Wichtig ist, dass bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen auf das schwächste Glied in der Kette der Nutzerinnen und Nutzer zuerst eingegangen wird. Konkret bedeutet das, dass die Ansprüche von älteren Menschen und Kindern, die zu Fuß unterwegs sind, an erster Stelle stehen müssen. Um, auch für die Bevölkerung, bestmögliche Ergebnisse zu erzielen, erscheint dabei die Involvierung der Betroffenen, zum Beispiel zur Verhinderung von späteren »Trampelpfaden« aufgrund von fehlenden Wegrelationen, sinnvoll. In diesem Sinne wollen wir die Um- und Neugestaltung öffentlicher (Frei-)Räume zugunsten des nicht motorisierten Verkehrs vorantreiben.

Der öffentliche Raum in der Stadtverwaltung

Innerhalb der Verwaltung gibt es viele unterschiedliche Dienststellen, die, von der Planung bis zur Ausführung, mit Teilaspekten des öffentlichen Raumes betraut sind. Bereits die Initiative zum öffentlichen Raum (mit dem Ergebnis des Leitbildes »freiraum.stadtraum.wien«) hat gezeigt, dass es wertvoll ist, wenn man diese Abteilungen zusammen an einen Tisch holt und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.

So soll es ein Ziel der Stadtplanung sein, eine Gesprächskultur zu etablieren bzw. zu festigen, wo die Expertisen aus den betroffenen Dienststellen kontinuierlich eingeholt und diskutiert werden und – im Idealfall – ein gemeinsamer Konsens entsteht.

Unabhängig von regelmäßigen bzw. anlassbezogenen Gesprächsrunden ist es wichtig, die unterschiedlichen Anforderungen an die Planung, Ausgestaltung und Bewirtschaftung von öffentlichen Räumen zu bündeln und gemeinsame Standards als Grundlage für weitere Planungen festzulegen. So sind etwa Vorgaben über Beleuchtung (Masterplan Licht durch MA 33), Müll/Reinigung (durch MA 42 bzw. MA 48), Bewirtschaftung, Sicherheit genauso wie Anforderungen an Oberflächenbelag, Ökologie (Checkliste für den nachhaltigen urbanen Platz der MA 22) relevant bei der Neuplanung und Umgestaltung von öffentlichem Raum.

Neben diesen »harten« Kriterien, die vor allem die Ausstattung betreffen, liegt ein weiteres Hauptaugenmerk bei den »weichen« Faktoren, um die Ansprüche und Bedürfnisse von (potenziellen) Nutzerinnen und Nutzern nach Alter, Geschlecht, Herkunft und Lebensphase bei Planungs- und Gestaltungsmaßnahmen gleichermaßen zu berücksichtigen. Insgesamt müssen aber genauso »Spielräume« für die Gestaltung gegeben sein. Dabei ist es wichtig, zwischen Umgestaltungen und Neuplanungen an kleineren Standorten und jenen mit großer Aufmerksamkeit und einer hohen Dichte an Funktionen zu unterscheiden.

Barbara

Hetzmannseder

MA 18, Stabsstelle
Öffentlicher Raum,
soziale Prozesse und
Maßnahmen-
entwicklung

Wie soll also die Stadtplanung reagieren?

So sehen wir Handlungsbedarf in zweierlei Hinsicht: Aus inhaltlicher Sicht muss die Stadtplanung versuchen, bei der Planung und Gestaltung von öffentlichem Raum den steigenden Ansprüchen gerecht zu werden und dabei zum einen die unterschiedlichen NutzerInnengruppen (Nutzungen) berücksichtigen und zum anderen »offene Räume« anbieten.

Lisa Magdalena Hof-
kirchner
MA 19, Generelle
Planung und Grundla-
genforschung

Aus organisatorischer Sicht muss die Stadt durch frühzeitiges Abstimmen und gemeinsames Handeln der verschiedenen Dienststellen eine koordinierte Planung ermöglichen.

Martina Rießland
MA 18, Stadt- und
Regional-
entwicklung

Interviews aus »Stadtplanung Aktuell«

Drei Jahre lang, von 2009 bis 2012, haben Studierende aus unterschiedlichen Disziplinen und unterschiedlichen Universitäten im Rahmen eines Seminars Gespräche mit Menschen mit einem besonderen Bezug zum Thema Stadtplanung und Stadtentwicklung geführt. Die immer gleichen 15 Fragen wurden von jeweils 30 Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern beantwortet. 8 Fragen und 4 Antworten wurden ausgewählt und zum Teil in gekürzter Form hier zusammengestellt.

1. Was ist Ihre Lieblingsstadt und warum?

Robert Korab: »Mir fallen gleich mehrere Städte ein wie Venedig, Amsterdam oder Neapel.

Neapel hat mir vor 30 Jahren besonders gut gefallen. Als ich dort war, sah ich die Stadt als etwas Wildes. Das Treiben und die Emotionen der Stadt, die durch die Bewohner transportiert wurden, ja auch die Gewalt, haben mir gut gefallen. Eine Stadt muss Emotionen zeigen und lebt von ihren Widersprüchen. Total geregelte Städte, wie High-Tech-Metropolen, sprechen mich von der Architektur an, sind schön, aber die Emotion fehlt.«

Kristin Gustavsen: »It's definitely New York. That city has so many layers, such a great variety and high activity level. The areas in the city represent each their own identity and differences. Everywhere you go in New York you will find a different character. The city allows these differences and is not scared of contrasts, which I really appreciate.«

Sonja Beeck: »Meine momentane Lieblingsstadt ist eindeutig Berlin, und zwar weil ich es

sehr schätze, dass diese Stadt noch nicht so richtig fertig ist, dass da noch so viel Entwicklungspotenzial drinsteckt. Es gibt Brüche, Ecken, Leerräume, Verschiebungen und Verwerfungen. Ich habe auch eine Zeit lang in New York und London gelebt, aber dort ist alles so gesetzt und fertig. Da gibt es keine Spielräume mehr, selber aktiv zu sein. Zweiter Punkt für Berlin ist, dass die Stadtstruktur sehr gut funktioniert.«

Allah Sotir Dhamo Besnik: »Natürlich Tirana. Ich denke, dass Tirana eine ganz besondere

Stadt für Planer darstellt. Sie ist ein Labor für Planer. Tirana und ganz Albanien waren mehrere Jahrzehnte aufgrund einer antiurbanen Politik, die die Menschen dazu zwang, in ländlichen Gebieten zu leben, wie eingefroren. Zwei Drittel der Bevölkerung lebten unter dem kommunistischen Regime oft zwangsweise am Land. In den letzten zwei Dekaden des politischen Umschwungs kam es zu dramatischen Veränderungen. Man kann das mit einem künstlich aufgestauten See vergleichen, dessen Dämme explosionsartig brechen, ohne jegliche Abflusskanäle (politische Richtlinien oder Planungsinstrumente), die das Wasser (die Menschen) in sinnvolle Richtungen ableiten könnten. Dinge, die in anderen Städten über Jahrhunderte passiert sind, ereigneten sich in Tagen, Wochen, Monaten.«

2. Im Jahr 2030 gibt es eine Sonderausgabe der FAZ/des STANDARDS zum Themenfeld »Stadtentwicklung«. Wie lautet die Schlagzeile des Titelblattes?

Jutta Kleedorfer: »Die Schlagzeile könnte heißen: ‚Stadt in Auflösung? Zwischennutzungen als Chance und Symbol dynamischer Stadtentwicklung.‘ Und es zeigt eine riesengroße – nein es zeigt zwei – riesengroße Baulücken in einem Hochhausquartier, wo irgendwas ganz was Besonderes – ein Theater oder sonst irgendwas – drin ist, aber wo man sich auf den ersten Blick nicht vorstellen kann, wie so etwas ‚Zartes‘ in so etwas Riesigem passieren kann, und das Andere, das könnte ein Spielplatz oben auf dem Dach von einer großen öffentlichen Hochgarage sein.«

Sonja Beeck: »Dass die Landschaft wirklich die Übermacht gewonnen hat und die Stadt nur noch in einzelnen Fragmenten in der Landschaft steht. Also dass nicht mehr die Stadt das Dominante ist, sondern das Gartenreich. Das würde bedeuten, dass sich der zur Zeit andeutende Schrumpfungsprozess extrem radikalisiert hat. Global kann ich mir eine Schlagzeile vorstellen in Richtung: Lieber Minarette als allein im Altenheim.«

Françoise-Hélène Jourda: »Es gibt für mich 2 Hypothesen:
Die erste Hypothese: Die Katastrophe ist da! Das Thema ist nicht Wien selbst, sondern das betrifft die gesamte Politik auf diesem Planeten, die Stadt Wien oder auch andere Städte könnten alles zum Besten für ihre Einwohner machen, wenn gleichzeitig andere Städte/Länder in der Welt nichts in Richtung Nachhaltigkeit und Umwelt unternehmen würden, dann würde das auch keinen Erfolg für den Einzelnen bringen. Ein weiterer Aspekt der 2030 vorherrschen wird, ist die Frage der Migration aus Krisengebieten durch den Klimawandel. Das ist insofern eine Gefahr für Europa, wenn die Migranten nicht akzeptiert werden. Es sollten stattdessen deren Potenziale genutzt und ein Miteinander angestrebt werden.

Die zweite Hypothese: Wir haben unsere Philosophie geändert! Die Situation ist vielleicht noch nicht besser, aber sie hat sich auch nicht verschlechtert, und dann könnten die Leute sagen, ‚Stadtentwicklung – wir haben so die ersten schönen Ergebnisse in Richtung nachhaltige Stadt‘- z. B. Reduktion des Treibhausgases.«

Friedrich von Borries: »Der Standard ... ich glaube der wird Papier eingespart haben und kein Titelbild mehr haben. Abgesehen davon, dass die 2030 sowieso alle keine Titelblätter mehr haben, sondern ein anderes Format und gar nicht mehr aus Papier sind. Stadtentwicklung ist halt auch so ein furchtbar altmodischer Terminus. Was ist schon Stadt? Wir haben es immer weniger mit Städten zu tun. Das finde ich falsch, das immer so in den Vordergrund zu schieben: Stadt. Und diese Hoffnung, dass wir Städte entwickeln können, auch sehr fraglich, ob man das so entwickeln kann und ob es das dann noch geben wird: Stadtentwicklung. Für beides, Stadt und Entwicklung, ob das dann nicht eher Management der Agglomerationen heißt.«

3. Was würden Sie sich von der künftigen Stadt wünschen?

Walter Siebel: »Ich glaube, Adorno hat das gesagt: ‚Glück ist dort, wo man ohne Angst verschieden sein kann.‘ Und das übertrage ich gerne auf die Stadt. Eine gute Stadt ist eine Stadt, wo man ohne Angst verschieden sein kann.«

Reinhard Seiß: »Hohe Lebensqualität und Attraktivität für möglichst viele Menschen, also erstrebenswerte Wohn- und Lebensbedingungen. Trotzdem man in einer großen Stadt lebt, sollte man auch seinen kleinen Mikrokosmos haben, in dem man möglichst viele Dinge zu Fuß oder mit dem Rad erledigen kann. Die Größe der Stadt und die Unterschiedlichkeit der Aufgaben steigen einfach mit der zunehmenden Arbeitsteilung und Komplexität unserer Gesellschaft. Aber jene Wege sollten dann fast restlos durch sanfte Verkehrsarten zurückgelegt werden. Außerdem wünsche ich mir die Aufhebung dieser sinnlosen Funktionstrennung – z. B. die Errichtung von Supermärkten in Gewerbegebieten, wo ja kein Mensch wohnt. Dort beginnt es ja – Einkaufszentren sind ja nur die Spitze des Eisberges.«

Friedrich von Borries: »Was kann denn die Stadt? Ich finde das sehr interessant, dass ihr so eine Personalisierungsstrategie habt und nicht stärker über wirkliche Inhalte nachdenkt. Sondern dass das bislang entweder spekulative oder Wohlfühlfragen sind.

Man wünscht sich vielleicht was von seinen Eltern zu Weihnachten, und dann kriegt man Geschenke. Aber von Stadt wünscht man sich nicht was, sondern Stadt gestaltet man als ein Bewohner. Die Stadt als solche ist kein Akteur, und deshalb kann man sich von dem auch nichts wünschen. Und wenn die Stadt ein Akteur wäre, wäre ja auch zu fragen, ob es einer ist, der was zu verschenken hat. Präziser wäre die Frage: Was würden Sie sich von einer künftigen Stadtverwaltung wünschen, oder Stadtregierung oder Stadtgesellschaft?

Aber bevor man sich was wünscht, kann man es doch selber machen. Also da würde ich mir von der künftigen Stadtgestaltergeneration wünschen, sich nichts von der Stadt zu wünschen, sondern sie einfach zu machen. Das ist wesentlich effektiver als sich was von der Stadt zu wünschen und sich dann zu wundern, dass die Stadt nicht antwortet.«

Jutta Kleedorfer: »Also ich wünsche mir eine Stadt wie ein gutes Elternhaus, ja. Schon, sorgende Eltern, die zum Beispiel möglich machen, dass der öffentliche Verkehr wirklich gut funktioniert, immer möglich machen, dass eine gewisse soziale Absicherung wirklich funktioniert. Aber sonst wünsche ich mir großzügige Eltern, die erlauben, dass ihre Kinder auch Experimente machen und nicht zuviel Bürokratie, die Zwischennutzungen erlauben, und auch Bewilligungsverfahren nicht zu umständlich sind. Wenn ich alles so konzipiere wie eine Fußball-Europameisterschaft, da mache ich es so kompliziert, da machen die Leute nichts mehr. Also, so richtig gute Eltern, die manchmal zu zweit dort sitzen und sich denken: ‚Hoffentlich haben wir nicht so viel erlaubt, hoffentlich geht das gut, hoffentlich war das richtig.‘ Aber es gibt immer andere Wege auch, die mit Gott-Vertrauen – das meine ich jetzt so nicht religiös – aber mit Vertrauen, mit Zuneigung, mit Sympathie arbeiten, und die mehr Ermöglicher sind als totale Gesetzgeber. Das hätte ich gerne.«

4. Was bedeutet gelungene Stadtentwicklung für Sie? Was macht das Arbeitsfeld im Kern aus? Wie hat es sich möglicherweise verändert?

Thomas Madreiter: »Stadtentwicklung ist für mich ein moderierender kompromiss- bzw. akzeptanzaufsuchender und nicht primär ein räumlich gestalterischer Prozess. Für mich ist gelungene Stadtentwicklung die Vorgabe von klaren Spielregeln auf der Makroebene. Hier sind wir als Fachleute sehr gefordert. Auf der Mikroebene wünsche ich mir ein Maximum an Flexibilität und die Ermöglichung von Spielräumen. Die Kommunikation mit der Bevölkerung steht sehr weit vorne.«

Ulrich Beckefeld: »Ich sehe Stadtentwicklung nicht als einen Projektbegriff, demnach man sich bestimmte Aufgaben stellt und dann im gelungenen Fall auch umsetzt, sondern dass man Parameter schafft die der Stadt einen möglichst weiten Spielraum geben, und umso breiter der ist und umso stärker sich die Stadt verändern kann, umso gelungener würde ich die Stadtentwicklung betrachten. Ich gehe damit auch ab von einem Begriff von Stadtidentität, der aus der Vergangenheit generiert ist, zu einer Identität über, die sich aus einer Dynamik heraus entwickelt.«

Friedrich Moser: »Ordnung und Gestaltung sollen als fortlaufender Prozess verstanden werden. Es darf keinen Stillstand geben und es müssen deshalb unter dem Einsatz aller differenzierten Methoden, beispielsweise die Rechtsnormen oder die Organisation von Bürgerbeteiligungen, ständig weiterentwickelt werden. Ich glaube, dass die Planbarkeit, die bis zur Schwelle des 20. zum 21. Jahrhundert vorgeherrscht hat, einfach nicht mehr greift und man deshalb von dieser Planverfassung einen Schritt in Richtung Konzepte gegangen ist. Um die Stadtentwicklung zu betreiben oder in Gang zu setzen, brauchen wir mehr als nur Pläne. Es werden Konzepte benötigt, weil diese flexibler als ein Plan sind. Der Plan ist ein festgeschriebenes Instrument und führt deswegen oft zu Konflikten auf allen Ebenen. Es ist daher besser, sich auf die Seite des Konzeptes zu begeben und wirklich die Potenziale zu erforschen. Vor allem aber darf die Stadt bzw. deren Entwicklung nicht den Immobilienmaklern und Investoren überlassen werden. Diese Akteursgruppe ist das größte Übel, welches es in diesem Zusammenhang überhaupt gibt. Natürlich muss man mit den Maklern/Investoren kooperieren, aber keinesfalls darf ihnen das Feld überlassen werden, da reines Betonieren und Maximieren niemals eine lebenswerte Stadt hervorbringt.«

Uli Hellweg: »Also ich denke, gelungene Stadtentwicklung ist in jedem Fall kontextuell. Das heißt sie entwickelt sich aus dem Vorhandenen heraus, das heißt sie lässt keine UFOs landen, sondern entwickelt Konzepte und Projekte aus den konkreten Bedingungen des Gegebenen. Was das Arbeitsfeld im Kern ausmacht, ist ein neues, ökologisches, ganzheitliches Verständnis der Stadt. Das heißt, dass wir als Planer her austreten aus der egomanischen Vorstellungswelt der Gottvaterplanungen. Wir glauben nicht wie Le Corbusier und unsere ganze Planungsvätergeneration, wir könnten einseitig die Welt verändern, weil wir uns im Besitz der Wahrheit wähnen. Meine Generation, aber ich denke noch mehr an Ihre, hat eine viel größere Bereitschaft zum Dialog und zum interdisziplinären und kollektiven Arbeiten als die Planer- und Architektengeneration der industriellen Moderne.«

5. Welche Kernkompetenzen und Fähigkeiten muss man haben, um in der Stadtentwicklung erfolgreich zu sein?

G. Sibille: »Abhören, beobachten, verstehen, was für Besonderheit ein Ort hat. Fähig sein, wenn man für ein städtisches Projekt verantwortlich ist, den Kurs zu halten. Auch fest sein und wissen, wie man neue Elementen berücksichtigen kann. Der Planer steht vor vielfältigen Akteuren. Diese Vielfalt ist außergewöhnlich, aber es ist nicht leicht, diese sehr unterschiedlichen Qualifikationsniveaus anzupassen.«

Sophie Wolfrum: »Eine Kernkompetenz ist sicherlich die Fähigkeit, interdisziplinär zu agieren und in Stadtentwicklungsprojekten aus seiner eigenen Disziplin heraus offen für andere Bereiche zu sein, und wenn man in einer leitenden Position ist, diese Projekte integrativ zu machen. Unter diesem Nebeneinanderherarbeiten leidet ja die Stadt, die die Moderne produziert hat, und im Prinzip machen wir immer noch so weiter.«

Pelin Tan: »You have to understand how the municipality is functioning and at the same time how management works on the neighborhood level. You have to understand what kind of cultural identities the different social groups have and how they are presenting themselves in urban space, in public space and so on. It leads to the question what kind of life they are producing or contributing to city life.«

Walter Siebel: »Ja und was heißt „erfolgreich“? Dass man selber darin Karriere macht, oder dass man eine gelungene Stadtpolitik in Gang setzt. Also ... Stadtentwicklung ist eine ... Stadtentwicklungsplanung, Stadtentwicklungspolitik ist eine immanent politische, gesellschaftspolitische Tätigkeit. Und daher wird man diese Dimension von städtischer Entwicklung begreifen, beschreiben und handhaben können müssen. Man braucht politische Fähigkeiten, man braucht analytische Fähigkeiten, um zentrale Tendenzen der Entwicklung der Stadtgesellschaft vor allem rechtzeitig zu erkennen.«

6. Was glauben Sie, sind die entscheidenden Lenkungskräfte der Entwicklung von Stadt in den nächsten 20 bis 30 Jahren?

Sophie Wolfrum: »Politik, Recht, Ökonomie. Das muss man zusammenbringen, damit man überhaupt steuern kann und nicht gesteuert wird. Ich würde auch Politik ganz oben drüber stellen, denn ohne politisches Wollen läuft überhaupt nichts, und die Ökonomie so weit benutzen, wie es geht.«

Jutta Kleedorfer: »Also ich hoffe, dass die entscheidenden Lenkungskräfte auf der einen Seite die beschränkenden finanziellen und auch sonstigen Ressourcenknappheiten sind, das wird uns sehr sehr stark prägen. Aber ich hoffe, dass das kommunizierende Gefäß auf der anderen Seite dafür ein paar Freiheiten, Experimente, bürgerschaftliches Engagement, Beteiligung und einen anderen Umgang mit gemeinschaftlichen Entscheidungen bringt, sonst wird das nicht funktionieren.«

Andreas Feldtkeller: *»Um einen bedarfsgerechten und nachhaltig effizienten Städtebau auch politisch nach vorne zu bringen, brauchen wir eine viel intensivere Unterstützung durch die Human- und Gesellschaftswissenschaften. Man muss die alltäglichen Anforderungen der Bevölkerung an ‚die Stadt‘ viel ernster nehmen, als es bisher geschieht. Und zwar nicht nur, indem man fragt ‚in welchen Wohnformen wollt ihr wohnen‘, sondern indem man die Menschen selbst sich mit der umfassenden Problematik des Alltags in Städten und Stadtregionen befassen lässt.«*

Françoise-Hélène Jourda: *»Ganz klar das Thema Nachhaltigkeit.«*

7. Was sind aus Ihrer Perspektive künftig die wichtigsten Instrumente, um die Entwicklung einer Stadt steuern bzw. gestalten zu können?

Sonja Beeck: *»Ich mag das Wort nicht, weil es so stark vom Marketing übernommen ist, aber Leitbilder sind schon wichtige Instrumente. Eine Stadt hat sich im Leitbildprozess meist sektorenübergreifend verständigt: Wer sind wir? Was wollen wir sein? Wie gehen wir mit unserem Raum um und was sind unsere langfristigen Ziele? Ich glaube auch, dass Instrumente stärker in die Richtung von Verabredungen gehen werden, als in die Richtung von Masterplänen, welche oft die Dynamik der Prozesse nicht mitmachen. Eine wichtige Technik ist es, jeden Entwicklungsstrang mit Projekten zu untersetzen, um diese Entwicklungsprozesse am Laufen zu halten. Ganz neue Instrumente sind natürlich performative Instrumente. Dass man wirklich mit dem Bürger spazieren geht, Vorlesepicknicks auf Brachen, Downtowncamping, homöopathische Schocktherapie und solche Dinge macht. Man muss so viele Bürger wie möglich integrieren, um die Last auf vielen Schultern zu verteilen. So schreiben sich die Bürger die Stadtentwicklung auf die eigene Fahne. Sie sollen mit handeln, mit anfassen und Verantwortung übernehmen für diese Stadt. All diese Beteiligungsinstrumente müssten in Zukunft noch viel deutlicher ausgenutzt, entwickelt und erprobt werden.«*

Walter Siebel: *»Wenn Instrumente mehr und mehr kulturelle und soziale Instrumente sind, und weniger technische. Und natürlich weiterhin wird das Geld entscheidend sein. Aber ich glaub, das werden weniger die klassischen rechtlich-normierenden Instrumente sein, als weiche, wie etwa eben von Menschen, wie Quartiersmanager und Ähnliches.«*

Kristin Gustavsen: *»That is the cooperation between public and private actors. It is an important cooperation, and it needs to be energized and adored. They both have so much important knowledge and power to implement. The public has mandate according to the law that is important. I experience how the communication between the two parts in many ways fail, and I think this is an important challenge for the future to strengthen it. It is a requirement that there is a common understanding and respect opposed to each other competence and agenda in work.«*

Martin Wentz: »Der Beantwortung dieser Frage muss vorangestellt werden, dass die Notwendigkeit von Instrumenten zum Gestalten und Steuern ein Missverständnis ist. Wir haben eine große Kiste an Instrumenten gegenüber Investoren, auf die wir zur Durchsetzung unseres Willens zurückgreifen können. Nur: Damit gestaltet man keine Stadt. Dies passiert viel mehr mittels Ideen und Strategien. Der Ruf nach Instrumenten, die den formalen Teil des Entwicklungsprozesses repräsentieren, ist unter anderem eine Ersatzhandlung bei mangelnder Kreativität. In erster Reihe sollten informelle Aspekte stehen, wie die Idee oder die strategische Ausrichtung, um meine Ziele zu erreichen. Erst im weiteren Verlauf muss ich mich meiner Instrumente bedienen, die in den Städten grundsätzlich ausreichend vorhanden sind.

Aus meiner Erfahrung fürchte ich jede Neufassung rechtlicher Regeln des Plans – in Deutschland des Baugesetzbuches, der Bauordnung etc. – weil die Instrumente, aufgrund des damit erforderlichen höheren Aufwands, zwar immer schärfer, aber gleichzeitig auch immer schwächer werden. Was wir brauchen, ist ein Traktor zum Ackern der Stadt und nicht ein Rolls-Royce, um durch die Stadt zu gleiten. Jede Neufassung unseres Instrumentenklimperkastens wird von einer erhöhten Komplexität in der Administration begleitet, die das Umsetzen von Ideen noch zusätzlich erschwert.«

8. Welchen Rat würden Sie jungen PlanerInnen geben, die sich im Rahmen des Studiums auf das Tätigkeitsfeld der Stadtentwicklung vorbereiten wollen? Worauf würden Sie mehr bzw. weniger Wert in der Ausbildung von StädtebauerInnen und RaumplanerInnen legen?

Gabriel Jourdan: »Ich gebe jemandem, der seine Stadtplanungsausbildung beginnt, fünf Räte:

1. Mach am möglichsten Workshops, Wettbewerbe, Praktika, um erste Erfahrungen zu erlangen, über Zusammenarbeit, Diagnosepraxis, Projekte, und auf verschiedenen Gebietsmaßstäbe.
2. Lies Bücher über die Stadtveränderung und die zukünftigen Herausforderungen, lies auch Studie über Stadtprojekte, und lies endlich Bücher über die Gesellschaftsveränderungen, die Klimaveränderung, die Landschaft, die Biodiversität, die Gestaltung und den Betrieb des politisch-institutionellen Systems. Der Stadtplaner braucht eine starke Allgmeinkultur.
3. Denk nicht nur über die Beherrschung der Software und der technischen Werkzeuge nach. Das Wichtigste für einen Stadtplaner ist zu wissen, was man mit einem Gebiet machen kann.
4. Erkunde die städtischen Gebiete; zeichne, fotografiere und beschreibe die Stadt; verbringe Zeit, Karten anzusehen, um die städtische Intuition anzuschaffen.
5. Schreib Berichte, Aufgaben, Lesezettel, Zusammenfassungen, um dich im Schriftzug einzuarbeiten, und um die Fähigkeit zu erlangen, komplexe Themen deutlich zu erklären (ohne zu viel Vereinfachung!).«

Roland Castro: »Ich schlage Ihnen vor, viel spazieren zu gehen, vor allem flanieren, bevor sie sich die Pläne anschauen. Mit meinen Studenten machte ich es so: ich schickte sie in die Städte mit dem Verbot, Fotos zu machen oder Pläne anzuschauen. Sie sollten von der Wahrnehmung zum Verstand gehen und nicht umgekehrt.«

Friedrich von Borries: »Was Raumplanung ist, weiß ich leider nicht, klingt aber jedenfalls toll. Gab auch mal ein paar Leute, die haben dann auch versucht, das mit der Zeit in Zusammenhang zu bringen. Und die haben über Raum-Zeitplanung gesprochen. Das finde ich auch einen sehr schönen Begriff, viel schöner als Raumplanung. Die sollen das mal studieren und sich ihre eigenen Gedanken machen, was ein sinnvolles Lebensumfeld wäre, und dann sollen sie versuchen, das dann sich nicht zu wünschen, sondern das halt anfangen. Ich glaube, das wäre mein dringlichster Rat.

Also vor allem machen und tätig werden, aktiv werden und das selber definieren. Man muss sich seinen Arbeitsschwerpunkt selbst definieren und man muss sich seine Forschungsaufträge selbst vergeben. Der Rat an die PlanerInnen wäre sich selber überlegen: ‚Was würd ich denn gerne forschen, woran würd ich denn gerne arbeiten, was würd ich denn gerne rausfinden, welche Gestaltungskompetenz hätte ich denn gerne?‘«

Sonja Beeck: »Viel Lesen und Reisen.«



Urban Green



Urban Green – Von Landschaft und Stadtschaft

Zur letzten Veranstaltung der Werkstattreihe begaben sich die Teilnehmenden auf eine Reise in die Donaustadt und nahmen an einem Ort Platz, der bald einen neuen Baustein in der Stadtlandschaft Wiens bilden wird – der Seestadt Aspern. Hier wurden Kernfragen der Stadt- und Freiraumentwicklung evident, deren Bedeutung weit über die Entwicklung des konkreten Standortes hinausreicht: Wie kann es gelingen, im Rahmen der weiteren Stadtentwicklung attraktive und vielfältige Freiräume zu sichern und zu verknüpfen? Wie werden sich Themen und Herausforderungen wie die ressourceneffiziente Stadt, der gesellschaftliche Wandel und die Bewältigung des Klimawandels auf die Entwicklung von Stadt und Landschaft auswirken? Und mit welchen Vorstellungen und Erwartungen, mit welchen Bildern und Nutzungskonzepten, mit welchen räumlichen Strategien verknüpfen wir die künftige Entwicklung einer urbanen Stadtlandschaft im Kontext der wachsenden Metropole? Kann gar ein Perspektivenwechsel vollzogen und Stadt aus der Landschaft heraus entwickelt werden? Fragen, auf die wir im Rahmen des Werkstattgesprächs »Urban Green« Antworten und Positionsbestimmungen suchten.

Vor rund 100 Jahren wurde der Grüngürtel rund um Wien geschaffen. Zwei Millionen Menschen sollten einen einfachen Zugang zu Erholungsräumen erhalten. Auch heute hat man die 2-Millionen-Marke vor Augen. Stärker denn je drängt sich damit auch wieder die Frage nach einem zukunftsfähigen Modell der Stadt- und Freiraumentwicklung auf, in der die bebauten Räume und die Grün- und Landschaftsräume in ein neues Beziehungsverhältnis zueinander gesetzt werden.

Perspektive wechseln

»Wenn die Stadt wächst, dann schrumpft die Landschaft«, so Philipp Rode in seinem Beitrag. Er umschreibt damit auch, dass Landschaft immer nur aus der Perspektive der Stadt diskutiert wird. In den meisten Fällen wird aus Landschaft Stadt und nicht umgekehrt. Wenn wir

aber einmal die Perspektive ändern und Stadt bzw. Region aus der Landschaft heraus lesen und begreifen, dann entstehen auch neue Bilder und Konzepte zu vielfältigen, urbanen und außergewöhnlichen Freiräumen. Anke Schmidt skizziert in ihrem Beitrag, was es bedeutet, Stadt aus der Landschaft heraus zu entwickeln. Anhand von vier Thesen erläutert sie die daraus resultierenden Anforderungen an die Entwicklung robuster und nutzerInnenorientierter Freiräume, an neue Raumbilder und kreative Prozesse und letztlich an eine erfinderische Praxis und neue Formen der Zusammenarbeit und Kooperation der unterschiedlichen Akteure und Systeme.

Holle Thierfelder erläutert am Beispiel der Stadt- und Freiraumentwicklung in Berlin, was es bedeutet, die Anforderungen an die »Schöne Stadt«, eine »Produktive Landschaft« und an eine »Urbane Natur« miteinander zu verknüpfen. Hier soll die Strategie in der Entwicklung der Stadtlandschaft auf die zukünftigen Aufgaben der Stadtentwicklung ausgerichtet werden. Neue gesellschaftlich Trends, die Themen des Klimawandels und der ressourceneffizienten Stadt und eine veränderte Mobilität machen die Strategie Stadtlandschaft zu einem sozialen, kulturellen und standortpolitischen Projekt der Stadtentwicklung – weit über die ausschließlichen freiraumbezogenen Anliegen hinausgehend. Auch hier, dies macht Holle Thierfelder deutlich, stellt die ressortübergreifende Kooperation einen wichtigen Schlüssel eines neuen Raumzugangs dar.

»Ein Perspektivwechsel ist erforderlich: der Charakter der Landschaft und Qualitäten des Freiraums müssen am Beginn einer Stadtwerdung stehen.« Philipp Rode stellt damit die Notwendigkeit zu einem veränderten Raumverständnis heraus, welches, so seine Aussage, weniger von einem konservierenden als von einem produktiven Landschaftsverständnis getragen werden soll. Landschaft wird als urbane Infrastruktur begriffen, die in netzartiger Ausprägung als Vorwegnah-

me städtischer Strukturen gelesen werden kann und an der sich die Entwicklung einzelner Quartiere orientieren kann. Er fordert auch ein anderes disziplinäres Verständnis der Landschaftsarchitektur ein, um den Freiraum nicht reaktionär an den Schluss von Planungsprojekten zu setzen, sondern proaktiv oder »definierend« an den Anfang. Gerade in den Erweiterungsgebieten der Stadt wird dieser Paradigmenwechsel zu der großen Herausforderung einer zeitgemäßen, urbanen Struktur.

In Wert setzen

Grün- und Landschaftsräume besitzen neben ihrer ökologischen, kulturellen und sozialen Bedeutung auch eine ökonomische Bedeutung. Ihnen liegt ein differenziertes Wertegerüst zugrunde. »Die Werte des Freiraums liegen in erster Linie in der Nutzbarkeit und Erreichbarkeit«, so Andreas Trisko im Werkstattgespräch. Gisa Ruland, Richard Stiles und Norbert Trolf werfen in ihrem Beitrag die Frage auf, wie sich oftmals sperrige Freiraumqualitäten der peri-urbanen Stadt im gesellschaftlichen Kontext überhaupt als Werte vermitteln lassen. Jenseits einer wissenschaftlich motivierten Typisierung eines Wertegerüsts geht es ihnen dabei vor allem um die Etablierung eines gesellschaftlichen Wertkonsenses als Voraussetzung für eine politische Willensbildung im Umgang mit der urbanen Stadtlandschaft.

Bezogen auf die Stadtentwicklung nehmen die Freiräume eine sehr ambivalente Rolle ein. Zum einen stellen Projekte und neue Quartiere gerne die Nähe zu Parks und Freiräumen heraus, was insbesondere auch den Vermarktungschancen und den monetären Werten zugute kommt. Bezogen auf die Investitionen ist die Wertschätzung den Freiräumen gegenüber allerdings deutlich geringer ausgeprägt. Erst recht, wenn diese nicht direkt dem eigenen Bauplatz zuzurechnen sind. Das derzeitige System fördert dieses Vorgehen, indem keinerlei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für bauliche Inanspruchnahmen vorgesehen sind. In anderen europäischen Städten, beispielsweise in

Berlin, wird auf Regelungen zurückgegriffen, die auch InvestorInnen stärker in die Verantwortung nehmen und sie zu freiraumbezogenen Ausgleichsmaßnahmen verpflichten. Die Entwicklung des bebauten Stadtraums kann damit mit der Entwicklung der Landschafts- und Grünräume einhergehen – eine wichtige Voraussetzung für ein urbanes Stadt-Landschaftsverständnis.

Die Wertediskussion wird von Philipp Rode um den Aspekt der »entwerteten Freiräume« ergänzt. Er thematisiert dabei jene Räume, die vermeintlich für die Stadt nicht von Wert seien. Wie können für solche Räume Leitbilder erzeugt werden, die durchaus Qualitäten besitzen? Die klassische »Gstettn« wird beispielsweise als qualitativvoll erkannt, weil sie nutzungs offen ist und auch in ihrer Ästhetik geschätzt wird.

Bilder erzeugen

Was sind die prägenden Elemente in der Stadtlandschaft? Braucht es neue Bilder von Landschaft? Manche Gesprächsteilnehmende meinen, es fehle an Visionen, an kräftigen Leitbildern, »Entscheidungen und Projekte werden aneinander gestückelt«, eine Vorstellung davon, wie sich die Stadt entwickeln soll, wo räumliche und thematische Schwerpunkte liegen, welche Ansprüche an Planungsprozesse gestellt werden, gebe es kaum. Andere widersprechen und sagen, es gäbe in Wien genügend Leitbilder und Pläne, woran es jedoch mangle, sei deren Umsetzung und Vermittlung.

Deutlich wird in dieser Diskussion, dass es starke und verlässliche Bilder und eine Vorstellung davon braucht, wie sich Stadt und Landschaft künftig entwickeln sollen. Erst recht gilt dies für die großen Stadterweiterungsgebiete, dort, wo die Transformationsprozesse am stärksten und die Veränderungen am tiefgreifendsten sein werden. Gerade dort bedarf es einer klaren Haltung und Positionierung, auf die aufbauend Entwicklungsentscheidungen getroffen werden können. Ein

solches kräftiges Bild zeichnet Andreas Kipar mit den *Raggi Verdi*, den Grünen Strahlen in Mailand, einem Freiraumsystem, das der gesamten Metropolregion Mailand ein Gefüge anbietet, Orientierung verleiht und ganze Stadtteile neu konfiguriert.

Netze knüpfen

Als Konsequenz der hohen Wachstumsdynamik entstehen auf den verbleibenden Freiflächen immer mehr Nutzungskonflikte. Immer weniger Flächen stehen zum wohnortnahen Spielen oder zur Erholung zur Verfügung. Um diesen Druck von einzelnen Freiflächen und Parks zu nehmen, wird eine feinmaschige Vernetzung der Freiräume immer wesentlicher. Durch Vernetzungsstrategien müssen Korridore festgelegt und netzartige Strukturen definiert werden, die unbebaut und freinutzbar bleiben müssen.

Ein hochwertiges Netz muss allerdings auf verschiedenen Ebenen gedacht, aufeinander abgestimmt und gut verknüpft sein. Dazu zählen unter anderem die funktionale Wegeverbindung für FußgeherInnen und RadfahrerInnen wie auch die ökologische Verbindung als Frischluftschneise für die gesamte Stadt. Dabei sind Freiräume als Teil eines größeren Systems zu betrachten und systemische Zusammenhänge müssen hergestellt werden. Wie wird etwa der Nationalpark Donauauen mit anderen Freiräumen attraktiv verknüpft und wie wird der Weg dorthin attraktiv? Eine Differenzierung von Freiräumen muss sich dabei nicht nur auf Gestalt- und Funktionstypologien, sondern auf Nutzungstypen und „Raumtalente“ beziehen. Gerade in dem engen Wechselverhältnis zwischen bebautem Raum und Freiraum, zwischen Innen- und Außenbereichen in einer netzartigen Struktur rücken die Anforderungen an die Entwicklung einer »Produktiven Landschaft«, an die sozialen und ökologischen Wertigkeiten des Freiraums zunehmend in den Fokus der Stadtentwicklung. Allem voran müssen allerdings die Gesamtzusammenhänge in den Vordergrund rücken,

um dieses Freiraumnetz aufzubauen. Eine punktuelle Verknüpfung von Freiräumen wird dazu nicht reichen. Es bedarf einer strategischen Haltung, bei der die Freiräume in der wachsenden Stadt verstärkt in den Fokus rücken müssen. Es geht um Werte und Werthaltungen, die diesen Räumen gegenüber eingenommen und vermittelt werden müssen. In dieser dynamischen Entwicklung braucht es einen offensiven Umgang mit den Freiräumen der Stadt – sie werden Austragungsort der Stadtentwicklung. (IFOER)







»Raum muss nicht immer gestaltet sein, die Landschaft kann auch mal so bleiben, wie sie ist.« Thomas Madreiter





»Quantitative Richtlinien alleine reichen nicht aus, um Flächen zu entwickeln, ebenso bedeutend sind qualitative Aspekte. Ein gewisses Maß an Quantität ist aber erforderlich, denn wenn die Grünflächen gegen null gehen, kann dieser Verlust mit Qualität nicht mehr kompensiert werden.« Norbert Trolf

Raggi Verdi Milano: Landschaft als urbane Strategie

Andreas Kipar

»The value of open space within the urban fabric is increasingly being rediscovered ... It is essential that all open space is viewed as a part of the natural framework, within which all built development is set, rather than simply the ‚space left over after planning‘.«

Bericht der Europäischen Kommission »European Sustainable Cities«

Entwicklungstendenzen heutiger Städte

In der derzeitigen Situation des globalen Wandels treffen besonders im europäischen Kontext zwei Phänomene aufeinander, die anregen, über die Zukunft unserer Städte und die dazugehörigen Bezugslandschaften nachzudenken: die wachsenden und sich weiter verdichtenden Metropolenregionen einerseits und schrumpfende, sich wandelnde Industrieregionen sowie ländliche Bereiche andererseits. Der urbane Transformationsprozess zeichnet sich somit durch die Gleichzeitigkeit und Nachbarschaft von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen aus. Unter diesen unterschiedlichen Tendenzen wandeln sich die Gegensätze von Stadt und Land zu gemischten Kontinua aus urbaner Agglomeration und freier Landschaft. Angrenzend an die historisch gewachsenen Kernstädte entsteht ein Patchwork aus Stadt- und Landschaftsfeldern – spätestens seit Sieverts als Zwischenstadt bekannt –, das immer mehr zu neuartigen urbanen Landschaften heranwächst. Eine solche Entwicklung von Städten und den dazugehörigen Bezugslandschaften stellt eine Tendenz dar, welche eine Grundsatzdiskussion im Umgang mit der Zukunft der Stadt fordert.

Mit der Verknüpfung von gestalterischen, ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten lassen sich neue Qualitäten und Charakteristiken erzeugen, die sich in innovativen Freiraumtypologien widerspiegeln. Dabei geht es immer mehr um die Stadt, die sich einer anhaltenden Renaissance eindeutig zu Lasten der ländlichen Regionen erfreut. In Europa leben schon heute bereits 80 % der Menschen in Städten, die sich mit dem Dilemma einer anhaltenden Nachverdichtung im Bestand bei gleichzeitiger Bewahrung und Profilierung bereits vorhandener Freiräume auseinandersetzen müssen. So ist die Frage nach mehr Grün in der Stadt längst nicht mehr eine dekorative. Sie hat sich aus den Zwängen einer gesetzlich verordneten Funktionalität zu einer Diskussion über Ökologie, Energieeffizienz, soziale Verantwortung und Lebensraumgestaltung sehr bürgernah weiterentwickelt. Die Frage nach der Grünen Stadt steigt proportional zu ihrer Beliebtheit, was viele Verwaltungen angesichts geringer wirtschaftlicher Ressourcen vor fast unlösbare Problemen stellt. Doch angesichts der sich immer deutlicher zeigenden Folgen des Klimawandels wird das Grün und der damit verbundene Freiraum neue Wege und Gestaltungsfor-

men finden. Egal ob die designten vertikalen Gärten des französischen Botanikers Patrick Blanc, die steigende Nachfrage nach kühlen Dachgärten, schattenspendende Bäume auf leer geräumten Stadtplätzen, temporäre Nutzungen im urbanen Freiraum, urbane Landwirtschaft oder die Umnutzung alter Industriegebiete zu neuen Lebensräumen, die das Bild der Stadt der Zukunft prägen. Es dreht sich immer mehr um Grün und öffentliche Freiräume, die sich offensiv in die Stadt drängen.

Der Rückzug aus der Wachstumsgesellschaft und das Ende der klassischen europäischen Industriegesellschaft erfordern innovative Anpassungsprozesse, um das Verhältnis von gebauter und kultivierter Landschaft neu zu gewichten. Landschaftsarchitekten nähren sich traditionell von den schönen Bildern der Gartenkunst, was vor allem in städtischen Parkanlagen und dem Stadtgrün im Allgemeinen zum Ausdruck kommt. Die Moderne als

Diese neu zu positionierende Landschaft ist auch Spiegel unserer Gesellschaft, der Menschen, die sie über Jahrhunderte mit ihren Aktivitäten geprägt haben und auch heute noch weiter prägen und sie damit ständigen Veränderungen aussetzen. Sei es die postindustrielle Wildnis mit ihrem neoromantischen Eigenreiz oder das Wiederaufleben eines neuzeitlichen Gartendenkens, beides steht für eine sich immer stärker artikulierende Sehnsucht nach Natur und vor allem nach sinnlicher Erfahrung.

Raggi Verdi - Das Mailänder Strahlenmodell

Ein Beispiel für ein solches Planungsmodell ist »Raggi Verdi - das Mailänder Strahlenmodell für die Metropolenlandschaft: auf dem Weg zur grünen Expo 2015«. Mailand ist im öffentlichen Bewusstsein nicht als grüne Stadt verankert. Durch die geografische Lage, die industrielle Entwicklung und die postindustrielle Transformation existierte bis vor einigen Jahren keine klare Strategie zur Freiraument-

»Die heute vielerorts gestellte Herausforderung aus ‚Stadt Landschaft machen‘ heißt Neuland zu betreten und sie nicht mehr im Gegensatz zur Stadt, sondern als lebensnotwendigen Bestandteil der Stadt einzubringen.«

Zeitgeist des uneingeschränkten Wachstums hat sich mit ihrem Kulturkampf gegen die Natur an vielen Orten massive Denkmale gebaut. Die heute vielerorts gestellte Herausforderung aus »Stadt Landschaft machen« heißt daher Neuland zu betreten und sie nicht mehr im Gegensatz zur Stadt, sondern als lebensnotwendigen Bestandteil der Stadt einzubringen.

Diese auch gesellschaftliche Herausforderung fragt dringend nach gezielten Kommunikationsstrategien, die sich vielschichtig, frühzeitig, orts- und projektspezifisch aufbauen. Dabei geht es in erster Linie auch darum, tragfähige Zukunftsaspekte einer breiten Bevölkerungsschicht sowie der Politik und Verwaltung zu vermitteln. Tatsächlich entdecken immer mehr Regionen ihren Freiraum und ihre regionale Gartenkultur, entwickeln dabei Ansätze einer vernetzenden Betrachtung zwischen traditioneller Freiraumplanung und großmaßstäbiger Landesplanung und bilden somit Impulse für die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung einer gesamten Region.

wicklung, die auch im Stadtgefüge ablesbar wäre und die über die Verwendung von Grün als bloßes Dekorationselement hinausginge. Im Gegenteil, die Peripherie der Stadt dehnt sich immer weiter und nahezu unkontrolliert aus. Bereits 2005 wurde zusammen mit der Gesellschaft Städtischer Interessen (AIM_Associazione Interessi Metropolitani) und unter Einbeziehung der Bevölkerung das Mailänder Strahlenmodell entwickelt. In einem ersten Schritt wurden die bestehenden Freiräume erfasst, neu organisiert und mit städtebaulichen Großprojekten vernetzt. Acht Strahlen, von denen jeder einzelne einem bestimmten Stadtteil zugeordnet ist, haben die Stadtmitte als Ausgangspunkt und streben, wie neue grüne Adern, hinaus ins Umland, bis sie auf einen grünen Ring stoßen, der sich aus bereits bestehenden Grünflächen, wie die des 600 ha großen Nordparks Mailands (Parco Nord) und zukünftigen potenziellen Projekten zusammensetzt. Der grüne Ring wird in Zukunft von einem Fuß- und Radweg in einer Gesamtlänge von etwa 72 Kilometern begleitet. Das Freiraumsystem verbindet und reaktiviert unge-

nutzte und nur wenig bekannte Freiraumklein-ode entlang der Strahlen sowie großräumige städtebaulich bereits entwickelte Flächen wie die verlassenen Produktionsstätten von Alfa Romeo, Pirelli, Maserati und Fiat.

Der grüne Ring als Vermittler und Antriebswerk des andockenden Freiraumsystems lenkt die Strahlen weiter in Richtung der Vororte Mailands. Dort werden sie von acht Entwicklungspolen und suburbanen Parks aufgefangen, die die Strahlen wiederum aufteilen und auf die gesamte Region Mailands ausweiten. Dieses erweiterte Modell der territorialen Strahlen

Abb. rechts:
Die territorialen
Strahlen -
Entwicklungspole
der »Raggi Verdi«,
© LAND MILANO

»Dieses Modell der territorialen Strahlen zielt darauf ab, das Verhältnis zwischen der Stadt Mailand und ihrem Umland zu relativieren und die lange Zeit als introvertiert bekannte Stadt in eine offene, mit dem Umland gut vernetzte, großräumige Metropole zu entwickeln.«

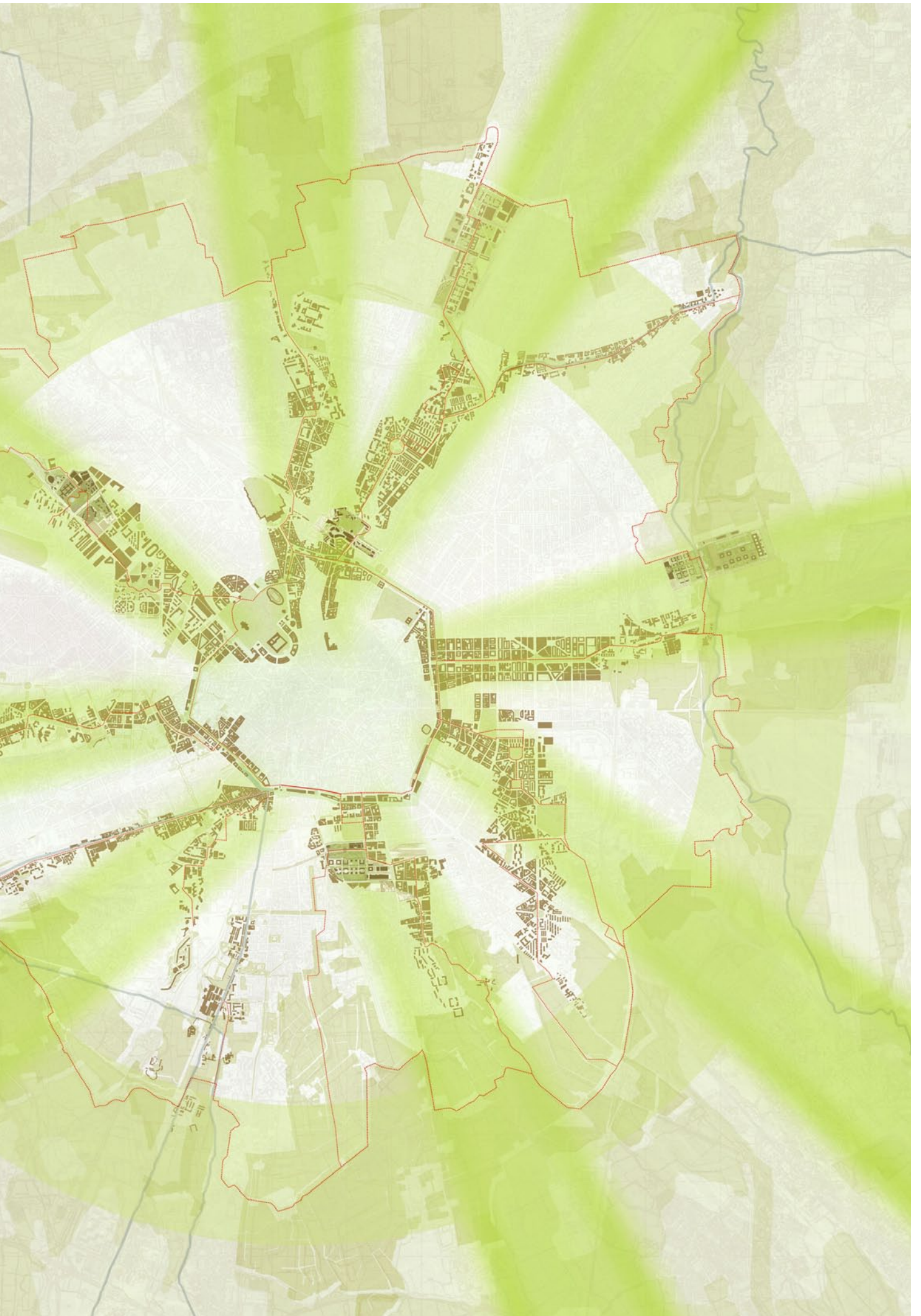
zielt darauf ab, das Verhältnis zwischen der Stadt Mailand und ihrem Umland zu relativieren und die lange Zeit als introvertiert bekannte Stadt in eine offene, mit dem Umland gut vernetzte, großräumige Metropole zu entwickeln.

Die Neuschaffung von Freiräumen wird im Zuge der Bewilligung von Bauvorhaben im Bereich der Grünen Strahlen durch die Stadt gefördert. Auf diese Weise wird durch die Nutzung von Public-Private-Partnership-Projekten nicht nur für Investoren, sondern auch für die Bewohner ein nachhaltiger Wert erzeugt.

Die Planungen in Mailand haben deutlich gemacht, dass eine Planungskultur, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten dargestellt hat, nur durch eine Transformation zukunftsfähig werden kann. Dabei sollte es nicht darum gehen, Planungsarten und -methoden von Grund auf zu verändern, sondern durch eine Rahmgebung vorhandene Potenziale zu bündeln und eine bessere Verknüpfung zwischen Planern und Adressaten zu schaffen.

Andreas Kipar
ist Landschaftsarchitekt und Gründer des Büros LAND (Landscape Architecture Nature Development).





Zusammenhänge entwerfen

»Die zu entwickelnden neuen Freiraumtypologien sollten Antworten auf aktuelle Herausforderungen und Nutzungszusammenhänge geben und nicht tradierte Bilder und Konzepte wiederholen.«

Das Wachstum von Städten verändert die urbanen Räume und ihre Zusammenhänge und stellt die Frage nach Entwicklungspotenzialen, Herangehensweisen und Umsetzungsstrategien für die grünen Freiräume der Stadt. Neben den etablierten öffentlich nutzbaren Freiräumen im urbanen Gewebe wie Parks und Spielplätze, Stadtteilplätze, Straßenräume, Sportanlagen, sind es vor allem die Übergänge und Randbereiche der Städte, in denen sich Kulturlandschaften und Waldgebiete mit städtischen Strukturen verzahnen, die als Gestaltungsaufgabe, als »urban green« in den Fokus rücken. »Mit der Ausdehnung der Stadt rückt die Landschaft näher«¹. Einerseits braucht es kleinräumigere, lokale Strategien zur Qualifizierung und Aktivierung der bestehenden Freiräume und eine großmaßstäbliche Betrachtung zur Entwicklung einer robusten Grundstruktur öffentlich nutzbarer Freiräume mit neuen Qualitäten und Raumtypologien. Stadtränder und Kulturlandschaftsräume und ihre regionalen Zusammenhänge bekommen im Zuge dieser Entwicklungen eine neue Bedeutung - als Freizeitraum, als ökologischer Raum, als produktiver Raum und dementsprechenden Qualifizierungsbedarf. Die zu entwickelnden neuen Freiraumtypologien sollten Antworten auf aktuelle Herausforderungen und Nutzungszusammenhänge geben und nicht tradierte Bilder und Konzepte wiederholen. Wie können nutzbare, produktive Freiräu-

me für die Zukunft entwickelt werden? Was heißt es, wenn Landschaft zur Grundlage einer Stadtentwicklung wird? Anhand von 4 Thesen und 4 Projektbeispielen beschreibe ich nun Ideen für Gestaltungsansätze und Entwicklungsstrategien.

Learning from Landscape: Stadt aus der Landschaft heraus entwickeln

Dass sich (neue) Siedlungsentwicklungen an räumlichen Besonderheiten der Landschaft orientieren und sie zur Grundlage machen, ist keine Selbstverständlichkeit. Oft wird die Stadt einfach nur ein Stück weiter »nach außen« geschoben. Dann wird versucht, urbane, innerstädtische Qualitäten durch bauliche Dichte entstehen zu lassen. Dabei liegt das besondere Potenzial des Stadtrands in seinem Kontakt zu den vorhandenen, oft auch noch produktiv genutzten (Kultur-)Landschaftsräumen. Diese Übergangsbereiche von Stadt zur Kulturlandschaft bieten im Gegensatz zu innerstädtischen Lagen die Möglichkeit, identitätsstiftende und robuste Strukturen aus dem Zusammenspiel von bebauten und unbebauten Räumen zu entwickeln. Stadt aus der Landschaft heraus entwickeln heißt dabei, die landschaftlichen Voraussetzungen wie Bodenverhältnisse, Wassersysteme, die Topografie und die kulturlandschaftlichen Eigenarten des Raumes als Grundlage zu nehmen und daraus neue Stadt-Landschaftstypologien

¹ Giseke, Undine in Creating Knowledge: Innovationsstrategien im Entwerfen urbaner Landschaften, Seggern, Hille von; Werner, Julia; Grosse-Bächle, Lucia (Hrsg.), Berlin 2009, S. 266 - 275

² Cabane, Philippe: Kultur der Bewirtschaftung; Interview in: polis 01/02 2009, S. 12 - 17

³ Stein, Ursula; Schultz, Henrik: Raum zum Sprechen bringen: Metaphern in kommunikativen Entwurfsprozessen in disP 188 / 1-2012, S. 59 - 67

⁴ Seggern, Hille von: Urbane Kulturlandschaften und aktuelle Herausforderungen von Stadt- und Regionalentwicklung in: DBU / DGGL (Hrsg) 2009 Stadt - Kultur - Landschaft, S. 21 - 26

Anke Schmidt
ist Architektin und Gründerin des Büros landinsicht. Zudem ist sie im STUDIO URBANE LANDSCHAFTEN an der Leibniz Universität Hannover tätig.

zu entwickeln. Auch könnte dies Kriterium für großräumige, städtebauliche Entscheidungen sein, dass z. B. bestimmte Räume aufgrund ihrer landschaftlichen Qualitäten nicht bebaut werden sollten.

Raumtalente entdecken und fördern

Anknüpfungspunkte für eine zukunftsfähige Entwicklung sind nicht alleine die physisch-räumlichen Grundlagen wie Topografie, Wassersysteme oder Siedlungsstrukturen: Lokale Akteure, Infrastrukturen, Bildung, Wissen und Kunst sind Talente der urbanen Landschaften, die in die Raumentwicklung eingebunden werden sollten. In der Verschränkung räumlicher Besonderheiten und Nutzungsformen, der Vernetzung von Freiräumen mit Infrastruktureinrichtungen, Akteuren, Vereinen, Initiativen und Projekten liegt ein weiteres Potenzial zur Entwicklung synergetischer Beziehungen. Philippe Cabane nennt dies eine »Kultur der Bewirtschaftung«², in der über den die Gestaltung des Gebrauchs der Stadt nachhaltige Räume geschaffen werden können. Menschen und ihre Handlungen in die Entwicklungsprozesse mit einzubeziehen und sie als Impulse und Teil des Entwicklungsprozesses zu verstehen, erfordert einen Perspektivwechsel in der räumlichen Planung und macht ein Nachdenken über passende Instrumente und Planungsverfahren erforderlich.

Räumliche Bilder entwerfen und kommunizieren

Gute räumliche Bilder können eine Vorstellung über die neuen Räume und ihre Nutzung vermitteln. Sie können eine Geschichte über die Zukunft erzählen. Sie können Raumqualitäten aufdecken, Möglichkeiten und Alternativen der Entwicklung aufzeigen, Diskussionen befördern, Überzeugungsarbeit leisten. Sie ermöglichen Aussagen, die noch nicht flächenscharf sind. Eingebunden in Kommunikationsprozesse können über Raumvisionen, Raumperspektiven, Metaphern, Stories, Raumstrukturbilder oder Kartografien Richtungen räumlicher Entwicklungen diskutiert werden. Solche neuen Formate ergänzen klassische Planungsformate und können als dynamische Bilder im Prozess weiterentwickelt werden. So können in komplexen Prozessen mit einer Vielzahl an Planungsbeteiligten mit unterschiedlichsten Hintergründen – Bürger, Politiker, Verkehrsexperte, Ingenieure etc. – Vorstellungen über die zukünftige Raumentwicklung gefunden werden.³

Erfinderische Praxis

Neue Projekte greifen immer in bestehende, meist komplexe Raumzusammenhänge ein und verändern diese. Sie sind meist vielschichtig, nicht mehr genau vorhersagbar, überschreiten Fachbereichsgrenzen und sektorale Perspektiven. Solche offenen Entwicklungsprozesse können »nur fortlaufend mitgestaltet werden«⁴. Dies erfordert mehr informellen Austausch, neue Formen der Zusammenarbeit und Kooperationen. Um die Kommunikation zwischen Akteuren, Räumen und Systemen herzustellen, braucht es Anlässe, um sich über Themen, Aufgaben, Probleme und Projekte auszutauschen – innerhalb der Stadt, mit den anliegenden Gemeinden, mit lokalen Akteuren. Gleichzeitig kombinieren mehrdimensionale Planungsansätze langfristige Zeithorizonte mit kurzfristigen Aktionen und verschränken die Projektebene mit der großräumigen Betrachtung des Netzzusammenhangs. Es gibt Raum für Experimente und Improvisation. In einem strategischen Entwerfen als Vorgehensweise verbinden sich Gestaltung und Handlung in dynamischen Entwicklungsperspektiven. Die Kunst besteht darin, Rahmen zu setzen und gleichzeitig eine Offenheit zu bewahren, um auf Unvorhergesehenes reagieren zu können.



ning from Landscape:
t aus der Landschaft heraus entwickeln

Statt noch einen Ring an die Stadt zu legen, entstand innerhalb des Strategiegutachtens Stadtrand-Landschaft ein Entwicklungskonzept, dass sich an den landschaftlichen Besonderheiten wie Topografie, Boden, Wassersysteme, Grundwasserstand, Dorfblicke, u. a. orientiert. Ein Raumstrukturbild sondiert mögliche Flächen für eine Siedlungsentwicklung, setzt einen möglichen Rahmen für die Entwicklung der Freiräume und formuliert »Stadtrandtypen«: Nachbarschaften in dichtem Gartenland, Quartier in lichtem Waldland, Anlaufstellen in weitem Wasserland, Baugruppen im offenen Moosland. Diese Stadtrandtypen beinhalten spezifische Siedlungs-Freiraumkombinationen. Auch für den »nicht bebauten Raum« des Wasserlands werden Strategien formuliert, um die Qualitäten des regionalen Freiraums zu entwickeln. Übergeordnet werden Durchlässigkeit, Erreichbarkeit und die Vernetzung mit angrenzenden Quartieren angestrebt.

Bearbeiterteam: cityförster, f r e i w u r f landschaftarchitekturen, landinsicht, Stein+Schultz
Auftraggeber: Stadt München



Raumstrukturbild o.M.
Strategiegutachten Langfristige Siedlungsentwicklung Stadtrand-Landschaft

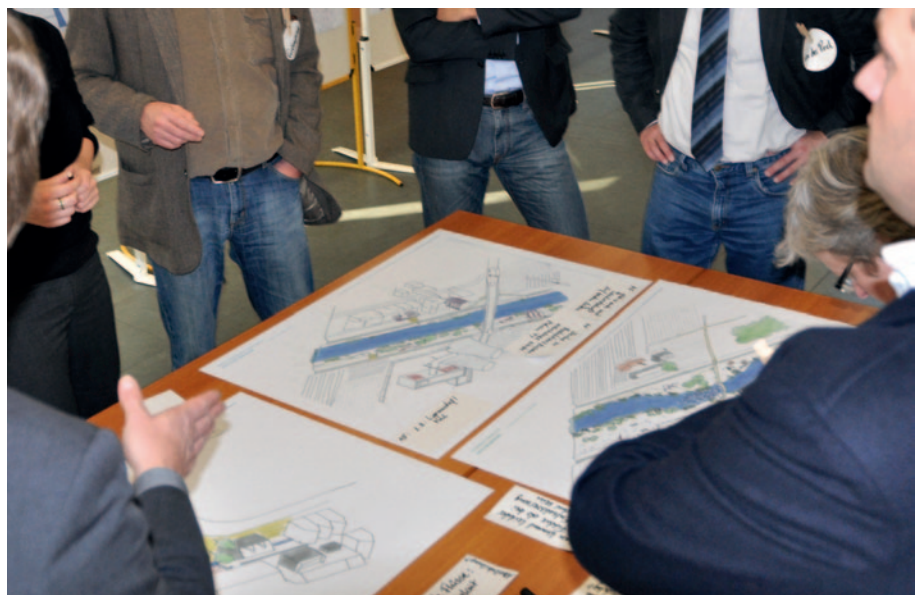


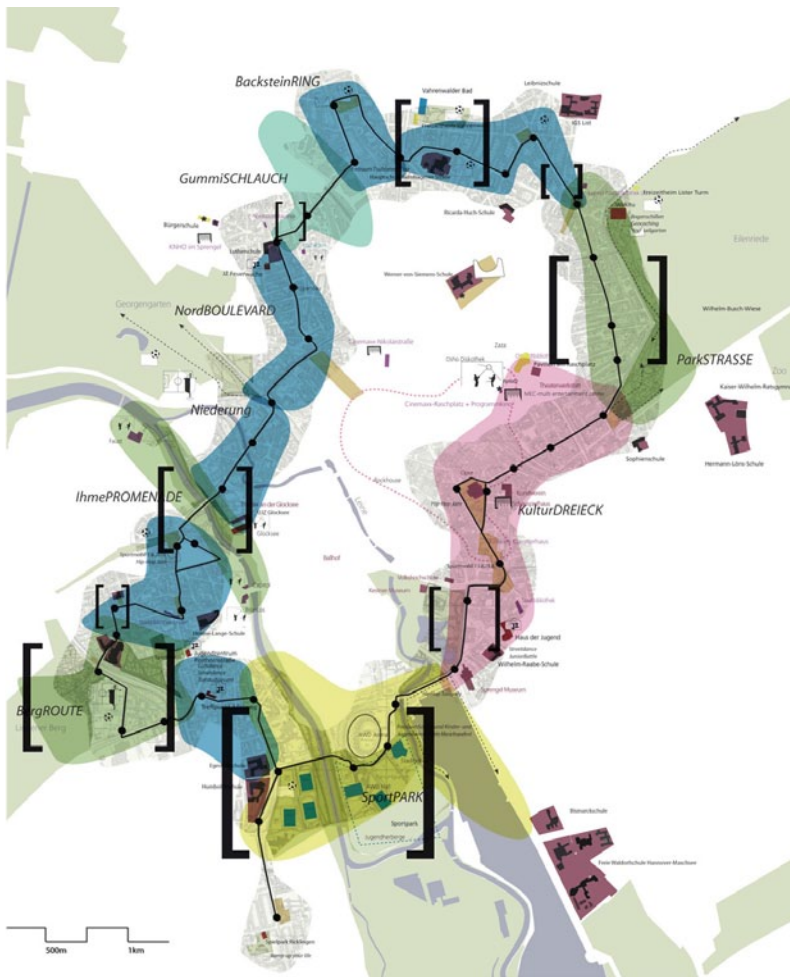
Räumliche Bilder entwerfen und kommunizieren

Bilder unterschiedlicher Flussraumtypen werden in einem intensiven Kommunikationsprozess mit Akteuren vor Ort entwickelt.

In der Zukunft werden sie eingesetzt, um die interdisziplinäre Zusammenarbeit an den Flüssen zu fördern, eine gemeinsame Sprache zu finden, um das komplexe Thema Flussentwicklung zu unterstützen.

Bearbeiterteam: farwick+grote, landinsicht, Planungsbüro Koenzen, Stein+Schultz | Auftraggeber: Regionale 2016 Agentur





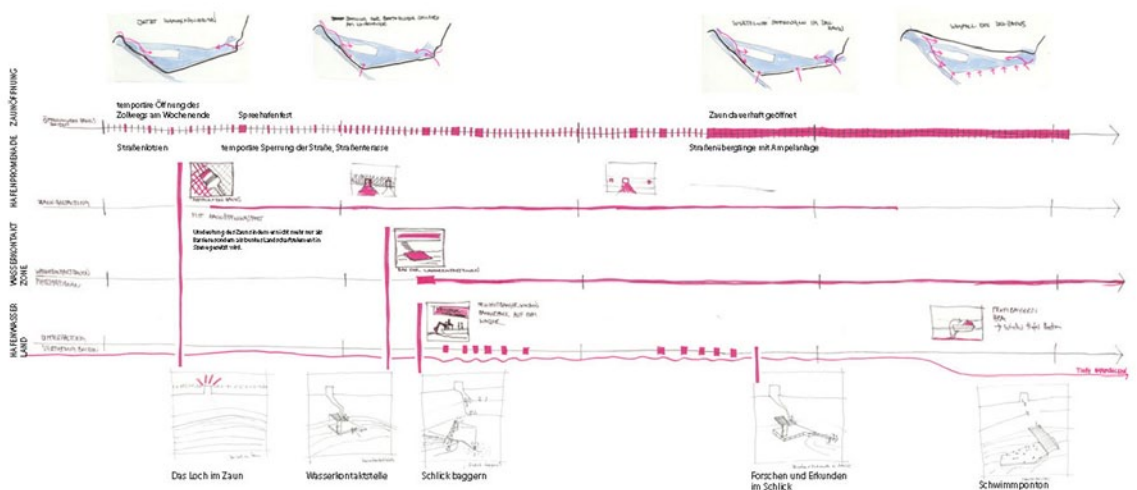
Raumtalente entdecken und fördern

Das Projekt »Das PLUS entwickeln!« beschreibt eine Stadtentwicklungsstrategie, die Jugendliche als Akteure und Impulsgeber in der Stadtentwicklung einbinden soll. Eine potenzialorientierte Raumperspektive setzt Akteure, Handlungsansätze, Angebote und öffentliche Räume entlang einer Buslinie gesamtstädtisch zueinander in Bezug. Über »Kraftfelder« werden die Stärken der Quartiere in ihren räumlichen Besonderheiten und Infrastrukturen für Jugendliche entwickelt. Temporäre Aktionsformen und langfristige Planungen stehen nebeneinander, Jugendangebote und räumliche Entwicklung werden miteinander verschränkt. Impulsprojekte zusammen mit einem Prozessentwurf, in dem an Projekten fachübergreifend und mit Jugendlichen konkret räumlich gestaltet wird, sind quasi die Partitur der Konzeptentfaltung und Umsetzung.

Bearbeiterteam: f r e i w u r l a n d s c h a f t a r c h i t e k t u r e n, l a n d s c h a f t, Dr. - phil. Claudia Heizelmann, Prof. Dr. Hille v. Seggern | Auftraggeber: Landeshauptstadt Hannover

PARTITUR

Raum-zeitliche Komposition von Maßnahmen und Ereignissen für das Wilhelmsburger Hafenland



Erfinderische Praxis

Der Prozessentwurf für die Entwicklung einer vorher unzugänglichen Fläche im Rahmen der IBA Hamburg im Stadtteil Wilhelmsburg arbeitet auf unterschiedlichen Maßstabs- und Projektstufen. Innerhalb eines Gestaltungsrahmens können Entwicklungen dynamisch angepasst werden. Strategisch wichtige Punkte der Entwicklung werden visualisiert, neue Entwicklungen und Akteure können in den offenen Prozess eingebunden werden.

Bearbeiterteam: Sabine Rabe, Hille von Seggern, Antje Stokman, Bettina Kunst, Anke Schmidt

Strategische Stadtentwicklung Berlin

Zukunftsaufgaben
für das Grün

Berlin hat ein wertvolles Pfund: Fast 44 % der Stadtfläche sind Wälder, Seen und Flüsse, Parkanlagen, Kleingärten, temporäre Gärten, Schutzgebiete, Brachen, Landwirtschaftsflächen – ein breites Spektrum an Grünräumen, das eng mit der urbanen Stadt verbunden ist. Dieses Kapital in Zeiten knapper Kassen zu erhalten und zu profilieren für den Klimawandel, den demografischen Wandel und die Nutzungsansprüche einer zunehmend diversifizierten Gesellschaft ist eine Herausforderung.

In den letzten 20 Jahren hat die formelle Landschaftsplanung vor allem mit dem Landschaftsprogramm und mit der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung viel erreicht, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen. Heute liegt die nächste Grünfläche für 2,2 Millionen Berlinerinnen und Berliner höchstens 500 Meter von ihrer Wohnung entfernt – und ist damit bequem zu Fuß erreichbar.

80 % der Projekte, die das räumliche Leitbild des Berliner Freiraumsystems aus den 1990er-Jahren mit seinem äußeren und inneren Parkring vorsah, sind umgesetzt. Fuß- und Radwege hat Berlin in den letzten Jahren umfassend als Freizeitwege ausgebaut. Ein Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung der »20 grünen Hauptwege«. Von ihrem 550 Kilometer langen geplanten Wegenetz sind heute

470 Kilometer nutzbar. Trotzdem ist es Zeit für eine grundlegende strategische Auseinandersetzung mit der Stadtlandschaft, bewusst als integraler Teil der Stadtentwicklung.

Berlin stellt sich den neuen Herausforderungen mit einem systematischen, integralen und umfassenden Ansatz und kann dabei auf einer etablierten Zusammenarbeit von Stadt- und Landschaftsplanung aufbauen. Die Abteilung I der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ist die Strategieabteilung der Berliner Stadt- und Freiraumplanung. Der Senat hat 2011/2012 drei in der Abteilung I entwickelte Konzepte beschlossen, die sich ergänzen und eng verzahnt mit dem »Grün« als wesentlichen Faktor einer nachhaltigen Stadtentwicklung befassen:

Der Stadtentwicklungsplan Klima widmet sich den räumlichen und stadtplanerischen Aspekten des Klimas in Berlin. Er rückt dabei die Handlungsfelder Bioklima im Siedlungsraum, Grün- und Freiflächen, Gewässerqualität und Starkregen sowie Klimaschutz in den Mittelpunkt. Die Strategie zur biologischen Vielfalt setzt einen eigenen Schwerpunkt auf Arten und Lebensräume mit urbanen Bezügen.

Die Strategie Stadtlandschaft baut auf bestehenden Stärken auf und entwickelt diese mit drei Leitbildthemen »Schöne Stadt«, »Produkt-

tive Landschaft« und »Urbane Natur« weiter. Ein Netz aus bestehenden Grünflächen und als öffentliche Freiräume nutzbaren Straßen wird zum Grundgerüst der lebenswerten Stadt. Die »Schöne Stadt« zielt dabei auch auf eine Qualifizierung des gartenkulturellen Erbes historischer und aktueller Freiraumarchitektur. Ein räumlicher Schwerpunkt liegt in bioklimatisch belasteten und sozial benachteiligten Gebieten.

Die Berliner Stadtnatur ist nicht nur schön, sondern auch ein ökonomisch und sozial produktiver Raum. »Produktive Landschaft« verbindet Kleingärten, Landwirtschaft und Subsistenzwirtschaft mit der Do-it-yourself-Kultur von Zwischennutzern, Raumpionieren, Unternehmern und einem ökologisch motivierten Lebensstil. Aktives Mitgestalten stärkt bürgerschaftliches Engagement, erhöht die Verantwortung für das städtische Grün und schafft neue Entfaltungsräume.

Berlin besitzt mit seinen Natur- und Landschaftsräumen in enger Verflechtung mit der Stadt ein breites Angebot und hochwertiges

veränderte Mobilität werden in die Strategie Stadtlandschaft aufgenommen. Die Strategie Stadtlandschaft ist damit nicht nur ein freiraumbezogenes, sondern auch ein soziales, kulturelles und standortpolitisches Projekt der Stadtentwicklung.

Um die Strategie Stadtlandschaft umzusetzen, sind sieben neue Programme geplant, unter anderem wird ein Programm zur Sanierung und Profilierung von Grünanlagen aufgelegt. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Berliner Straßenbaumbestand. Zusätzlich zu den 436.000 vorhandenen Bäumen werden 10.000 neue Straßenbäume vor allem in leeren Baumscheiben gepflanzt.

Vorhandene Ressourcen, zum Beispiel Förderprogramme, sollen auf die Strategie ausgerichtet und dafür genutzt werden. Verstärkt sollen auf der Ebene des Bundes und der EU neue Fördermittel akquiriert werden. Daneben gilt es Sponsoring und bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren. Vor allem ist mit der Strategie Stadtlandschaft erreicht worden, dass trotz der angespannten Haushaltslage

»Die Strategie Stadtlandschaft ist nicht nur ein freiraumbezogenes, sondern auch ein soziales, kulturelles und standortpolitisches Projekt der Stadtentwicklung.«

Flächenpotenzial. »Urbane Natur« steht für ein Naturerleben mitten in der Stadt und zielt gleichzeitig auf die Förderung der biologischen Vielfalt.

Diese drei Themen gelten grundsätzlich für alle Grün- und Freiflächen der Stadt. Trotzdem entwirft die Strategie Profilierungsräume für räumliche Schwerpunktsetzungen, aber auch als Kommunikationsmittel. Die Strategie Stadtlandschaft arbeitet dabei nicht mit Plänen, sondern setzt auf einprägsame Bilder: Das »grüne Netz«, die »gelben Sphären« und das »blaue T«.

Die Strategie Stadtlandschaft ist auf die großen zukünftigen Aufgaben der Stadtentwicklung ausgerichtet. Im Mittelpunkt stehen die Themen Klimawandel und ressourceneffiziente Stadt, demografischer Wandel und kulturelle Vielfalt. Neue gesellschaftlichen Trends, wie die Do-it-yourself-Kultur, die Verknüpfung von urbanen und ländlichen Lebensstilen und eine

Berlins ergänzende Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2 Millionen Euro für die Umsetzung des Konzepts im Haushalt zur Verfügung stehen. Die Strategie Stadtlandschaft setzt auch auf ressortübergreifende Kooperationen und Allianzen mit den vielen Akteuren der Stadt. Um weitere Mittel freizusetzen, gilt es, den Wert der Grün- und Freiräume deutlicher herauszustellen. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Kommunikation, in deren Zentrum modellhafte Referenzprojekte stehen. Sie füllen das Leitbild mit Leben, machen es anschaulich und weisen als gute Beispiele den Weg in Berlins grüne Zukunft.

Holle Thierfelder
ist in der Berliner
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und
Umwelt tätig.

Landschaft, Stadt und Freiraum im Wachstum

Philipp Rode

Wenn die Stadt wächst, dann schrumpft die Landschaft, dann werden die Freiräume kleiner und die Handlungsspielräume enger – so die geläufige Sicht auf den Prozess des Stadtwachstums. Tatsächlich bestimmen oftmals die Kubaturen, die Bauvolumina und die kurzfristig verwertbare Nutzfläche jene Überlegungen, die zur Entwicklung neuer Projekte, Quartiere und Stadtteile führen. Der Freiraum nimmt in dieser Entwicklung eine eigenartige Zwischenposition ein: die Wichtigkeit einer ausreichenden Freiraumausstattung für qualitätvollen Städtebau wird zwar betont, seine Realisierung orientiert sich aber wenig an Entwicklungsperspektiven und steht auf Objektebene meist am Ende des Gesamtprozesses.

Dabei stellen die übergeordneten und die siedlungsbezogenen Freiräume einen wesentlichen Wertfaktor für das Marketing wie auch für die BewohnerInnen von Neubauprojekten dar. Dieser wird allerdings in vielen Fällen nicht von einer entsprechenden Wertschätzung des Freiraumes bei der Entwicklung und baulichen Umsetzung der Projekte begleitet, wie eine aktuelle Forschungsarbeit zeigt.¹ Es scheint, als würde der urbane Freiraum in Wien durch den Prozess der Stadtwerdung in seinen Potenzialen beschnitten.

Stattdessen wäre die Entwicklung eines Ansatzes, der die Stadt nicht in die Landschaft hinein, sondern aus ihr heraus baut, eine Antwort auf die Forderung nach qualitätvoller Urbanität. Dafür muss im ersten Schritt verstanden werden, dass die Qualität von Freiräumen zunächst von ihrer quantitativen Berücksichtigung abhängt. Der Verlust von flächenmäßiger Ausstattung kann irgendwann nicht mehr mit Material-, Pflanz- und Gestaltqualität kompensiert werden. Im zweiten Schritt ist das Verhältnis von Stadt und Landschaft in jenem Sinne zu definieren, dass die Landschaft das Substrat von Stadt(-planung) ist. Landschaftliche Trägerelemente bilden das physische Gerüst für städtische Strukturen, ihre kulturelle Bedeutung liefert den Ausgangspunkt für urbane Narrative. In diesem Sinne ist Landschaft als vielschichtiger Begriff zu verstehen, dessen unterschiedliche Ebenen für die städtische Entwicklung nutzbar gemacht werden können.

Aus dieser Sicht sollte der Frei- respektive Grünraum nicht am Ende städtischer Entwicklung, sondern an ihrem Beginn stehen. Das Netz landschaftlicher Strukturen kann als die Vorwegnahme der städtischen Strukturen gelesen werden, die Anlage urbaner Quartiere orientiert sich nach der landschaftlichen Grundanlage. Landschaft wird in dieser Sichtweise als urbane Infrastruktur interpretiert – die in öf-

¹ vgl. Licka, Dlabaja, Papst, Rode, Witthöft (2011): *FreiWERT* – Untersuchung der Qualität und Wertigkeit von Freiräumen von innerstädtischen Neubauprojekten und Darstellung innovativer Lösungen. Berichte aus Energie- und Umweltforschung, bm:vit, Wien.

² vgl. Welsch (1990):
Ästhetisches Denken.
Reclam, Stuttgart.

fentliche Räume, Parkanlagen, Baufelder und Verkehrsräume transformiert wird. Das grüne Netz der Landschaft bildet den späteren unbebauten Raum bzw. Freiraum der Stadt. Einen wesentlichen Stellenwert nehmen dabei die vermeintlich entwerteten Freiräume ein, denen bei oberflächlicher Betrachtung aus ästhetischer, ökologischer oder sozialer Sicht eine geringe Wertigkeit zugeschrieben wird. Doch genau ihre »Andersheit«² machen oftmals ihre spezifische Qualität aus. Die Einbeziehung von Restflächen, Niemandsländern und Gstettn in Entwicklungsstrategien ermöglicht die Aktivierung von Potenzialen zur Produktion einer vielgestaltigen Urbanität und bereichert das Netzwerk urbaner Freiräume.

Was ist für die Umsetzung dieser Skizze notwendig?

- Ein Perspektivenwechsel ist erforderlich: der Charakter der Landschaft und Qualitäten des Freiraums müssen am Beginn

- Das landschaftliche Potenzial muss kritisch überprüft und begrifflich erweitert werden: Nicht nur die physische und ökologische Wertigkeit von Landschaft, sondern auch ihre sozialen und kulturellen Dimensionen sind zu berücksichtigen. Insbesondere dort, wo im landläufigen Sinne „nichts“ ist, sollte ein zweites oder drittes Mal hingeschaut werden. Es sollten die verwendeten Begriffe, Bewertungskriterien und Kategorien hinterfragt werden, bevor vorhandene Potenziale vernichtet werden. Die Entwicklung einer entsprechenden Typologie von Wiener Freiräumen könnte dafür eine Basis bilden. Die Potenziale vermeintlich entwerteter Freiräume und Restlandschaften müssen einer Neubewertung unterzogen und in Entwicklungsstrategien integriert werden.
- Der Freiraum muss auch auf Objektebene seiner Wertigkeit entsprechend im Planungs- und Bauprozess berücksichtigt

»Die Einbeziehung von Restflächen, Niemandsländern und Gstettn in Entwicklungsstrategien ermöglicht die Aktivierung von Potenzialen zur Produktion einer vielgestaltigen Urbanität und bereichert das Netzwerk urbaner Freiräume.«

einer Stadtwerdung stehen. Wichtig ist, dass dieses Verständnis weniger von einem konservierenden als von einem produktiven Landschaftsverständnis getragen wird. Die Strukturen, Potenziale und Elemente der Landschaft können in diesem Sinne für eine ortsspezifische Stadtentwicklung nutzbar gemacht werden.

- Eine disziplinäre Neuorientierung ist notwendig: die landschaftlichen Planungsdisziplinen müssen weniger eine reaktive Haltung, die die Definition der Stadtlandschaft den Gebäuden überlässt, sondern eine definierende Position übernehmen. Die frühzeitige Einbeziehung der Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur in Fragestellungen des Städtebaus hat in den Niederlanden, aber auch in Deutschland Tradition und in Planungsinstrumenten verankert. Wieso kann nicht auch in Wien die Entwicklung städtebaulicher Leitbilder als komplexe Aufgabenstellung verstanden werden und daher eine kooperative Bearbeitung zum Standard werden?

werden. Für die Herstellung qualitativ hochwertiger Freiräume sind Flächenausmaß und -konfiguration frühzeitig zu definieren, ist eine kompetente fachliche Bearbeitung notwendig und sind ausreichend Geldmittel zur Realisierung bereitzustellen. Qualitätskriterien und -standards, ebenso wie Kontrollschritte sind – ähnlich wie in der Gebäudearchitektur – zu entwickeln und anzuwenden. Die hergestellte Qualität der Freiräume sollte als Kriterium zur Auszahlung von Fördermitteln herangezogen werden.

Philipp Rode

ist Landschaftsplaner,
Gesellschafter des Büros
zwoPK und wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der BOKU Wien.

Urban Green – Alles Landschaft!

Verfolgen wir die Diskussion der letzten Jahre und Jahrzehnte um die Entwicklung der europäischen Ballungsräume, so findet man vor allem ein Phänomen, das in unterschiedlichen Intensitäten die Entwicklung der Stadt maßgeblich mitbestimmt: Die klaren Begrenzungslinien, die einst Stadt und Land voneinander trennten, haben sich weitgehend aufgelöst. Das begriffliche und konzeptionelle Erfassen dieser peri-urbanen Räume scheint offensichtlich Schwierigkeiten zu bereiten, nicht zuletzt aufgrund der heterogenen Struktur von Bebauung und Freiraum sowie durch die hohe funktionale Durchmischung der Räume. Dieser Transformationsprozess erfordert nicht nur Stadt jenseits der historischen Kernstädte neu zu begreifen, sondern auch städtische Freiräume in ihrer Gesamtheit neu zu betrachten und zu bewerten.

Freiräume der peri-urbanen Stadt sind nur mehr bedingt durch Freiraumtypologien der „alten Städte“ zu beschreiben. Der Park, der Kleingarten und die wohnungsnahen Freiräume müssen um neue Typologien ergänzt werden, die noch intensiver über ihren funktionalen Qualitäten definiert werden. Die große Herausforderung wird darin bestehen, diese vielfältigen Qualitäten im gesellschaftlichen Kontext als Werte zu vermitteln. Im Bild der alten Kernstadt ist ein Park noch ein Park, wenn auch mit unterschiedlichsten Ausprägungen. Aber was genau ist eine Freizeitlandschaft, ein Kommunikationsort oder gar eine Freestyle-

City? Wie können peri-urbane Landschaften mit hohem Prozesspotenzial aber geringer Gestaltqualität als Wert kommuniziert und in Wert gesetzt werden? Das Positionieren unterschiedlicher Freiraumtypologien mit klaren räumlichen Grenzen und klaren funktionalen Anforderungen wird durch die hohe Dynamik und den damit verbundenen Transformationsprozessen in allen urbanen Bereichen zunehmend schwieriger. Dabei geht es nicht nur um eine neue Charakterisierung und ein neues Verständnis von Freiräumen, sondern auch um die Etablierung eines gesellschaftlichen Wertekonsens, der die Voraussetzung für eine politische Willensbildung darstellt.

Eng mit dem Begriff der Wertigkeit und somit der Qualität ist auch der Begriff der Quantität verbunden. Richtwerte für den Mindestbedarf an Freiflächen gibt es zur Genüge. Es hat sich aber gezeigt, dass quantitative Reglements alleine nicht ausreichen, Freiräume zu sichern oder gar zu entwickeln. Ebenso bedeutend sind die qualitativen Aspekte urbaner Freiräume. Dem Wunsch von „Qualität statt Quantität“ kann nur dann nachgekommen werden, wenn entsprechende (Mindest-)Flächen bereitgestellt werden können, die den funktionalen Anforderungen tatsächlich genügen. Die Anforderungen sind in der Vergangenheit nicht kleiner geworden, im Gegenteil, das Spektrum hat sich zunehmend erweitert: Vor allem im Bereich der sogenannten »Ecosystem Services« zur Beeinflussung des Stadtklimas und

der Luftqualität, des Wasserhaushalts und zur Sicherung der Biodiversität, sind großflächige Grünzonen sowohl innerhalb als auch außerhalb die alten Kernstädte auch künftig unabdingbar. Folglich bedarf es eines sukzessiven Umbaus und einer Anpassung bestehender »konventioneller« städtischer Freiräume.

Trotz redlicher Versuche seitens der Stadtverwaltungen und vieler engagierter Planer, entsprechende Flächen zu sichern und zu entwickeln, muss man sich doch mancherorts eingestehen, dass die ambitionierte Zielsetzung unterschiedlicher Stadtentwicklungspläne nur bedingt umgesetzt werden kann. Neben verschiedensten Hürden gestaltet sich vor allem die Mobilisierung entsprechender (Frei- und Grün-)Flächen als schwierig. Die Probleme haben sich für viele Städte angesichts sinkender Budgets in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Mit der Bündelung und Konzentration der Aktivitäten auf ausgewählte Zielgebiete bzw. Zielthemen und mit der Vernetzung und Aufwertung bestehender Freiräume wird versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Betrachtet man die Entwicklungspläne europäischer Städte etwas genauer, so wird man – abgesehen von einigen lokalen Besonderheiten – einen mehr oder weniger breiten Konsens über die Bedeutung städtischer Grünräume und deren künftiger Entwicklung feststellen. Vor allem das Thema der klimatischen Veränderungen und den damit verbundenen künftigen Herausforderungen an die Planung und Gestaltung als auch die Sicherung und Entwicklung einer grünen Infrastruktur, insbesondere an den Stadträndern, sind jene Themen, die uns in den nächsten Jahren in besonderem Maße beschäftigen werden.

So breit sich der Konsens bei den Zielsetzungen darstellt, so unterschiedlich sind die rechtlichen Rahmenbedingungen und somit auch die Instrumentarien, welche die Politik der Verwaltung in die Hand gibt, um die Zielsetzungen auch tatsächlich in die Realität umzusetzen. Welche Bedeutung eine Stadt den Grün- und Freiräumen beimisst, wird letztendlich nicht an den in Hochglanz gedruckten Entwicklungsstrategien und bunten Plänen gemessen werden, sondern einzig und allein an der Umsetzung, an der Zahl und Qualität der Freiräume, die tatsächlich entwickelt, verbessert und in Wert gesetzt werden. Nur Qualitäten, die erlebt werden können, werden

von der Bevölkerung auch akzeptiert und mitgetragen werden.

Da es immer schwieriger erscheint ordnungsplanerische Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen »von oben nach unten« umzusetzen, wird versucht, dort Freiräume zu installieren, wo auch kurz- und mittelfristig entsprechende Flächen verfügbar gemacht werden können, um so ein Netzwerk aus unterschiedlichen Freiraumtypologien zu flechten. Der Aufbau der grünen Infrastruktur als Gerüst für die Entwicklung der neuen peri-urbanen Räume, wird ein wichtiger Schritt für die Gesamtentwicklung einer Stadt darstellen, diese Struktur nur als lineare und punktuelle Verkettungen zu verstehen, greift aber zu kurz.

Notwendig ist die Entwicklung einer neuen flächendeckenden Betrachtungsweise, wie sie in der europäischen Landschaftskonvention zu finden ist. Die Stadt in ihrer Gesamtheit muss als Landschaft verstanden werden, von der historischen Kernstadt bis hin zu den neuen peri-urbanen Räumen; als ein Mosaik mit unterschiedlichen Bebauungs- und Freiraumdichten; ein Matrix aus Funktions- und Nutzungsebenen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss daher folgende Aufgabenstellungen meistern:

- punktuell - die Anpassung der bestehenden Freiraumstrukturen an den Klimawandel,
- linear - die Verbesserung der Verflechtung und Vernetzung der bestehenden grünen Infrastruktur und
- flächig - die Optimierung der Matrix, der unterschiedlichen Landschaftstypen, die sich zwischen den punktuellen und linearen Strukturen aufspannen.

In diesem Kontext muss auch die Diskussion über Typologien neu betrachtet werden, denn viele Typologien sind mit Vorstellungen belegt, die den neuen Gestalt- und Nutzungsformen nicht mehr genügen. Was künftig noch mehr zählt, ist die Leistungsfähigkeit der grünen Infrastruktur und deren Schnittstellen, die das Ineinandergreifen funktionaler Ebenen bereitstellen, von der Verflechtung der Freiräume mit der Bebauung, mit den Mobilitätsräumen und anderen Nutzungsformen bis hin zur ökologischen Tragfähigkeit der unterschiedlichen Landschaftselemente. Ein Verständnis von Stadt und Freiraum als dynamisches und offenes Netz zu transportieren, ist die große Herausforderung der Zukunft.

Ganz Wien ist Stadt – ganz Wien ist Landschaft **Kirsten Müllner, Isabel Wieshofer**

»Es gibt in der ganzen Stadt keine Fläche, die nicht Landschaft ist«, gibt uns Richard Stiles mit auf den Weg in eine Diskussion über Freiräume, Leitbilder und Stadtlandschaften in Wien. Eine Werkstatt in einer Landschaft, die Raum lässt für die Entwicklung von Ideen, und dennoch so viel mitgibt, dass man niemals unverändert weggeht. Die Werkstatt »urban green« im Entwicklungsgebiet Aspern Seestadt:

Noch nahezu unbebaut wartet diese Landschaft auf die Stadtentwicklung auf der »grünen Wiese«, erste Umsetzungen wie die U-Bahn-Trasse sind Zeichen bereits stattgefundenener intensiver Planungsprozesse. Wie wollen wir mit diesen Raumqualitäten in der Stadt umgehen?

Freiräume sollen ihre Funktionen optimal erfüllen, zusammenhängende Elemente eines Systems sein und sich in Entwicklungen dynamisch verhalten.

Funktionen

Jede dieser Stadtlandschaften hat für die jetzt und in Zukunft hier lebenden Menschen Qualitäten und damit Funktionen. Die Funktion ist entweder durch die Nutzbarkeit gegeben, da dadurch ein Bedarf direkt erfüllt wird, oder die Freifläche wirkt indirekt beispielsweise als Klimaausgleichselement bzw. Wasserrückhalteraum.

Frei- und Grünräume erfüllen unterschiedlichste Funktionen. Sie dienen als Orte der Erholung und des Verweilens, als Orte des Spielens für Kinder und Jugendliche. Sie sind Ausgangspunkt, um mit Gleichgesinnten die Freizeit zu verbringen bzw. sich zu treffen. Sie sind demnach ein wichtiges Element im Stadtsystem ebenso wie soziale Infrastruktur oder Verkehrsnetze, welche die Mobilitätsbedürfnisse des Menschen abdecken.

Für die Bevölkerung geht es bei Grün- und Freiflächen vorrangig um Erreichbarkeit und Nutzbarkeit. Diese beiden Parameter stellen die

Voraussetzung für den zeitgemäßen Qualitätsanspruch dar. Idealerweise kann der Erholungssuchende von zu Hause aus je nach Interesse und Zeitbudget zu Fuß, mit dem Rad oder als Läufer seinem Erholungs- oder Bewegungsbedürfnis nachkommen, ohne auf öffentliche Verkehrsmittel oder Pkw angewiesen zu sein. Unabhängig davon ist bei der Planung von neuen Stadtteilen und bei der Schaffung neuer Freiräume auf bereits bestehende Raumtalente zu achten.

Systeme

Es gibt kleinräumige Freiraumstrukturen wie Parks, Grünanlagen, historische Gärten oder Plätze, welche die Lebensqualität einer Stadt wesentlich beeinflussen. Darüber hinaus gibt es maßstäblich größere Flächen wie

»Unter Berücksichtigung einer wachsenden Stadt und einer Sicherung der Lebensqualität ist es wichtig, die bestehenden Flächen über lineare Freiraumstrukturen zu einem Netzwerk zu verbinden, damit der Nutzungsdruck auf die einzelnen Flächen reduziert werden kann.«

den Wald- und Wiesengürtel, die Donauinsel oder den Prater. Für eine solide Planung und Sicherung der Frei- und Grünraumqualität in Wien wird auf unterschiedlichen Maßstabsebenen gedacht.

Unter Berücksichtigung einer wachsenden Stadt und einer Sicherung der Lebensqualität ist es wichtig, die bestehenden Flächen über lineare Freiraumstrukturen zu einem Netzwerk zu verbinden, damit der Nutzungsdruck auf die einzelnen Flächen reduziert werden kann.

Wieso fühlen wir uns üblicherweise in Grün- und Freiräumen wohler als in verkehrsdominierten Räumen der Stadt? Es ist wohl die Art der Gestaltung und das Raumgefühl eines Frei- bzw. Grünraumes, das positiv

besetzte Assoziationen bei uns Menschen auslöst. Haben wir die Wahl – losgelöst von zeitbedingten Zwängen –, in einer Allee bzw. durch einen Park oder über einen architektonisch attraktiven Platz zu flanieren, anstelle in lärmbelasteten und vom Verkehr dominierten Straßenschluchten unterwegs zu sein, wird sich wohl ein überwiegender Teil der Menschen für den attraktiveren Weg entscheiden und durchaus auch die Bereitschaft für etwaige längere Wegstrecken – auch im Alltag – in Kauf nehmen.

Gemäß den Funktionen wie tägliche Wege, Freizeit oder ökologische Bedeutung hat dieses Netz verschiedene Typologien. An vielen Stellen ist bereits ein Bild davon etabliert, an anderen ist dieses noch zu entwerfen und zu kommunizieren. Selbst dort, wo die Planung auf die »grüne Wiese« trifft, sind Verbindungen früh zu etablieren, weil dies Identitäten schafft.

Dynamik

Die Verbesserung der Stadtstruktur gelingt heute nicht mehr allein durch das Freilassen von Flächen. In einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung liegt die Chance in der Planung von Freiräumen, um zur Qualifizierung des Lebensraumes beizutragen, wie Andreas Kipar rät. Eine Optimierung der vielfältigen Funktionen dieser Flächen wird die Bereitstellung hochwertiger Freiräume für alle ermöglichen.

Der Rückgang von Freiraumquantitäten kann mit einer Steigerung der Freiraumqualitäten einhergehen und wird dadurch einer umfassenderen Bevölkerungsgruppe zielgerichtet zur Verfügung gestellt und zur Nutzung angeboten. Durch die Zunahme der Schnittstellen zwischen bebauten Stadtstrukturen und Freiräumen am Rande der Stadt könnten sogar mehr Menschen an der Freiraumqualität Anteil haben als bisher. Das Wachstum und das »Ausfransen« des Stadtrandes führt damit zu einer Chance für die Gestaltung dieser Standorte.

Viele Orte begleiten die Stadt in unveränderter Identität, andere unterliegen immer wieder Transformationsprozessen. Einige sich so entwickelnde Freiräume erlangen wiederum hohe Beständigkeit, andere unterliegen einer ständigen Veränderung. »Heutige Planung muss anpassungsfähig gestaltet werden, um den Anforderungen einer schnellen, dynamischen Stadtentwicklung gerecht zu werden«, plädiert Rudolf Scheuven.

Resümee

Freirauminfrastruktur ist unverzichtbarer Teil einer Stadt und steht deshalb in der Planung und Realisierung gleichberechtigt neben Architektur/Bebauung, technischer und sozialer Infrastruktur. Das System Freiraum braucht den Menschen, hohe Qualitäten ohne Überfrachtung und lineare Verbindungen. Es muss aber auch RAUM im Sinne von Fläche gegeben werden, da Quantitäten nicht immer durch Qualitäten ersetzbar sind.

Es gibt zahlreiche Leitbilder und Pläne. Was wir brauchen, sind Strategien, Raumtalente zu entdecken, zu fördern und den NutzerInnen zu kommunizieren. Die vorhandenen Instrumente werden nur durch konkrete Umsetzung verwirklicht. Durch anschauliche Projekte kann sukzessive die Qualität des Freiflächenangebotes verbessert und sichtbar gemacht werden.

Kirsten Müllner
ist Referentin für
Landschafts- und
Freiraumplanung in der
MA 18.

Isabel Wieshofer
leitet den Arbeitsbereich für
Landschafts- und Freiraumplanung
der MA 18.

Die Wissenschaft liefert zu diesem Thema laufend neue Erkenntnisse, die bereits heute eine wichtige Basis für die Stadtverwaltung darstellen und der Politik als Entscheidungsgrundlage dienen. Der Dialog von Wissenschaft und Verwaltung im Rahmen der Wissensplattform ist daher wertvoller Input und im Zusammenspiel mit internationalen, erfolgreichen Beispielen ein gelungenes Format zur Stärkung dieser Schnittstellen. Auch in Zukunft sollte dieser wichtige Austausch gesucht und gefördert werden, um gemeinsam die Lebensqualität für Wien sicherzustellen.

Abbildungsverzeichnis

Lukas Beck: S. 8

David Bohmann: S. 9

Daniel Dutkowski: S. 27, 70 - 71, 80 - 83, 116/117, 124, 127, 130 - 131, 168 - 171

Magdalena Gössinger: S. 4/5, 10/11, 22/23, 36/37, 38 - 39, 44 - 45, 63, 78 - 79, 84/85, 90/91, 128/129, 160/161

Philip Krassnitzer: S. 110/111

Sibylla Zech: S. 48 - 53

René Ziegler: S. 68/69

An der »Wissensplattform Stadtentwicklung« nahmen internationale Gäste, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Stadtverwaltung sowie Kolleginnen und Kollegen der TU Wien teil:

Johanna Aigner, Bruno Bébié, Ulrich Berding, Ulrike Borth, Ingrid Breckner, Phillippe Cabane, Katharina Conrad, Jens S. Dangschat, Rainer Danielzyk, Petra Ebert, Peter Fattinger, Philipp Fleischmann, Peter Gero, Hans Peter Graner, Andreas Hacker, Rainer Hauswirth, Uli Hellweg, Zef Hemel, Wencke Hertzsch, Barbara Hetzmanseder, Ursula Heumesser, Petra Hirschler, Lisa Magdalena Hofkirchner, Arthur Kanonier, Andrea Kinsperger, Andreas Kipar, Sabine Knierbein, Georg-Friedrich Koppen, Robert Korab, Vera Layr, Helena Linzer, Thomas Madreiter, Elisabeth Maschat, Rainer Mayerhofer, Kirsten Müllner, Volkmar Pamer, Beatrix Rauscher, Stephan Reiß-Schmidt, Martina Rießland, Herbert Ritter, Philipp Rode, Michael Rosenberger, Gisa Ruland, Rupert Schatovich, Martin Schipany, Anke Schmidt, Walter Siebel, Karin Standler, Ursula Stein, Richard Stiles, Gregor Stratil-Sauer, Niklas Svensson, Holle Thierfelder, Thomas Titz, Andreas Trisko, Norbert Trolf, Tihomir Viderman, Andreas Voigt, Hans Peter Walchhofer, Simona Weisleder, Isabel Wieshofer, Georg Wilke, Gesa Witthöft, Sibylla Zech, Peter Zlonicky, Renate Zuckerstätter-Semela.

Danke für die Gastfreundschaft:

Sarah Stamatiou (Hub Vienna), Hans Bednar (Kanzelhof, Maria Lanzendorf), Infopoint der aspern Seestadt

